



AIB

2V 7426 E

2,50 DM

April

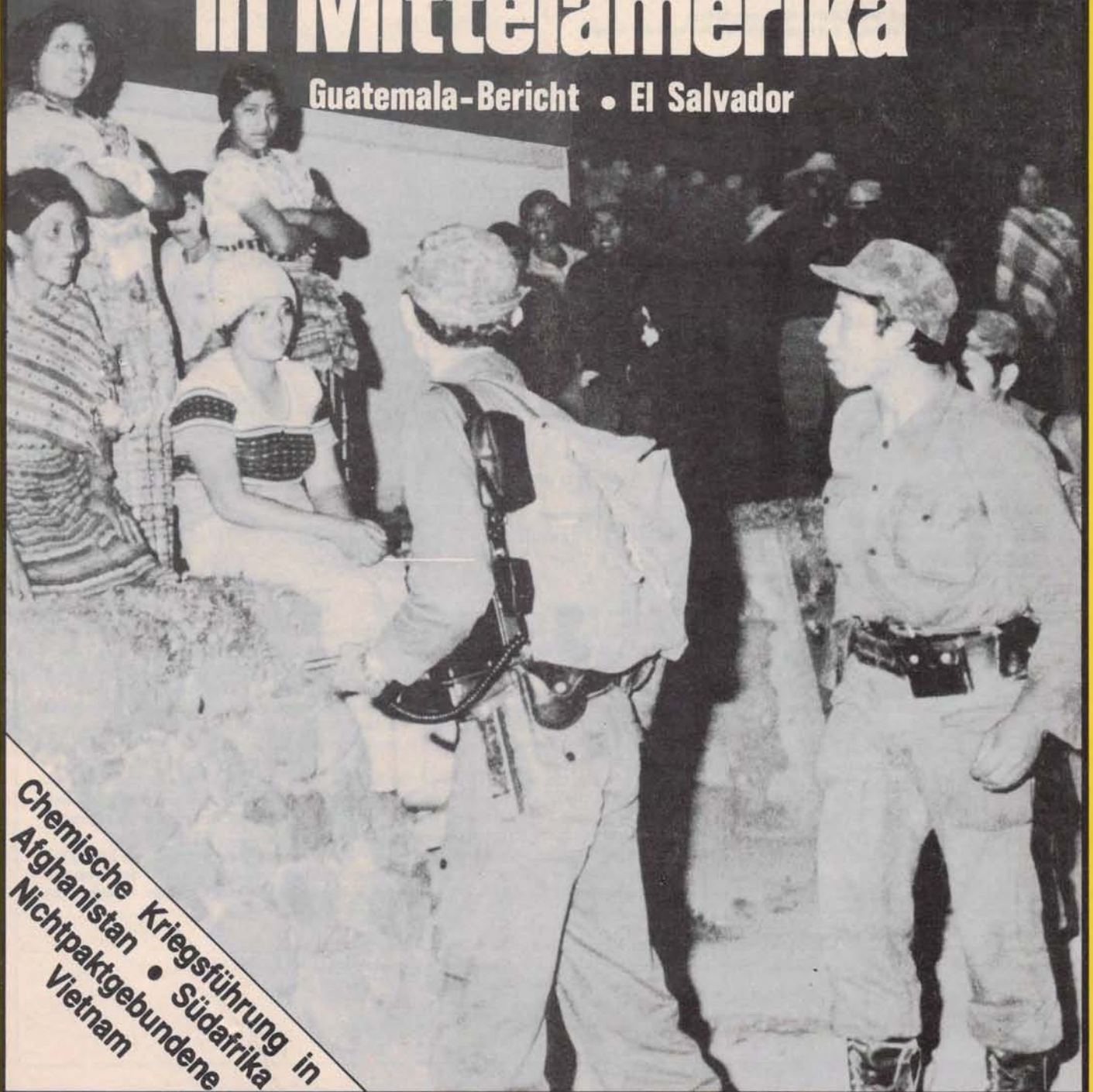
Nr. 4/1981

12. Jahrgang

Antiimperialistisches Informationsbulletin

Krise und Revolution in Mittelamerika

Guatemala-Bericht • El Salvador



Chemische Kriegsführung in
Afghanistan • Südafrika
Nichtpaktgebundene
Vietnam

Inhalt:

AIB-Aktuell: Taktieren zu El Salvador	3
Mittelamerika	
Hanne Denk/Jutta Weber: Krise und Revolution in Mittelamerika (1. Teil)	4 - 7
Guatemala	
Situationsbericht von Roger Peltzer: Zusteuern auf einen verlängerten Volkskrieg	8 - 11
Guatemala-Daten	9
Guatemaltekkische Guerilla	10
El Salvador	
Erzbischof Arturo Rivera y Damas: Die Verfolgung geht von der Junta aus	12 - 13
FDR-Präsident Manuel Guillermo Ungo: Nein zum Treffen mit Duarte	13
Kuba	
Fritz Noll: Ein Volk von Avantgardisten	14 - 15
Afghanistan	
Seamus O'Faolain/Mohammed Sarkash: Chemische Kriegsführung in Afghanistan	16 - 18
Vietnam	
Jutta von Freyberg: Verlangsamte sozialistische Umgestaltung im Süden	19 - 20
Vietnams neue Verfassung	20
Indochina	
Konferenz der indochinesischen Außenminister: Vorschlag für eine Friedenszone Südostasien	25 - 26
Angola	
Jürgen Ostrowsky: Probleme und Positiva der neuen MPLA	27 - 29
José E. dos Santos: Bericht an den a. o. Kongreß der MPLA-Partei der Arbeit	28
Südliches Afrika	
Herbert Lederer zur 2. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission: Südafrikas alltägliche Verbrechen	30 - 31
Südafrika	
Stellungnahme des ANC vom 31. 1. 1981	32
Gespräch mit Häuptling Sabata Dalindybo: Ein Mann, eine Stimme für Südafrika	33
Nichtpaktgebundene	
Rainer Falk: Tendenzwende in Neu-Delhi?	34 - 35
AAPSO	
Nuri Abdul Razzak: Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (3. Teil)	37 - 38
Infodienst: 5. Mitgliederversammlung der Vietnam-FG, Krügerandboykott, Broschüre zu Farabundo Marti, El-Salvador-Prozeß eingestellt, Guatemala-Tourismusboykott, Bolivien-Solidarität, Peru-Gewerkschaftsbroschüre	39
Rückblick: Kuba 1961: US-Debakel in der Schweinebucht	40
Rezensionen/Filme: Länderberichte zu Lateinamerika	41
Kurzinformationen: Südkorea, China-Westmächte, Kampuchea, Pakistan-Afghanistan, Palästina, Iran-USA, Irak-Iran, Uruguay, Nikaragua, Zimbabwe, BRD-Waffenexporte	42 - 43
Kommentar: Mit Reagan/Haig in den Krieg?	44



Impressum

Das AIB erscheint monatlich. **Jahresabonnement:** Inland 25,- DM; Ausland normal 30,- DM; Luftpost Europa 35,- DM; Luftpost übrige Länder 50,- DM; Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 4,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg, Tel. (064 21) 2 46 72

Konten: AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Werner Stürman, Mechtild Jansen, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Uwe Knickrehm, Erich Rudolf, Peter Tanzmeier, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortl.), Hanne Denk, Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky

Mitarbeiter: N. Biver, R. Hegewald, H. Mayer, R. Peltzer, W. Ritter, U. Rupp, J. und M. Scheer, L. Schmitz, J. Stoppel, H. Vortisch, P. Wahl, J. Weber

Verlag: Weltkreis Verlag/Dortmund
Druck: Plambeck & Co., Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion.

Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderung bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 6. 3. 1981

Anzeigen: Deutsche Volkszeitung, Verlag pläne, Guatemala-Solidaritätsgruppe Münster, Röderberg Verlag, SCI

Achtung Abonnenten!



Liebe Leser! Liebe Abonnenten!

Leider sehen wir uns gezwungen, die AIB-Preise, die wir seit über zwei Jahren stabil halten konnten, der allgemeinen Kostenentwicklung, die besonders im Porto-, Papier- und Druckbereich stark zu Buche schlägt, anzupassen. Ab der April-Nr. 4/1981 kostet ein AIB-Jahresabonnement 25,- DM, ein Einzelheft 2,50 DM und ein Doppelheft 4,50 DM. Während der Preis für ein Inlandsabonnement wie bisher die Porto- und Versandgebühren enthält, kommen wir bei der Preisgestaltung für die Auslands- und namentlich die Überseeabonnements zukünftig nicht darum herum, die realen Mehrkosten anzurechnen.

Auch mit den neuen Preisen bleibt das AIB im Vergleich zu anderen politischen Zeitschriften in der Bundesrepublik so gut wie konkurrenzlos. Die Preiserhöhung ist allerdings so knapp kalkuliert, daß wir darüber hinaus dringend auf zusätzliche Spenden (Zahlkarte auf S. 28/29) unserer Leser angewiesen sind.

Schließlich wenden wir uns an die einkommensstärkeren Leserkreise. Ihnen bieten wir an, sich zur Übernahme eines AIB-Förderabos bereitzuerklären, das statt der normalen 25,- DM dann 50,- DM oder - je nach individueller Einkommenslage - auch mehr kosten würde.

Wir appellieren an alle Freunde des AIB:

Helfen Sie mit das AIB im laufenden Jahr weiter zu stärken.

Werben Sie neue Abonnenten oder Förderabonnenten für das AIB!

Spenden Sie für das AIB!

Besten Dank
Ihre AIB-Redaktion

AIB-Aktuell: Taktieren zu El Salvador



Treffen von US-Emissär L. Eagleburger (l.) und Außenminister H. D. Genscher in Bonn

Die Reagan/Haig-Mannschaft in Washington allein sorgte dafür, daß im Februar/März 1981 das Krisenszenario um El Salvador und Mittelamerika eskalationsreif blieb.

Da erklärte Präsidentenberater Edwin Meese am 22.2.1981 man erwäge in Washington wegen El Salvador eine Blockade Kubas. Andere Vertreter der US-Regierung begründeten dies damit, daß die salvadorianische Guerilla nur aufzuhalten sei, falls der angeblich über Kuba und Nicaragua verlaufende Waffenzufluß unterbunden und nötigenfalls „bis zu den Quellen verfolgt“ würde. Das schließe, so die Wiedergabe der Washington Post vom 22.2.1981, selbstverständlich die Ausarbeitung eines „militärischen Plans für den Eventualfall“ ein. Und Ronald Reagan selbst generalisierte am 6. März d.J., es gehe darum, die angeblich von der Sowjetunion und Kuba importierten „Terroristen“ (alias Revolutionäre) aus „unserem Hinterhof“ hinauszudrängen. Es gehe dabei „nicht nur um El Salvador“, sondern um die „Infiltration“ Mittel- und schließlich ganz Lateinamerikas durch fremde Kräfte.

Repräsentanten Nikaraguas, Kubas und der salvadorianischen Opposition haben diese Version Washingtons wiederholt als Erfindung zurückgewiesen. Ihrer Auffassung nach geht es Washington dabei einmal um die psychologische Einstimmung auf eine zügig vorbereitete US-Militärintervention größeren Ausmaßes. Zu diesen Vorbereitungen gehören der Aufmarsch von US-Kriegsflottenverbänden in der Karibik und dem Pazifik, das Einfliegen von Kriegsgeschütz und Militärberatern über eine US-Luftbrücke aus der Panamakanalzone nach El Salvador sowie die Koordinierung der Interventionsschritte mit den Diktaturregimes in Guatemala und Honduras (siehe AIB 2 und 3/1981). Zur Stabilisierung der salvadorianischen Junta erhöhte die Reagan-Administration die US-Militärhilfe für 1981/82 von 10 auf 35-40 Mio Dollar, die US-Wirtschaftshilfe von 40 auf 103 Mio Dollar. Und die offiziell ausgewiesenen US-Militärberater vermehrte man von 25 auf 54 – die salvadorianische Opposition spricht allerdings von 800-1.500.

Die Reagan-Administration setzt damit in erster Linie auf die militärische Karte, auf den Vernichtungskrieg gegen die salvadorianischen Volkskräfte, und hat bislang alle politischen Lösungsversuche abgewiesen. Sie führt damit im übrigen die Version vom „Bürgerkrieg“ in El Salvador ad absurdum – es ist in Wahrheit ein Krieg der Oligarchie und der USA gegen das Volk. Und mit ihrer Kampagne gegen den unterstellten Waffenexport seitens sozialistischer Staaten und Nikaraguas nach El Salvador sucht sie ihre westlichen Verbündeten auf den US-Interventionskurs in Mittelamerika und zugleich auf ihren globalen Konfrontationskurs (siehe Kommentar) einzuschwören. Das jedenfalls hatte Außenminister A. Haig im Sinn, als er den Salvador-Konflikt zum „Testfall“ des Ost-West-Verhältnisses und für die künftigen Beziehungen zu den anderen Westmächten in einem erklärte.

Als er in der zweiten Februhälfte d.J. Lawrence Eagleburger als Emissär nach Westeuropa und Vernon Walters nach Lateinamerika entsandte, gab er ihnen daher vom CIA präparierte gegnerische Geheimdokumente mit ins Reisegepäck. Mit diesen sollte die vermeintliche „Einmischung“ bzw. der sog. „Terrorexport“ Kubas, der

Sowjetunion, Vietnams, Nikaraguas u.a. Staaten auf Seiten der Opposition El Salvadors/Mittelamerikas nachgewiesen und der US-Interventionismus im Nachhinein legitimiert werden. Damit hoffte man honorige Kritiker der militärischen Lösungsvariante gerade in Westeuropa und in den USA selbst – darunter Senator Edward Kennedy und die katholische Kirche – zum Verstummen zu bringen.

Die EG gab zwar im Februar d.J. zunächst einmal dem Druck Washingtons nach, als sie die bereits zugesagte Nahrungsmittelhilfe in Höhe von ca. 1 Mio DM für humanitäre Einrichtungen in El Salvador suspendierte. Dennoch meldeten die Regierungen der Bundesrepublik, Frankreichs, Großbritanniens, Hollands, Mexikos und m.E. Venezuelas verschiedentlich Widerspruch an gegen die einseitige USAufrüstung der salvadorianischen Militärdiktatur und gegen die in der rein militärischen Option Washingtons angelegte Eskalierung zu einem neuen Vietnam in Mittelamerika. Auch die japanische Regierung meldete Vorbehalte gegen den militärischen Interventionismus in El Salvador an.

Einig ist man sich in Paris oder Bonn mit Washington darüber, daß es im Fall El Salvador gelte, ein zweites Nicaragua oder gar Kuba zu vereiteln. Dies gehe aber nicht mit einer Kriegseröffnung gegen die oppositionellen Kräfte, sondern über einen politischen Verhandlungsweg – unter Einbeziehung der Demokratisch-Revolutionären Front El Salvadors (FDR). Damit hofft man, der FDR essentielle Abstriche von ihren Zielen abringen und die Position des „gemäßigten“ Flügels innerhalb des Bündnisses festigen zu können. Umgekehrt drohe – so die Verfechter einer politischen Lösung – die westliche Stützung der Massenmordpolitik der Junta auch diese „Gemäßigten“ noch in „die Arme Havannas und Moskaus“ zu treiben.

Die westeuropäischen Regierungen müssen überdies dem massiven Druck der Salvador-Solidaritätsbewegung Rechnung tragen, die auf eine Distanzierung vom Reagan/Haig-Kurs, auf die Verurteilung der Massenmordpolitik der Duarte-Junta (seit Anfang 1980 13.000 Todesopfer) und auf die Respektierung des Selbstbestimmungsrechts des salvadorianischen Volkes drängt.

Und schließlich hat sich die Sozialistische Internationale auf ihrer Madrider Konferenz Ende 1980 und auf der Tagung ihres Ibero-Ausschusses Anfang März 1981 in Panama eindeutig zur Solidarität mit der FDR und zu einer politischen Lösung bekannt. Die Bundesregierung unternahm in diesem Sinne Anstrengungen, um den sozialdemokratischen FDR-Vorsitzenden M. Guillermo Ungo und die christdemokratische Gallionsfigur der Junta J. Napoleon Duarte im März d.J. in Bonn an einen Tisch zu bekommen. Ersterer sagte diesen Dialog-Versuch ab (Wortlaut siehe nachstehend), wollen doch FDR und Farabundo-Marti-Front in erster Linie mit den USA in Verhandlungen eintreten.

Der Bonner Vermittlungsversuch – nicht ernst zu nehmen?

Die FDR verwahrte sich auch energisch gegen die von Außenminister H.D. Genscher und SPD-Vize H.J. Wischniewski gepflegte Version, man müsse die „demokratischen Kräfte“ aus beiden Lagern in El Salvador zusammenführen, als zwecklosen Spaltungsversuch der FDR.

Sicher ist es begrüßenswert, wenn Bundesminister R. Offergeld – im Gegensatz zur juntatreuen CDU/GSU – es als „schwere Fehleinschätzung“ bezeichnete, den „Bürgerkrieg“ in El Salvador als „ein Machwerk der Kommunisten“ hinzustellen. Konfliktsache sei vielmehr „untragbares soziales Unrecht“, das nur durch grundlegende Reformen beseitigt werden könne. Soweit, sogut. Doch dem muß hinzugefügt werden: Die erforderlichen radikalen Sozialveränderungen in El Salvador sind nur durchsetzbar mittels der Aktionseinheit aller demokratisch-revolutionären Kräfte, nicht über den Versuch ihrer Aufspaltung in Demokraten und Nicht-Demokraten. Und: Ihre Wurzeln liegen auch in der neokolonialistischen Ausplünderungs- und Unterwerfungspolitik der USA in Mittelamerika (siehe unsere Serie) begründet. Schließlich: Eine baldige gerechte, demokratische Lösung in El Salvador kann es nur dann geben, wenn der US-Interventionskurs auf eine entschiedene weltweite Verurteilung stößt.

Die Option der Bundesregierung für eine politische Lösung der El-Salvador-Frage wird allerdings ad absurdum geführt, wenn man sich wie Bundesaußenminister H.D. Genscher nunmehr in seinem gemeinsamen Kommuniqué mit A. Haig am 10. März d.J. in Washington auf die Unterstützung der Duarte-Junta festlegt. Dies bedeutet zugleich eine neuerliche Herausforderung der SPD durch ihren Koalitionspartner. Nur durch ein eindeutiges Nein zum Washingtoner Interventionskurs und zur Reagan/Haig-Politik der globalen Konfrontation kann sich dieser Herausforderung gerecht werden.

Krise und Revolution kennzeichnen eingangs der 80er Jahre die Situation auf dem mittelamerikanischen Isthmus, der Landenge zwischen Mexiko und Panama. Der 1979 siegreiche bewaffnete Volksaufstand in Nicaragua sowie die aktuelle Zuspitzung in El Salvador (siehe AIB 2 und 3/1981) und – mit Abstrichen – in Guatemala sind keine Zufälligkeiten, sondern Ausdruck gemeinsamer tiefgreifender sozialer, politischer u.a. Ursachen. Der Frage nach diesen Wurzeln, nach den übergreifenden Charakteristika und unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der mittelamerikanischen Befreiungsbewegung will unsere mehrteilige Serie nachgehen.

Gesonderte Berichte, Dokumente, Länderübersichten und Einschätzungen gerade auch zu den bislang weniger vorgestellten Ländern Guatemala (siehe Reisereport von R. Peltzer), Kostarika, Honduras und Panama sollen sie begleiten.

Hanne Denk/Jutta Weber

Krise und Revolution in Mittelamerika (1. Teil)



Gegen Mitte der 70er Jahre schien sich das Rad der Geschichte auf dem lateinamerikanischen Kontinent angesichts einer Reihe reaktionärer und faschistischer Staatsstreich zurückzudrehen. Diesen Trend verkörperten der faschistische Putsch in Uruguay 1973, der Sturz der Allende-Regierung in Chile im selben Jahr und der Staatsstreich der argentinischen Militärs 1976.

Gegen Ende der 70er Jahre aber manifestierte sich nicht nur im Süden des Kontinents eine starke antidiktatorische Gegenbewegung, voran in Bolivien und Uruguay (siehe AIB 9/1980, S. 4ff.). Mehr noch, es zeichnete sich mit dem Erstarken der Volksbewegung in einer Reihe karibischer und mittelamerikanischer Länder eine kontinentale Wende ab. Dies kam insofern unerwartet, als die Staaten des zentralamerikanischen Festlands, ausgenommen Mexiko und Kuba, bis dato im wesentlichen als rückständige „Bananenrepubliken“ geringgeschätzt worden waren.

Dies machten schlaglichtartig der Volkskampf und schließlich der Sieg der sandinistischen Guerilla in Nicaragua im Juli 1979 über die Somoza-Diktatur, der Sturz der Gairy-Diktatur auf Grenada im März 1979 sowie die akute Zuspitzung in El Salvador und Guatemala 1980/81 deutlich. Und die demokratisch-revolutionären Kräfte dieser zentralameri-

kanischen Kernregion sind, wie die Januaroffensive 1981 der salvadorianischen Volkskräfte unterstrich, weiter im Vormarsch. Die von den USA gestützten Diktaturen sind ins Wanken geraten.

Im folgenden soll versucht werden, die wesentlichsten Ursachen für die gegenwärtige Zuspitzung der Krisensituation in Mittelamerika zu benennen und die Charakteristika der revolutionären Bewegung der regionalen Kernländer Nicaragua, El Salvador und Guatemala herauszuarbeiten.

Domäne für US-Militärinterventionen...

Seit ihrer Einbeziehung in das System der kapitalistischen Weltwirtschaft hat sich am Charakter der mittelamerikanischen Staaten als Agrarexportländer nur wenig geändert. Zwar durchliefen auch sie – wie das gesamte Lateinamerika – im Gefolge der Weltwirtschaftskrise (1929) und des 2. Weltkrieges eine Phase der Importsubstitution. Doch waren die in Mittelamerika in diesem Zusammenhang entstandenen Anfänge einer kapitalistischen Industrialisierung zu schwach, um sich dauerhaft konsolidieren zu können oder etwa einer industriellen Bourgeoisie den Durchbruch gegenüber der traditionell herrschenden Landoligarchie zu erlauben. Nach wie vor bilden die Exporte von Kaffee, Bananen, Baumwolle, Fleisch und Zucker die Haupteinnahmequellen der Staaten dieser Region.

Diese Situation liegt nicht zuletzt in der starken Auslandsabhängigkeit der mittelamerikanischen Wirtschaften begründet, die sie seit jeher zu einem leichten Spielball der imperialistischen Interessen machte. Etwa gegen Mitte des 19. Jahrhunderts wurde das bis dahin dominante britische Kapital durch das US-amerikanische in seiner Position abgelöst. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts übertrafen allein die Anlagen der mächtigen United Fruit Company die Summe der Staatshaushalte aller zentralamerikanischen Republiken.¹

Überall, wo die Interessen dieser Gesellschaft oder ihres kaum schwächeren Konkurrenten, der Standard Fruit,



US-Militärausbildung in der Panamakanalzone

durch liberale Regierungen oder auch nur durch die Ankündigung von Agrarreformen bedroht schienen, eilten ihr die US-Streitkräfte zu Hilfe. So wurde Zentralamerika bald zum Schauplatz häufiger US-Interventionen.

Das vehemente Engagement der USA, die bereits Mitte des 19. Jahrhunderts Mexiko fast der Hälfte seines Territoriums beraubt hatten, gründet sich in der mittelamerikanischen Region jedoch nicht ausschließlich auf ökonomische Interessen. Im Vordergrund steht vielmehr die geostrategische Bedeutung der zentralamerikanischen Landenge, die einerseits die verkehrsmäßige Verbindung zwischen Atlantik und Pazifik (1912 Inbetriebnahme des Panama-Kanals) und andererseits die Kontrolle über und den Zugang zur südlichen Hälfte des Kontinents ermöglicht. So war beispielsweise Nicaragua, wo man einen zweiten Kanal zu bauen beabsichtigte, 21 Jahre (1902-25 und 1926-1933) von US-Marines besetzt.

Im Zuge der sozialen Verschlechterungen durch die Weltwirtschaftskrise 1929 kam es in den zentralamerikanischen Staaten zu Aufständen der Bauern und Plantagenarbeiter. In jenen Jahren entstanden auch Ansätze einer organisierten Gewerkschaftsbewegung. Doch mit Hilfe von Diktaturen, die die USA selbst installierten, konnten diese Unruhen Anfang der 30er Jahre niedergeschlagen werden.

So etablierten die Nordamerikaner in **Nicaragua** das Somoza-Regime und gaben ihm als wichtigstes Instrument der Herrschaftssicherung die gutausgebildete Nationalgarde in die Hand, mit deren Hilfe sich der Diktator bzw. dessen Nachfolger und Sohn nach und nach die wichtigsten Reichtümer des Landes aneignete. Auch in den anderen Staaten der Region wurden systematisch mit US-Unterstützung schlagkräftige Militärapparate aufgebaut, die mehr der Niederwerfung der inneren Opposition als der äußeren Verteidigung dienten.

Nach den Bauernaufständen in El Salvador 1932 unter Farabundo Marti sicherte auch dort das im vorausgegangenen Jahr etablierte Hernandez-Martinez-Regime die Herrschaft der legendären „14 Familien“ mittels repressiver Gewalt ab. Die gleiche Entwicklung läßt sich für **Honduras** feststellen, wo die einheimische Bourgeoisie zusammen mit der United Fruit Company nach einem Bauernaufstand 1931/32 die Diktatur von T. Carias Andino errichtete.

Ebenfalls führten in **Guatemala** soziale Unruhen Anfang der 30er Jahre zur Diktatur Ubicos mittels US-amerikanischem Engagement. Demokratisch-liberale Zwischenregierungen, so in Honduras 1957 unter R. Villeda Morales und in Guatemala 1944 unter Arevalo und 1951 Arbenz, die eine Agrarreform, die Legalisierung der Gewerkschaften, Nationalisierungen usw. begünstigten, wurden von den USA niedergeschlagen. Das 1954 durch die US-Intervention etablierte Terrorregime in Guatemala hat seither mit über 70.000 Menschenleben den höchsten Blutzoll gefordert.

Einzig **Kostarika**, das sich von den anderen Ländern durch eine weniger hohe Konzentration des Grundbesitzes und einen vergleichsweise höheren Industrialisierungsstand unterscheidet, bildet auch in politischer Hinsicht eine Ausnahme. Hier konnte sich eine relativ stabile bürgerlich-parlamentarische Demokratie entwickeln. Und im Gegensatz zu den anderen Staaten Mittelamerikas unterhält Kostarika auch keine eigenen militärischen Streitkräfte.

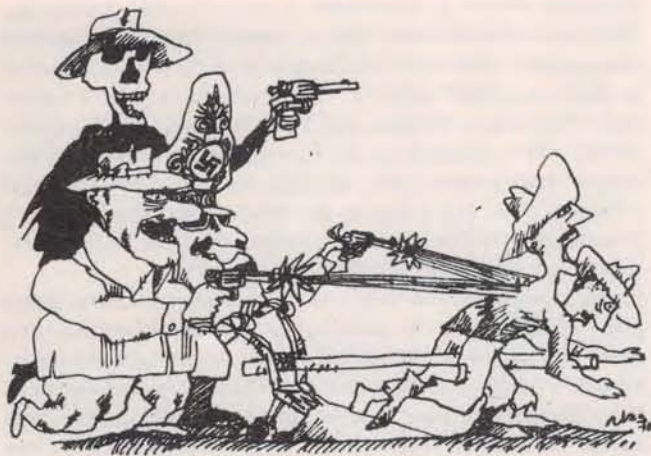
...und oligarchischen Militärdiktaturen

In den übrigen Ländern der Region hielten bis vor kurzem entweder die von den USA in der Panama-Kanal-Zone ausgebildeten Offiziere oder die von den Diktaturen eingerichteten Hausparteien die Zügel relativ fest in der Hand und sicherten die Macht der mit den US-Interessen liierten Landoligarchie auch gegenüber der zahlenmäßig geringen eigenständigen nationalen Bourgeoisie ab.

Neben der mit besonderer Sorgfalt bedachten Ausbildung der staatstragenden Militärs der Region widmete sich die USA einem gezielten Ausbau ihrer Stützpunkte in der Region (siehe Karte). Lange Zeit hatten sich die Nordamerikaner auch mit gutem Erfolg mittels des Zentralamerikanischen Verteidigungsrates (CONDECA), gegründet 1964 von Honduras, El Salvador, Guatemala und Nicaragua. Er erwies sich so z.B. förderlich am Kuba-Boykott der zentralamerikanischen Staaten mitzuwirken oder an der Ausbildung von Antiguerrilla-Einheiten.

Mit dem Sieg der kubanischen Revolution 1959 und der nachfolgenden Kuba-Krise (1961/62) sahen sich die USA





einer völlig neuen Situation gegenüber und wählten ihre „Sicherheitsinteressen“ nun verstärkt bedroht.

Weiterhin wurden jegliche demokratischen Öffnungsversuche in den mittelamerikanischen Diktaturstaaten durch den Einsatz der Armee und paramilitärischer Organisationen oder, wie 1972 im Falle von El Salvador, durch die gemeinsame Aktion der in der CONDECA vereinten Streitkräfte niedergeschlagen.

Die CONDECA steht seit ihrer Gründung unter direkter Kontrolle der USA. Zur Unterhaltung des 1966/67 eingerichteten Truppenkontingents von ca. 40.000 Mann sind jährlich rund 35 Mio Dollar erforderlich, wobei 6-15 Mio davon in Form von Waffenlieferungen und Ausbildung aus den USA kommen. Insgesamt erreichte die militärische Hilfe der USA für die mittelamerikanischen Diktaturen in den Jahren 1959-79 119,5 Mio Dollar zuzüglich 33,2 Mio Dollar für die Ausbildung und Schulung von über 14.000 Militärs.²

Allerdings bediente sich der US-Imperialismus nun auch verstärkt anderer Methoden. Hatten sich die USA früher der geplanten wirtschaftlichen Integration Mittelamerikas widersetzt, so verstanden sie es jetzt, den 1958 von El Salvador, Guatemala, Honduras und Kostarika gebildeten Gemeinsamen Mittelamerikanischen Markt (MCCA) für ihre Dienst nutzbar zu machen.

Mit dem MCCA sollte ursprünglich eine beschleunigte Industrialisierung, die Verbesserung der Lage der Bevölkerung und auch die politische Einheit der Länder Zentralamerikas erreicht werden. Am agrarischen Charakter der mittelamerikanischen Länder aber hat auch diese Integration letztlich kaum etwas geändert. Zwar wurde in gewissem Maße durch dieses Projekt tatsächlich die industrielle Produktion gesteigert (siehe Tabelle 1), gewisse infrastrukturelle Verbesserungen erreicht und konnte der intraregionale Handel von 6,5% am Gesamtexport Mittelamerikas im Jahr 1960 auf 23% 1970 gesteigert werden.³ Doch bedeutete dies auf der

Tabelle 1
Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP), der Industrie und Anteil der Industrie am BIP

Land	durchschn. jährl. Wachstum des BIP		durchschn. jährl. Wachstum der Ind.		Anteil der Ind. am BIP	
	1960-70	1970-78	1960-70	1970-78	1960	1978
Honduras	5,1	3,3	5,2	5,9	19	26
El Salvador	5,9	5,2	8,5	7,0	19	21
Nikaragua	7,2	5,8(a)	11,0	7,3(a)	21	26(a)
Guatemala	5,6	6,0	7,8	7,6	—	—
Kostarika	6,5	6,0(a)	9,4	9,1(a)	20	27(a)

(a) = 1961-70
(Quelle: Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1980, Washington 1980)

anderen Seite in erster Linie die noch weitere Öffnung der Region für das Kapital der ausländischen Konzerne, insbesondere für das US-Kapital (siehe Tabelle 2).

Zu Beginn der 70er Jahre betrug die Direktinvestitionen der USA im industriellen Bereich der Länder des MCCA und Panamas mehr als 800 Mio Dollar. Das entspricht 80% des gesamten industriellen Anlagevermögens der Region.⁴ Bis 1975 betrug die US-amerikanischen Direktinvestitionen im mittelamerikanischen Raum 2,514 Mrd Dollar, was 90% der ausländischen Gesamtinvestitionen entspricht. 72% der ausländischen Unternehmen stammten aus den USA.⁵

Zudem blieben durch die Integration die alten Machtstrukturen im wesentlichen unangetastet und wurden die an sich schon bestehenden regionalen Ungleichgewichte innerhalb der einzelnen Staaten sowie die Differenzen zwischen den nationalen Entwicklungsniveaus verschärft. In erster Linie profitierten von der Ausweitung des intraregionalen Handels Die Hauptgründe für sein Fehlschlagen sind jedoch in der Unterordnung unter das Auslandskapital, in der fortgesetzten Abhängigkeit von den Weltmarktschwankungen sowie in internen Krisen zu sehen – Faktoren, die dazu führten, daß die anfänglich hohen Wachstumsraten nicht auf Dauer beibehalten werden konnten.⁷

El Salvador und Guatemala sowie in geringerem Umfang auch Kostarika.⁶ In den äußerst unterschiedlichen Konsequenzen des Gemeinsamen Marktes für die Entwicklung der nationalen Volkswirtschaften ist u.a. eine der Ursachen des sog. Fußballkrieges zwischen El Salvador und Honduras (1969) zu sehen, mit dem sich bereits das Scheitern des MCCA andeutete.

Hinzu kommt, daß sich die Lage der ländlichen Bevölkerung, insbesondere der Minifundisten, Kleinstpächter und

Tabelle 2
Ausländische Direktinvestitionen (DI) in Mittelamerika

Land	Gesamtbestand in Mio Dollar		allein aus den USA in %	Nettozufluß privater DI in Mio Dollar	
	1959	1969	1969	1970	1978
Guatemala	137,6	207,0	86	29	118
El Salvador	43,0	114,6	60	4	23
Honduras	115,5	184,1	95	8	13
Nikaragua	18,9	76,3	80	15	7
Kostarika	73,2	173,3	75	26	66
Total	388,2	755,3			

(Quelle: R. Lagos Andino, Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses Mittelamerikas auf die Entwicklung in Honduras, unveröff. Magisterarbeit, Münster 1980, S. 70; Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1980, Washington 1980; Tabelle 14)

Landlosen, in den letzten Jahren drastisch verschlechtert hat.

Zum einen bedingte die von einigen Ländern zur Erhöhung und Stabilisierung ihrer Deviseneinnahmen vorangetriebene Diversifizierung der landwirtschaftlichen Exportprodukte einen relativen Rückgang der Nahrungsmittelproduktion für den Binnenmarkt. Zum anderen führte die Konzentration der Exportproduktion auf wenigen großen Plantagen des ausländischen Agrobusiness sowie Latifundien der einheimischen Oligarchie im Verein mit dem selbst für Entwicklungsländer außerordentlich hohen Bevölkerungswachstum von jährlich 3,1%⁸ dazu, daß eine immer größere Anzahl der einstigen Subsistenzbauern nicht mehr in der Lage ist, sich durch den Ertrag ihrer Parzellen zu ernähren, und zum Verkauf ihrer Arbeitskraft gezwungen ist.

Da sie als Landarbeiter aber großenteils nur saisonal Be-

schäftigung finden, sind damit für die Mehrheit der Bevölkerung zunehmende Unterbeschäftigung, Arbeitslosigkeit und ein äußerst unzureichendes Einkommen verbunden. Diese Situation wird durch das in den meisten Ländern geltende Verbot gewerkschaftlicher Organisierung der Landarbeiter zusätzlich verfestigt.

Aufgrund dieser Entwicklung hat sich der Anteil der ländlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung Zentralamerikas zwischen 1950 und 1980 von 79 auf 68% reduziert,⁹ ist die Stadtbevölkerung also entsprechend angewachsen. Doch kann der städtisch-industrielle Sektor trotz des Produktionszuwachses auch weiterhin nur einen geringen Anteil dieser Arbeitskräfte beschäftigen. Der Anteil der verarbeitenden Industrie an den Gesamtbeschäftigten stieg aufgrund der kapitalintensiven Produktionstechnologie zwischen 1950 und 1965 lediglich von 10,8 auf 11,4% an.¹⁰

In den einzelnen Ländern verteilen sich die Erwerbspersonen 1960 und 1978 wie folgt:

Land	Landwirtschaft		Industrie(inkl.Bergbau)		Dienstleistg.	
	1960	1978	1960	1978	1960	1978
Honduras	70	64	11	14	19	22
Nikaragua	62	44	16	15	22	41
El Salvador	62	52	17	22	21	26
Guatemala	67	57	14	20	19	23
Kostarika	51	29	19	23	30	48

(Quelle: Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1980, Washington 1980; Tabelle 19)

Wie für die anderen lateinamerikanischen Länder stellt deshalb in jüngster Zeit auch für Zentralamerika das Anwachsen der sog. städtischen Marginalbevölkerung ein zunehmendes gesellschaftliches Problem dar. Dies wird nicht zuletzt im überproportionalen Anwachsen der Beschäftigten im Dienstleistungssektor insbesondere Nikaraguas und Kostarikas deutlich, dessen Anteil am Bruttoinlandprodukt im selben Zeitraum sogar rückläufig war.¹¹

Auch bezüglich der Eckziffern der sozialen Entwicklung weisen die mittelamerikanischen Länder mit Ausnahme Kostarikas (ein gesonderter Beitrag P. Hiedls zu Kostarika soll folgen) äußerst rückständige Werte auf. So betrug etwa der Anteil der Alphabetisierten an den über 15-Jährigen 1975 in Guatemala lediglich 47%, in Kostarika hingegen 90%.¹² Die durchschnittliche Lebenserwartung für die 1978 Geborenen liegt in Nicaragua, Honduras und Guatemala bei 55-57, in Kostarika aber bei 70 Jahren.¹³

Beschleunigter sozialer Wandel

Die katastrophale Lebenslage der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung, die sich im Gefolge der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise (1974-76) noch weiter verschlechterte, fällt unter den oligarchischen Diktaturregimes zusammen mit ihrer völligen politischen und sozialen Rechtlosigkeit. Sie trägt so zur Schärfung eines antioligarchisch-antidiktatorischen Bewußtseins der werktätigen Massen bei.

Von der Allmacht der Oligarchie und Auslandskonzerne beeinträchtigt bzw. unterdrückt fühlen sich aber auch weite Teile der Mittelschicht und einheimischen Bourgeoisie sowie der Kirche. Die soziale Verelendung und die Breite der politischen Verfolgung bewirkten zusammengenommen eine breite Protestbewegung, die von Gewerkschaften, Bauernvereinigungen, christlichen Basisgemeinden bis hin zur

bürgerlichen Opposition reicht.

Nehmen wir den Extremfall Nicaragua. Hier hatte die traditionell weitgehende Ausschaltung der nationalen Bourgeoisie aus dem Wirtschaftsleben, eine Folge der Konzentrierung der wirtschaftlichen Macht in den Händen des Somoza-Clans und seiner militärischen Günstlinge, beträchtliche Teile der Bourgeoisie schon frühzeitig zum Kampf gegen das Somoza-Regime animiert. Ausdruck hierfür war die Zusammenarbeit der an der Demokratischen Union der Befreiung (UDEL) beteiligten bürgerlichen Oppositionskreise mit der Sandinistischen Befreiungsfront. Und die Ermordung des konservativen Unternehmers und UDEL-Führers P.J. Chamorro gab im Januar 1978 das Signal zum Volksaufstand.

Wurde in Nicaragua Ernesto Cardenal zur Symbolfigur für den kirchlichen Widerstand gegen das Regime, so fällt in El Salvador dem im März 1980 ermordeten Erzbischof Romero diese Rolle zu. Er repräsentierte die Kirche der Armen und Unterdrückten, die heute in El Salvador mehrheitlich die oppositionellen Volkskräfte unterstützt. Wie der Report-Sendung im ARD vom 23. Februar d.J. zu entnehmen war, nimmt die Zahl der Priester und kirchlichen Vertreter zu, die, Ende 1979 für den Reformweg der Junta votierend, heute den bewaffneten Befreiungskampf der zentralamerikanischen Völker als den einzig gangbaren Weg sehen. Auch im Nachbarstaat Guatemala hat sich eine Kirche im Widerstand formiert.

Objektiv wurde dieser Aufschwung der antidiktatorischen Volksbewegung durch die voranschreitende Proletarisierung und Terrorisierung großer Teile der Landbevölkerung begünstigt. Als weiterer Faktor ist schließlich auch die Ausstrahlungskraft Kubas zu sehen, das als erstes sozialistisches Land in der westlichen Hemisphäre in nur 20 Jahren nahezu alle Merkmale der Unterentwicklung abstreifen konnte. Die soziale Lage und das Lebensniveau des kubanischen Volkes, die sich kontinuierlich verbesserte, wurde für die Werktätigen und die Intelligenz des mittelamerikanischen Isthmus zum nachahmenswerten Gegenstück.

Die nikaraguanische Revolution 1978/79 demonstrierte, daß ihr Befreiungskampf keiner Illusion nachhing...

Wird fortgesetzt

Anmerkungen:

- 1) Vgl. B.M. Merin, Hauptetappen der antiimperialistischen Bewegung in Mittelamerika, in: Lateinamerika. Semesterbericht der Sektion Lateinamerikawissenschaften der Universität Rostock (Rostock), Herbstsemester 1972, S. 91-95, hier: S. 91
- 2) Daten nach: Welt Studenten Nachrichten, Prag, Nr. 1/1981, S. 4f. Zur US-Militärpolitik in Lateinamerika siehe: AIB 7-8/1978, S. 34-41
- 3) Vgl. R. Lagos Andino, Die Auswirkungen des wirtschaftlichen Integrationsprozesses Mittelamerikas auf die Entwicklung in Honduras, unveröff. Magisterarbeit, Münster 1980, S. 59
- 4) Vgl. G. Pierre-Charles, Dependencia e industrializacion en las Antillas y en América Central, in: Revista Mexicana de Sociología, México, Nr. 4/1973, S. 783-799, hier: S. 795f.
- 5) Vgl. R. Valladares/ M. Paredes/ R. Peltzer/ R. Amador/ R. Feicht, Imperialistische Herrschaft und Befreiungskampf in Mittelamerika, unveröff. Manuskript, Münster, 1981, S. 9
- 6) E. Torres-Rivas, Problemas del desarrollo y la dependencia en Centroamérica, in: Revista Mexicana de Sociología, Nr. 2/1969, S. 223-244, hier: S. 230
- 7) Vgl. R. Lagos Andino, a.a.O., S. 61f.
- 8) R. W. Fox/ J.W. Huguet, Population and urban trends in Central America and Panama, Washington, D.C. (Hrsg. von der Inter-American Development Bank) 1977, S. 1
- 9) Ebenda, S. 10
- 10) E. Torres-Rivas, a.a.O., S. 234f.
- 11) Weltbank (Hrsg.), Weltentwicklungsbericht 1980, Washington 1980, Tabelle 3 und 19
- 12) Vgl. ebenda, Tabelle 23. Die für El Salvador angegebene Prozentzahl bezieht sich nicht auf das Jahr 1975, das Datum weicht jedoch maximal zwei Jahre von diesem Zeitpunkt ab (siehe Erläuterungen in der Quelle)
- 13) Vgl. ebenda, Tabelle 21

Situationsbericht von Roger Peltzer

Zusteuern auf einen verlängerten Volkskrieg



Indianische Landarbeiter, mit geschulterter Machete, auf dem Marsch zur Fronarbeit

Roger Peltzer, aktiv in der bundesdeutschen Solidaritätsbewegung zu Nikaragua, El Salvador und Guatemala, hielt sich zum Jahresbeginn 1981 in Guatemala auf. Vier Wochen sammelte er in diesem mittelamerikanischen Land Eindrücke, führte er Gespräche mit zahlreichen Arbeitern, Bauern, Studenten, Professoren und Priestern. Hier ist sein Situationsbericht.

Guatemala ist in der Vielfalt seiner Landschaften und Klimazonen wohl das schönste und abwechslungsreichste Land Mittelamerikas und insofern nicht von ungefähr Reiseziel zahlloser bundesdeutscher Rucksacktouristen. Unter dem zumindestens im dortigen Sommer (Dezember bis April) fast immer blauen Himmel wirkt die armseligste Bambushütte noch romantisch und läßt kaum etwas von den elenden Lebensbedingungen erahnen, in denen die große Mehrheit der Bevölkerung lebt.

Mit seinen Erdölfeldern, Nickellagern und großen Wasserreserven ist Guatemala auch das potentiell reichste Land der Region. Die Multis der USA haben in Guatemala ökonomisch viel zu verlieren.

Zum Pazifik hin fällt die ganz Mittelamerika durchziehende vulkanische Gebirgskette auf Meereshöhe ab und macht einem etwa 30-40 km breiten und 200 km langen Küstenstreifen Platz.

Der Boden ist hier außerordentlich fruchtbar und wird fast ausschließlich für den Anbau von Exportkulturen genutzt. Endlose Viehweiden, sowie Baumwoll- und Zuckerrohrfel-

der, die sich im Besitz einiger weniger Familien wie der Raldas, Berchets und Castillos befinden, prägen die Landschaft des leicht hügeligen Südens. Auf diesen Plantagen und der ihnen angegliederten Agroindustrie, Zuckeringenios, Ölmühlen usw. sowie in dem sich in der Höhe von 500-1.500 m anschließenden Kaffeeanbaugebiet wird noch immer der Großteil der Exporterlöse Guatemalas erarbeitet. Die landwirtschaftliche Produktion basiert auf kapitalistischer Lohnarbeit. Zur Zuckerrohr- und Baumwollernte (je im November-April) werden mehr als 200.000 Saisonarbeiter benötigt. Mehr als die Hälfte davon wird durch sog. Contratistas (Menschenhändler) im Altiplano (siehe weiter unten) jedes Jahr erneut angeworben.

Die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Saisonarbeiter sind miserabel. Die Arbeit auf den Feldern beginnt mit Sonnenaufgang, d.h. um 6 Uhr, und zieht sich bis nachmittags 16-17 Uhr hin. Zur Arbeitszeit hinzuzurechnen sind die oft stundenlangen Fußwege zum und vom Arbeitsplatz. Gearbeitet wird 6 Tage in der Woche.

Die „Wohnunterkünfte“ der Indigenas (indianische Bevölkerung) tragen bezeichnenderweise den Namen „galeras“. Im Wörterbuch findet man doppeldeutig: Galeere und Schuppen. Sie bestehen oft aus nicht mehr als einigen Pfählen mit Blechdach. Hier schlafen – oft auf dem nackten Boden –, essen, d.h. leben auf 200 qm mindestens 80 Männer, Frauen, Kinder. Toiletten gibt es nicht. Die Malaria ist sehr verbreitet.

Die Erntearbeit ist hart. Es gibt zwar einen gesetzlichen Mindestlohn. Dieser wird aber nur ausgezahlt, wenn der Arbeiter eine bestimmte Norm erbringt. Dies fällt umso schwerer, als die Waagen, mit denen das Gewicht der geernteten Baumwolle eines jeden Pflückers ausgewogen wird, oft 20% weniger als das reale Gewicht anzeigen.

Im Februar 1980 konnten die Landarbeiter eine deutliche Erhöhung ihrer Hungerlöhne erkämpfen. Ermuntert durch die Agitation des Guerillaheeres der Armen (EGP) traten die Arbeiter einiger Fincas und Haciendas (Landgüter; d. Red.) für eine Erhöhung ihrer Tageslöhne von 4 auf 12 DM in den Streik. Der Streik breitete sich spontan in Windeseile aus, bald streikten mehr als 100.000 Arbeiter. Das Heer war machtlos. Die Regierung konnte gezwungen werden, einen gesetzlichen Mindestlohn von 6,40 DM zu dekretieren.

Damit ist jetzt ein Landarbeiter nach den Berechnungen der guatemalteckischen Regierung immerhin in der Lage, mit seinem Lohn 60% der unbedingt notwendigen Ausgaben für das Überleben einer 5-köpfigen Familie zu bestreiten. Vorher waren es nur 40%. Allerdings wird die Inflation diesen Erfolg bald zunichte machen, wenn es nicht gelingt neue Erhöhungen zu erkämpfen.

Neues Selbstbewußtsein der Indigenas

Der Streik war nicht zuletzt Ausdruck des neuen Selbstbewußtsein der Indigenas und damit vor allem Resultat auch der Arbeit der Guerillaorganisationen EGP und Revolutionäre Organisation des Volkes in Waffen (ORPA) im zentralen Hochland. Der Süden ist traditionell auch immer die Bastion der gewerkschaftlich organisierten armen Bauern gewesen.

Die nach der Übernahme der Präsidentschaft durch General Romeo Lucas Garcia 1978 verstärkte einsetzende Repressionswelle gegen die Kader der Massenorganisationen – Todesdrohungen, Entlassungen, Folterungen, Entführung – hat zu einer weitgehenden Paralisierung der bis dahin legalen Gewerkschaftsarbeit geführt. Zur Zeit sammelt man in den Betrieben und Siedlungen der armen Bauern erste Erfahrungen mit dem Aufbau illegaler Massenorganisationen. Nicht untypisch für den Bewußtseinsstand vieler Bewohner der Küste dürfte folgende Aussage eines gewerkschaftlich organisierten Kommunalarbeiters sein: „Die meisten von uns wissen, daß eine grundlegende Änderung der Gesellschaft nötig ist und daß diese nur durch den bewaffneten Kampf erreicht werden kann. Aber noch gehen nur wenig soweit, aus dieser Erkenntnis persönliche Konsequenzen zu ziehen.“

Das zentrale Hochland Guatemalas, das Altiplano, umfaßt zwar nur 26% der Gesamtfläche des Landes, nichtsdestotrotz konzentrieren sich hier mehr als 50% der guatemalteckischen Bevölkerung. Das Land ist somit dicht besiedelt und die oft steilabfallenden Böden werden intensiv landwirtschaftlich genutzt. Nur ab und zu lassen die vielen Steine auf nicht bebauten Erdstücken ahnen, welche Mühe es gekostet haben muß und kostet, hier Mais, Weizen und Bohnen zu kultivieren.

Im Altiplano leben fast ausschließlich Indigenas, die Nachfahren der Mayas. Im Jahrhunderte dauernden Prozeß der Kolonisierung und der Ausrichtung der Ökonomie Guatemalas auf die Bedürfnisse des kapitalistischen Weltmarktes wurden sie aus den fruchtbaren Küstenzonen ins steinige und gebirgige Hochland abgedrängt.

Das Auge des Touristen erfreut sich vor allem an den bunten Trachten der Indigenafrauen, an der Folklore der Indiomärkte und den kleinen ordentlichen Häusern aus weißgekalkten Lehmwänden. Nicht zu „sehen“ ist die Analphabetenrate von mehr als 90%, die weitverbreitete Fehlernäh-

Guatemala-Daten

Territorium: 108.889 qkm (ohne Belize)

Bevölkerung: 6,6 Mio (1978)

Den höchsten Anteil bildet die indianische Bevölkerung mit ca. 60%. Die restliche Bevölkerung setzt sich aus Ladinos (Mestizen), Weißen und einer sehr geringen Anzahl Afrikanern und Chinesen zusammen

Hauptstadt: Guatemala-Stadt mit 870.000 Einwohnern (1977)

Sprache: Amtssprache ist Spanisch. Daneben gibt es ca. 20 indianische Dialekte

Währung: Quetzal (Q); 1Q = 1,96 DM (Stand Februar 1981)

Religion: Katholische Mehrheit. Zahlreiche indianische Religionen
Wirtschaft und Soziales: Am BIP haben die Landwirtschaft 29,4%, die Industrie 14,2% und der Bergbau 0,2% Anteil.

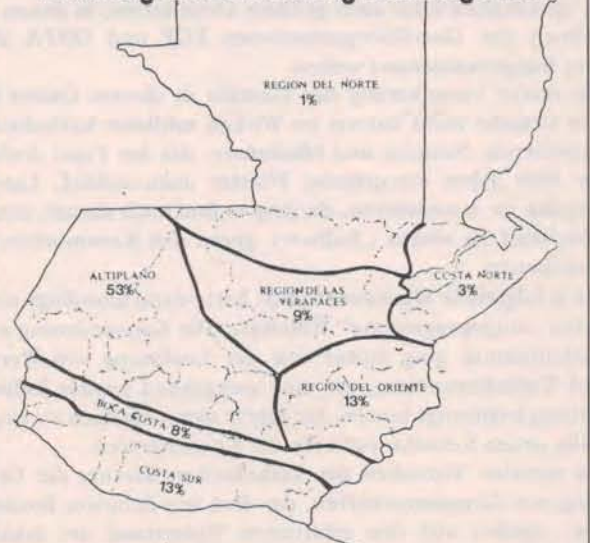
Die wichtigsten Agrar- und auch Exportprodukte sind Kaffee mit 27% (1975), Zucker 19% und Baumwolle mit 12%. Daneben werden Bananen und Fleisch ausgeführt. Zweitwichtigster Wirtschaftssektor ist der Tourismus (Einnahmen 1979: 200 Mio Dollar).

20% der Erwerbstätigen sind arbeitslos, 54% unterbeschäftigt. 63,3% der Bevölkerung sind Analphabeten. Lebenserwartung auf dem Land: 41 Jahre, in der Stadt: 56 Jahre. 81,4% der Kinder sind unterernährt. Es fehlen 800.000 Wohnungen.

Geschichte:

- 1821 Unabhängigkeit von Spanien
- 1823 Gründung der Zentralamerikanischen Konföderation
- 1901 Erster Vertrag mit der United Fruit Company
- 1931-44 Blutige Diktatur unter Jorge Ubico
- 1944 Oktober-Revolution: Sturz Ubicos durch eine Koalition des Kleinbürgertums, der Studenten, der Intelligenz und von Teilen des Militärs.
Indianeraufstand
- 1945 Juan Jose Arevalo wird zum Präsidenten gewählt und leitet Reformen ein
- 1950 Jacobo Arbenz wird zum Präsidenten gewählt
- 1952 Gesetz zur Agrarreform
- 1953 Enteignung von 162.000 ha Land der United Fruit
- 1954 US-Intervention wegen „kommunistischer Umtriebe“ und Sturz der liberalen Regierung Arbenz mit Hilfe der Truppen Castillo Armas. Er wird Präsident bis 1957
- 1962 Die Guerillaorganisation FAR verbindet sich mit der Partei der Arbeit (PGT), die sich 1961 zum bewaffneten Kampf bekannte
- 1975 Wiedererstarben der Guerilla
- 1976 Gründung der Gewerkschaftszentrale CNUS
Romeo Lucas Garcia wird bei mehr als 60% Stimmenthaltung zum Präsidenten gewählt
Indianermassaker von Panzos
Im Oktober Generalstreik gegen Preiserhöhung von Lebensmitteln und Fahrpreisen
- 1979 Konstituierung der Demokratischen Front gegen die Repression (FDCR)
- 1980 Massaker in der spanischen Botschaft in Guatemala-Stadt.
Revolutionäre Koordination der vier Guerillaorganisationen

Verteilung der Bevölkerung nach Regionen



Guatemaltekische Guerilla

Guerillaarmee der Armen (EGP)

Die EGP entstand Anfang der 70er Jahre aus Resten der Streitkräfte der Rebellen (FAR). Die EGP operiert vorwiegend in den Departements Quiché und Huehuetenango mit vorwiegend indianischer Bevölkerung.

Die EGP kämpft für die Durchsetzung von Demokratie und Freiheit für die Besitzlosen, gegen den Widerstand der Reichen und des Imperialismus.

Revolutionäre Organisation des Volkes unter Waffen (ORPA)

Die ORPA trat 1978 erstmals an die Öffentlichkeit. Ihr Operationsgebiet liegt vornehmlich am Atitlan-See und in San Marcos. Bundesdeutsche Reporter berichteten von einem ORPA-Meeting in dem Indiodorf Santa Clara, daß der Guerillakommandant bei seiner Ansprache an hunderte Bewohner Jubel mit den Worten erntete: „Brüder und Schwestern, mit eurer Hilfe werden wir unser Land von der Diktatur der Generale und Großgrundbesitzer befreien und dafür sorgen, daß jeder von euch genug zu essen bekommt.“

Guatemaltekische Partei der Arbeit – Kern

Abspaltung der kommunistischen Guatemaltekischen Partei der Arbeit. Sie operiert hauptsächlich in den Städten und in der Ostregion des Landes.

Streitkräfte der Rebellen (FAR)

Ihr Ursprung reicht bis zum Beginn der 60er Jahre zurück, als desertierte progressive Offiziere in den guatemaltekischen Bergen mehrere Guerillafronten eröffneten. 1963-67 hatten sie starken Zulauf, wurden aber nach dem Einsatz von US-Antiguerillaeinheiten Ende der 60er Jahre weitgehend aufgerieben. Die FAR operiert in den Städten, der Ost- und Nordregion (Petén) des Landes.



Die Tatsache, daß die Erträge der Minifundien vielfach nicht zur Ernährung der Familie ausreichen, so daß Männer, Frauen und Kinder gezwungen sind, ihre Arbeitskraft auf den Großplantagen im Süden während der Erntezeit zu verkaufen.

Im Norden und Westen des Altiplano, d.h. vor allem in den Departements Huehuetenango, San Marcos und Quiché hat die Guerilla ihre stärkste Basis.

Hier findet man zahlreiche Dörfer, in denen die Polizei es sich schon seit Jahren nicht mehr leisten kann, einen Posten zu unterhalten oder auch größere Ortschaften, in denen die Fahnen der Guerillaorganisationen EGP und ORPA über dem Bürgermeisteramt wehen.

Die starke Verankerung der Guerilla in diesem Gebiet hat ihre Ursache nicht zuletzt im Wirken zahlloser katholischer Katecheten, Nonnen und Missionare. Als der Papst Anfang der 50er Jahre europäische Priester dazu aufrief, Lateinamerika zu missionieren, da ging es ihm auch darum, diesen Kontinent zu einem „Bollwerk gegen den Kommunismus“ auszubauen.

Die erfolgreiche Missionstätigkeit hatte dann allerdings nicht selten „entgegengesetzte“ Resultate. Die Konvertierung zum Katholizismus ging einher mit der Loslösung von Werten und Verhaltensweisen, die eine weitgehend passive Lebenshaltung begünstigt hatten. Sie führte somit vielfach zu einem völlig neuen Selbstbewußtsein der Konvertierten.

Die sozialen Vorhaben der katholischen Kirche, die Gründung von Genossenschaften, der Bau von Schulen, Brunnen usw. stießen auf den erbitterten Widerstand der lokalen Machtträger, die das Militär im Rücken hatten. So schärfte

sich das Bewußtsein für das herrschende soziale Unrecht bei Priestern und Gläubigen wechselseitig. Als der Staat 1973/74 daran ging im Interesse der Generale und multinationalen Konzerne Indigenas aus gerade neu erschlossenem Siedlungsgebiet, der Franja Transversal del Norte, zu vertreiben, weil hier riesige Rohstoffvorkommen entdeckt worden waren, stieß er auf das gewachsene Selbstbewußtsein der in christlichen Basisgemeinden engmaschig organisierten einheimischen Bevölkerung.

Die Repression setzte voll ein. Abteilungen des Heeres durchkämmten die Dörfer mit Listen der Katecheten. Zahllose Bauern wurden entführt und sind seitdem verschwunden. Der Anschluß an die Guerilla wurde oft zur existenziellen Notwendigkeit, d.h. zur einzigen Möglichkeit des Überlebens.

Die Guerilla kann sich heute in diesen Gegenden der Unterstützung durch die gesamte Bevölkerung sicher sein. Die überkommenen Familienstrukturen bedingen, daß die Entscheidung eines Familienmitgliedes, „in die Berge zu gehen“, von mindestens 80 Familienmitgliedern mitgetragen wird. Kämpfen aus einem Dorf 15 Muchachos (junge Männer), steht also das ganze Dorf geschlossen hinter diesem Engagement.

Für Europäer vielleicht etwas ungewöhnlich ist die enge Verbindung von tiefer Gläubigkeit und revolutionärem Engagement bei zahlreichen Bauern. Der Bauer kämpft hier eben nicht allein für eine gerechtere Gesellschaft, sondern auch dafür, sich zur Messe versammeln zu dürfen, um die Kommunion zu empfangen, was ihm heute vielerorts durch die Militärdiktatur verweigert wird.

Mit unvorstellbarem Elend und feudalen Produktionsweisen wird man in den Departementen Alta Verapaz und Izabal im Nordosten Guatemals konfrontiert, wo mehr als 500.000 Menschen – vorwiegend Indigenas – wohnen.

Während sich die großen Kaffeeplantagen, oft noch im Besitz von Deutschen, und die Viehhaciendas vieler Generale auf dem fruchtbaren Boden der Täler breit machen, ziehen sich die Maisfelder der Bauern, die sich vom Staat provisorische Besitztitel erkämpft haben, die Berge hoch.

Viele Bauern sind noch direkt vom Großgrundbesitzer abhängig. Sie besitzen als Colones (Pächter) ein kleines Stück Land auf der Finca und müssen als „Ausgleich“ dafür zu Löhnen von 1-2 DM am Tag für den Großgrundbesitzer arbeiten. Viele Dörfer sind oft nur über stundenlange Fußmärsche zu erreichen und so weitgehend von der Außenwelt abgeschnitten.

Guatemala-Stadt: Agitiert wird nur in Masken

Der geringste Teil der Produktion wird vermarktet. Die Bauernfamilien leben tagelang von nichts anderem als Maisfladen, gewürzt mit Chili. Gesundheitsstationen existieren entweder nicht oder werden kaum besucht, weil die Bauern die Transportkosten und die teuren Arzneimittel nicht bezahlen können. Wenn es überhaupt eine Einklassenschule im Dorf gibt, arbeitet sie so „erfolgreich“, daß fast alle Schüler die Schule nach 3-5 Jahren Spanischunterricht immer noch als Analphabeten verlassen.

Die Hauptstadt war in den letzten Jahren Schauplatz großer Volkskämpfe. Die sich nach mehrjähriger Friedhofsruhe mit Beginn der 70er Jahre neu entwickelnden Massenkämpfe fanden ihren Höhepunkt in den Kampftagen des Oktober 1978.

Fast 500.000 Einwohner der Hauptstadt beteiligten sich an Aktionen gegen eine Erhöhung der Preise der städtischen Busfahrten von 10 auf 20 Pf. Nach einwöchigen Auseinandersetzungen, die teilweise aufstandsähnlichen Charakter annahmen – ganze Viertel waren für die Polizei nicht mehr



zugänglich – blieb der Regierung keine andere Wahl, als die Fahrpreiserhöhung zurückzunehmen.

Eine Woche später wurde der Vorsitzende des guatemalteckischen Studentenverbandes, Oliverio Castenada de Leon, einer der herausragenden Führer der Kampfaktionen, von einem Mordkommando der Polizei umgebracht. Mit diesem Mord griff die Mord- und Terrorwelle in vollem Umfang auf die Städte über. Zielscheibe waren und sind die Funktionäre von Massenorganisationen, Parteien und die Intellektuellen. Bis 1980 wurden mehr als 50 Universitätsprofessoren umgebracht.

Nachdem es anfänglich noch zu machtvollen Manifestationen anlässlich der Beerdigung bekannter Persönlichkeiten kam, ebten diese ab, nachdem auch Teilnehmer von Beerdigungen wenige Tage später – barbarisch zugerichtet – ermordet aufgefunden wurden.

Der Terror war nicht erfolglos: Zahllose Gewerkschaften wurden zerschlagen, die überbetrieblichen Gewerkschaftszusammenschlüsse funktionieren aufgrund der Repression nur noch mangelhaft; seit dem letzten ersten Mai gab es keine öffentliche Demonstration – außer in der Universität – mehr; die Universität wurde ihrer fortschrittlichen Leitung beraubt, die progressiven Flügel der kleinbürgerlichen Parteien, der Christdemokratischen Partei (PDC) und der sozialdemokratischen Vereinigten Revolutionären Front (FUR) wurden regelrecht liquidiert, was die Restführungen dieser Parteien in der Gegenwart zu einem ängstlichen Anpassungskurs veranlaßt.

Eine der wenigen Massenorganisationen, die die Repressionswelle weitgehend durchgestanden hat, ist der Studentische Dachverband (AEU). Er ist weiterhin bis auf Fachbereichsebene organisiert und schafft es immer noch, alle 15 Tage eine gesetzte Zeitung in 5.000-10.000 Auflage herauszubringen.

Die Arbeit erfolgt unter strengen Sicherheitsvorkehrungen: Die Funktionäre wechseln häufig den Wohnsitz und die Schlafstelle, Versammlungen des Leitungskollektivs finden ausschließlich außerhalb der Uni im kleinsten Kreise statt. Agitiert wird nur mit Masken und mit verstellter Stimme. Man versucht sein persönliches Aussehen öfter zu verändern. Schwacher Punkt sind die nach wie vor stattfindenden Wahlen, die es dem Regime ermöglichen, die Kandidatenlisten in die Hand zu bekommen.

Unter den Studenten und Intellektuellen hat die kommunistische Guatemalteckische Partei der Arbeit (PGT) eine starke Verankerung. Ihr gegenwärtiges Hauptproblem ist die

Zusammenarbeit mit den vier Guerillaorganisationen, die sich zu einer revolutionären Koordination zusammengeschlossen haben (siehe Rede G. Toriellos auf der Berliner Konferenz in: AIB-Sonderheft 1/1981, S. 31-32; d. Red.). Obwohl sich die Kommunisten vor einem halben Jahr auch für den bewaffneten Kampf ausgesprochen haben und sich darauf vorbereiten diesen zu führen, und obwohl damit keine prinzipiellen Differenzen mehr bestehen, bleibt doch das durch jahrelange Polemik aufgestaute Mißtrauen. Der Weg zur Einheit aller revolutionären Kräfte ist noch beschwerlich, auch wenn es auf beiden Seiten Anzeichen gibt, aufeinander zuzugehen.

Auf der Basis dieser Eindrücke und zusätzlicher Informationen läßt sich eine grobschnittige Gesamteinschätzung des politischen Kräfteverhältnisses in Guatemala geben:

Die Stärke der Verankerung der Guerilla ist regional stark unterschiedlich, obwohl sie mittlerweile in der Lage ist, im gesamten Land Sabotage- und Kommandoaktionen durchzuführen. Die Massenorganisationen der Bevölkerung sind durch den offenen Terror stark geschwächt, Massenaktionen wie Streiks, Demonstrationen fast unmöglich gemacht worden. Die revolutionären Organisationen arbeiten daran, auch unter den Bedingungen strikter Illegalität die Massen in den Kampf einzubeziehen.

Die gegenwärtige Konjunkturkrise und die für Guatemala anhaltende hohe Inflationsrate verstärken die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Regime in breitesten Kreisen der Bevölkerung. Auf der anderen Seite besitzt das Regime mit der Erschließung der natürlichen Reichtümer Guatemalas durchaus einigen Spielraum für eine begrenzte Umverteilungspolitik, die für eine dauerhafte Stabilisierung des gegenwärtigen Systems unbedingt notwendig wäre.

1982 finden Präsidentschaftswahlen statt, die die Legitimation der gegenwärtigen Regierung vergrößern sollen. Durch die Terrorpolitik wurde dafür gesorgt, daß sich nur prinzipiell regimetreue Kräfte an dieser Veranstaltung, nur 20% der Bevölkerung wählen normalerweise, beteiligen. Noch offen ist, ob sich eine mehr modernistische Fraktion der Oligarchie durchsetzen oder ob die gegenwärtige Terrorpolitik unverändert beibehalten wird. Die Wahl Ronald Reagans zum US-Präsidenten dürfte die Wahrscheinlichkeit der letzteren Alternative erhöht haben. Eine Machtverschiebung zugunsten einer „Reformregierung“ wie in El Salvador (im Oktober 1979, siehe ausführlich AIB 2/1981, S. 4ff.; d. Red.) ist in Guatemala derzeit nicht abzusehen.

Guatemala steuert somit auf einen verlängerten Volkskrieg zu, wobei die Ausgangsbedingungen für die Guerilla günstig sind. Die offenen Grenzen zu Mexiko und dem demnächst unabhängig werdenden Belize erleichtern die Lösung logistischer Probleme; die Landschaft Guatemalas bietet den Guerilleros darüber hinaus Rückzugsräume, die für das Heer kaum zugänglich sind.

Ein Sieg der salvadorianischen Revolution wäre für die revolutionären Kräfte in Guatemala sicher eine entscheidende Hilfe. Angesichts der Ausgangsbedingungen in Guatemala ist allerdings davon auszugehen – es sei denn die Oligarchie entschließt sich zu einem scharfen Kurswechsel in ihrer Politik –, daß die guatemalteckische Revolution relativ unabhängig von der Entwicklung in El Salvador ihren Weg gehen wird.

DIA-Vortrag zu Guatemala

Die Guatemala-Solidaritätsgruppe Münster hat soeben einen DIA-Vortrag zur Situation in Guatemala erstellt. Er kann mit Begleittext ausgeliehen oder auch gekauft werden unter der Anschrift: Guatemala-Solidaritätsgruppe in der KHG, Kardinal von Galen Ring 45, 4400 Münster.

Nach der Januaroffensive 1981 der Volkskräfte, die mit Positionsgewinnen der Farabundo-Marti-Front und der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) endete (siehe ausführlich AIB 2 und 3/1981), brachten die salvadorianische Junta und diverse westliche Regierungen die Idee einer politischen Lösung über einen Dialog zwischen Junta und FDR ins Spiel. Der sozialdemokratische FDR-Präsident Manuel Guillermo Ungo, der selbst der sog. Reformjunta vom Oktober 1979 angehört hatte, wies dieses Projekt Ende Februar d.J. kategorisch zurück.

Seine Anklage der systematischen Massenmordpolitik der Militärdiktatur wird geteilt von Erzbischof Arturo Rivera y Damas, der zur Jahreswende in dem hier dokumentierten Pastoralbrief die Regierungsjunta und mit ihr die Führung der Christdemokratischen Partei des Juntapäsidenten J. Napoleon Duarte für die Verbrechen am salvadorianischen Volk und der Kirche verantwortlich machte. Der Erzbischof und mit ihm die Kirchenmehrheit El Salvadors haben unterdessen offen Partei für die politische Alternative der FDR bezogen und unterstützen zunehmend auch die revolutionäre Gegengewalt der Volkskräfte.



Erzbischof Arturo Rivera y Damas Die Verfolgung geht von der Junta aus

Wir, der Bischof, Priester und Nonnen, wollen allen Christen, dem salvadorianischen Volk, sowie allen Männern und Frauen guten Willens in der ganzen Welt ein klares und energisches Wort über die letzten grausamen Ereignisse sagen, die gegen die Kirche im Land gerichtet waren.

Als Lehrer fühlen wir uns herausgefordert, die Wahrheit zu verbreiten. Als Pastoren haben wir die Verpflichtung, das Volk Gottes zu begleiten, zu weisen und zu ermutigen, das sich in diesen Momenten terrorisiert und gegenüber einer derartigen Barbarei machtlos fühlt. Wir sprechen mit der Verantwortung, die der Herr sowie Schmerz und Leid des salvadorianischen Volkes von uns verlangen. Wir verfolgen kein anderes Interesse, als unsere Aufgabe als Pastoren zu erfüllen.

1. Wir wollen in erster Linie die letzten grausamsten Verfolgungen der Kirche beleuchten. Wir klagen an und verurteilen energisch das Verschwinden von Pater Marcial Serrano, des Pfarrers von Olocuilta, am 28. November (1980; d. Red.), der, allen Anzeichen nach zu urteilen, ermordet wurde.

Pater Serrano hatte gerade die Messe des Kantons Chalupa zelebriert und war auf dem Rückweg zu seiner Pfarrei. Augenzeugen sahen jedoch, wie er, statt die Messe in der Pfarrei zu lesen, in Begleitung von Militärs umkehrte. Seitdem ist der Pater nicht wieder aufgetaucht. Sein Pritschenwagen wurde mit in „San Miquel Tepezontes“ geänderter Aufschrift im Amt der Nationalgarde gefunden. (...)

Wir klagen an und verurteilen energisch die Entführung und Folterung der Schwestern Maura und Ita der Congregation Maryknoll, der Schwester Dorothy der Congregation der Ursuline in der Diözese von Chleveland und von Fräulein Jean Donovan, einer Laienmissionarin, die sehr wahrscheinliche Vergewaltigung dreier von ihnen und ihre Ermordung. Am 2. November (1980; d. Red.) holten Schwester Dorothy und Fräulein Donovan, die in der Pfarrei von La Libertad arbeiteten, die anderen beiden Schwestern vom Flughafen ab.

Auf ihrem Rückweg nach La Libertad wurden die vier entführt. Wenig später, als man versuchte, sie zu finden, tauchte ihr Wagen völlig ausgebrannt am 41. Kilometerstein auf, wenig entfernt von der Stelle, an der einige Stunden zuvor

eine Ersatztruppe der Sicherheitskräfte gewesen war, die vorher zwei Fahrzeuge mit Priestern und Nonnen aufgehalten hatte.

Wir denunzieren und verurteilen das Verschwinden des Paters Ernesto Abrego. Am 23. November (1980; d. Red.) kam er zusammen mit mehreren Familienangehörigen im Auto aus Guatemala. Bis heute ist ihr Verbleib unbekannt. Alles weist darauf hin, daß auch er Opfer eines Mordes geworden ist.

2. Diese kriminellen Akte der Kirchenverfolgung sind der Höhepunkt einer vierjährigen Verfolgung, die während des Jahres 1980 an Intensität und Grausamkeit zugenommen hat, übereinstimmend mit der neuen politischen Führung des Landes durch Militärs und die Christdemokratische Partei.

In diesem Jahr wurde Bischof Oscar Romero, der Pastor und Prophet der Kirche und des salvadorianischen Volkes ermordet, zusammen mit zwei weiteren Priestern, den Patern Spessotto und Manuel Reyes, einem Seminarist, der kurz vor seiner Ordination stand, und einer großen Zahl von Katecheten, Gesandten des Wortes und einer großen Zahl aufrichtiger Christen. Dieses Jahr wurden die verschiedenen Vertreter der Kirche, Priester, Nonnen und Religionslehrer vom Tode, von Verhaftungen und Entführungen bedroht und ihre Wohnungen heimgesucht, unter Beschuß genommen oder in die Luft gesprengt. (...)

3. Während wir entsetzt und machtlos all diesen Ereignissen beiwohnten, stellten wir fest, daß in den kommerziellen Massenmedien, in den offiziellen Erklärungen der Streitkräfte und der Regierungsjunta sehr oft diese Ereignisse und ihre Auslegung verschwiegen, verdreht oder verfälscht werden. Auf der anderen Seite werden die Medien der Kirche mit Bomben und Morden zum Schweigen gebracht, wie es offenkundig beim Sender YSAX der Fall ist. In dieser Situation haben wir die heilige Pflicht, die Wahrheit über die Verfolgungen der Kirche und ihre Verantwortlichen zu sagen.

Die Kirche wird verfolgt, weil sie die Wahrheit sagt, die die Mächtigen stört und weil sie besonders Stellung für die Armen dieses Landes bezogen hat, die jahrhundertlang

durch ungerechte Systeme unterdrückt worden sind, zur Zeit weiter unterdrückt werden und darüber hinaus mit einer Virulenz, die ans Unbegreifliche grenzt, bekämpft werden.

Obwohl die direkt Verantwortlichen für diese Verfolgung sich der Verantwortung entziehen wollen, indem sie die Gewalt von links und rechts heraufbeschwören oder durch einen übermächtigen Militärapparat geschützt werden, war es jedoch in den fast vier Jahren der Verfolgung, die die Kirche durchgemacht hat, offensichtlich, daß die Mehrzahl der Verfolgungsakte gegen die Kirche von Angehörigen der Sicherheitskräfte und paramilitärischen Organisationen ausgeführt worden sind. Damit weisen wir Versionen zurück, die andere soziale Gruppen beschuldigen, wie es einige Male von Regierungsangehörigen behauptet wurde.

4. Daher machen wir die Organisationen des Sicherheitsdienstes und die ultrarechten Banden für die Verfolgung der Kirche und insbesondere für die Morde sowohl an Priestern als auch an Seelsorgern verantwortlich. Und wir machen folglich auch die Regierungsjunta verantwortlich, die als Oberbefehlshaberin der Streitkräfte die Verantwortung für die Aktionen ihrer Mitglieder trägt. Wir bedauern es, daß die der Junta vorangegangenen Regierungen und die derzeitige Regierungsjunta nicht ihr Versprechen erfüllt haben, die kriminellen Morde an Monsenor Romero, an Priestern, Nonnen und Seelsorgern aufzuklären.

Ihre Erklärungen verlieren daher an Glaubwürdigkeit, und wir können nach diesen Vorfällen die üblichen Entschuldigungen nicht mehr akzeptieren, geschweige denn die Ver-

sprechungen von Nachforschungen. Einzig die sofortige und wirksame Beendigung der Unterdrückung und Verfolgung würde den entscheidenden Willen zeigen, damit Schluß zu machen, und die Junta in einem gewissen Maße von ihrer Verantwortung freizusprechen. Und einzig die sofortige Beendigung der Unterdrückung und Verfolgung würden den wiederholten Angeboten zu einem Dialog über die Befriedung des Landes Glaubwürdigkeit verleihen. Anderenfalls werden alle Möglichkeiten eines wahrhaften Friedens durch gewaltfreie Mittel im Lande ausgeschlossen.

5. (...) Daher verlangen wir von der Regierung der Vereinigten Staaten, wie es unser als Märtyrer gestorbener Erzbischof Monsenor Romero in einer prophetischen Geste gefordert hat, unsere Regierung nicht mit Militärhilfe zu versehen. Denn die Militärhilfe fördert trotz (gegenteiliger; d. Red.) Erklärungen über ihre Verwendung die Unterdrückung des Volkes und die Verfolgung der Kirche. (...)

Wir vertrauen auf Gott, wir wollen unserer bevorzugten Option für die Armen treu bleiben und ihre Leiden teilen. In naher Zukunft wird diese Hoffnung zur Realität werden, und es wird Gerechtigkeit und Frieden für die Armen geben. Unterdessen erinnern wir an die Grundlage unserer Hoffnung: „Fürchtet Euch nicht“, sagt uns Jesus, „ich habe die Welt besiegt.“

Arturo Rivera y Damas, Bischof, Apostolischer Verwalter der Erzdiözese San Salvador.

(Quelle: Solidaridad, Münster, Nr. 14/Februar 1981, S. 13-14)

FDR-Präsident Manuel Guillermo Ungo

Nein zum Treffen mit Duarte



Zeitungsmeldungen nichtoffizieller Basis besagen, es würde bald ein Treffen zwischen Ingenieur José Napoleón Duarte, Präsident der aus Militärs und Christdemokraten bestehenden Junta von El Salvador, und meiner Person als Präsident der FDR stattfinden. Ich möchte diese Meldungen kategorisch dementieren, da von meiner Seite kein Treffen mit Ingenieur Duarte vereinbart worden ist. Wir haben mehrmals von öffentlichen Erklärungen von Ingenieur Duarte und von Mitgliedern der Weltunion Christlicher Demokraten gehört, in denen das Interesse an einem Treffen zwischen ihm und mir ausgedrückt wurde. Die FDR hat Ingenieur Duarte und die wenigen verbleibenden christdemokratischen Führer gebeten, sich aus der Regierung zurückzuziehen und damit aufzuhören, Verantwortliche und Komparsen eines Völkermordregimes zu sein.

Mir ist nicht bekannt, ob das augenblickliche Interesse von Ingenieur Duarte, sich mit mir zu treffen, auf der Absicht beruht, aus der Junta zurückzutreten, um sich damit von Repressionen und gegen das Volk gerichteten Maßnahmen loszusagen. Wenn das nicht der Fall ist, so hat die FDR genügend Gründe zum Mißtrauen gegenüber dem Interesse von Ingenieur Duarte an einem Treffen, wie zum Beispiel:

1. Der Ingenieur Duarte und andere Mitglieder der salvadorianischen Junta haben verschiedene Male zu einem Dialog mit der Opposition aufgerufen, während ihre Repressionsorgane gleichzeitig Führer der FDR ermorden (im November 1980 in San Salvador wurden 6 FDR-Führer ermordet, d.

Red.). Der ungesühnte Mord an den nordamerikanischen Nonnen, die kürzliche Festnahme von Universitätsbeamten wegen ihrer angeblichen Zugehörigkeit zur FDR und schließlich die Festnahme des ehemaligen Junta-Mitglieds Oberst Adolfo Majano weisen auf alles andere, als auf eine Bereitschaft zum Dialog und ein Interesse an einer demokratischen politischen Lösung hin.

2. Diese Einladungen zu Treffen, die von Ingenieur Duarte mit offensichtlichem Publicity-Charakter in der internationalen Presse lanciert wurden, sind nichts anderes als politische Manöver, um Legitimation für eine Regierung zu erhalten, die auf nationaler und internationaler Ebene immer stärker isoliert wird und immer weniger legitimiert ist.

3. Der Ingenieur Duarte hat keine eigene Macht, die ihn zu einem geeigneten Gesprächspartner machen würde, vielmehr erscheint er als das Sprachrohr der faschistischen Militärs, die die politische Macht in El Salvador kontrollieren.

Unsere Bereitschaft zum Dialog sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene richtet sich an die politischen Kräfte und Regierungen, die an der Suche nach einer politischen Lösung mitarbeiten, welche eine revolutionär-demokratische Regierung ermöglicht, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen, der auf der Respektierung des Rechts auf Selbstbestimmung des salvadorianischen Volkes beruht. Wir sprechen Kräften und Regierungen unsere Anerkennung aus, die sich bemühen, diese politische Lösung zu ermöglichen.

(Quelle: IDES, Berlin-West, Nr. 27/26.2.1981)

Fritz Noll

Ein Volk von Avantgardisten



Die jüngsten Erklärungen Ronald Reagans, wonach die USA die militärische Seeblockade Kubas planen, um in der militanten Strategie der „Eindämmung einer von der Sowjetunion über Drittstaaten verfolgten Unterwanderung Mittel- und Südamerikas an deren Quelle zu gehen“, machen die Verschärfung der Situation im karibischen Raum deutlich. Die Lage ist gespannt, die USA sind gewillt, ihr blutiges Engagement in El Salvador zu verstärken, gleichzeitig gegen die Volksmacht in Nicaragua vorzugehen, die Befreiungsbewegung in Guatemala in Blut zu ersticken und Kuba anzugreifen. Alles in der wahnsinnigen Hoffnung, durch Aggression und militärischen Druck den Befreiungswillen in Lateinamerika auszulöschen, der einzig und allein aus unvorstellbaren sozialen und politischen Unterdrückungsmechanismen jener Diktaturen erwächst, die Washington stützt, finanziert, mit Waffen und Beratern ausrüstet und in denen die US-Monopole und der CIA den Ton angeben. Für diese neue Vietnam-Strategie warb der US-Sonderbotschafter Eagleburger in westeuropäischen Hauptstädten und wie man weiß, in Bonn nicht ohne Erfolg.

Der Organisationsgrad der Massen ist enorm...

Die Lage um Kuba ist äußerst bedrohlich. Ein Grund mehr, danach zu fragen: Wie steht es um die Festigkeit der Revolution in Kuba?

Von 100 Kubanern sind 53 Mitglieder des Komitees zur Verteidigung der Revolution (CDR); 23 sind Gewerkschaftsmitglieder; 24 im Frauenverband; 22 im Schülerverband und bei den Jungen Pionieren; 2 sind im Kleinbauernverband; 5 im Studentenverband; 4 sind Mitglied in der Union junger Kommunisten und 4 sind Mitglieder der Kommunistischen Partei Kubas (PCC). Das 10-Mio-Volk ist außerordentlich organisiert – gewiß eine wesentliche Ursache für die Standhaftigkeit der Revolution, die seit über 20 Jahren vom Yankee-Imperialismus bedroht wird, die sich Aggressionen (siehe Rückblick in diesem Heft zur Schweinebuchtinvasion

1961; d. Red.) und der Blockade widersetzte, die bei Gefahr physischer Vernichtung das Land aus halbkolonialer Unterentwicklung herausführte und Kuba zu einem wichtigen Faktor in der internationalen Arena werden ließ.

Organisation und Prinzipienfestigkeit, proletarischer Internationalismus und Patriotismus kennzeichnen den Weg dieser Revolution, „deren beste Frucht die Kommunistische Partei ist“, wie Genosse Fidel Castro-Ruz in seinem Rechenschaftsbericht vor den Delegierten des 2. Parteitag des PCC im Dezember 1980 in Havanna sagte. Von der Partei soll in diesem Bericht gesprochen werden.

Wenn man die kubanische Revolution über die verschiedenen Etappen ihrer Entwicklung direkt vor Ort verfolgen konnte, so besticht der tiefe Eindruck, den der 2. Parteitag vermittelte: Hier wirkt eine Partei, die fest auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, die untrennbar mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) verbunden ist, die schöpferisch die Gesetze des planmäßigen Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft auf die ökonomischen, politischen und historischen Bedingungen des Landes anwendet. Und hier steht eine Partei, deren Verwurzelung im Volk, deren Massenbeziehungen vollkommen sind.

Für letzteren Gedanken nur ein Beispiel: Zum Abschluß des Parteitages fand auf der Plaza der Revolution in Havanna eine Kundgebung statt (Wortlaut der dortigen Rede Fidel Castros in: AIB 3/1981, S. 20-21; d. Red.), zu der zwei Tage zuvor in den Zeitungen mobilisiert wurde. Havanna zählt knapp 2 Mio Einwohner, vom Baby bis zum Greis. 1,3 Mio davon standen auf der Plaza!

...und die Frucht der PCC-Politik

Oder ein anderes Beispiel: Im vergangenen Jahr, als die USA ihre Kampagne gegen Kuba starteten und die illegale Auswanderung mit den Ereignissen um die peruanische Botschaft in Szene setzten, da rief die Partei das Volk am 19. Mai 1980 zur Demonstration. Über 7 Mio Kubaner gingen auf die Straßen. Man stelle sich gleichartige Demonstrationen in der Bundesrepublik vor. Dann müßten hier an einem Tag 42 Mio Menschen auf die Straßen gehen!

Die Mobilisierungskraft der PCC ist Ausdruck ihrer konsequenten Politik, ihres revolutionären Kurses, ihres prinzipienfesten Internationalismus und der hohen politisch-moralischen Grundhaltung, die jeder Genosse aufbringt. Mir sagte Genosse Jaime Crombet, erster Sekretär der PCC in der Provinz Pinar del Rio: „Unsere Massenbeziehungen werden durch unsere Politik bestimmt, aber auch durch das Auftreten eines jeden Genossen von uns.“

Genosse Fidél Castro-Ruz formulierte das in seinem Rechenschaftsbericht so: „Drei Pflichten hat der Kommunist: der erste in der Arbeit zu sein, der erste beim Opfern, der erste bei der Bescheidenheit“, und er fügte hinzu: „Wir sind das, was das Volk über uns denkt, und nicht das, was wir selber von uns denken.“

Die Versuche, die PCC von ihrem revolutionären Kurs abzu-



Fidel Castro, das Ohr an den Massen

bringen, ganz gleich von welcher Seite sie gestartet wurden, scheitern an der Partei und am kubanischen Volk. Und wie groß die Achtung der PCC in Lateinamerika, in Afrika, im Nahen Osten und in Südostasien ist, wie stark die Befreiungsbewegungen und jungen revolutionären Parteien gerade von der PCC beeinflusst werden, zeigte schon die große Präsenz aus diesem Teil der Welt am 2. PCC-Parteitag (siehe AIB 2/1981, S. 15ff.). Und: Die Zeit des Lernens und des Aufbaus der PCC ist übergegangen in eine Periode schöpferischer Erfahrungen und des Gebens.

Natürlich setzte sich der Parteitag auch kritisch mit Erscheinungen auseinander, die in der Vergangenheit aufgetreten waren. Da waren in bestimmten Bereichen Tendenzen des Bürokratismus aufgetreten, da gab es ein Zurückweichen vor ideologischen Auseinandersetzungen, insbesondere in der Bekämpfung der ideologischen Diversion von Seiten der USA, die ja ähnlich wie es die DDR erlebt täglich über die elektronischen Massenmedien auf Kuba einzuwirken bemüht sind.

Der Parteitag stellte fest, daß gegen jegliche Form von Kleinbürgertum, von Privilegien, mögen sie noch so minimal sein, unduldsam vorgegangen werden muß. „Die ständige Wachsamkeit, das ist der Preis der Revolution“, sagte Genosse Fidel Castro. Natürlich gab es Überreste der Vergangenheit in der Bevölkerung, Menschen ohne Klassenbindung, ohne patriotische Bindung, die den Einflüsterungen aus den USA erlagen und das eigene Land verrieten, die Revolution im Stich ließen, zu jenem Feind überliefen, der wie in El Salvador lateinamerikanische Brüder zu Tausenden ermordet.

Doch was als permanente Dissidentenbewegung, als dauernde Erosionserscheinung vom CIA geplant war, stellte sich als Niederlage für den Imperialismus heraus. Fidel Castro sagte: „Diesmal konnten sie nicht Spezialisten abwerben, sie bekamen den Abschaum unserer Gesellschaft, das war die Absage unseres Volkes an das Parasitentum, an kleinbürgerliche Bequemlichkeiten.“

Die PCC, die am 31.12.1975 211.246 Mitglieder zählte, hat jetzt 434.143 Mitglieder. Die Partei hat sich also zwischen dem 1. und 2. Parteitag verdoppelt. Aber sie hat nicht nur rein numerisch zugenommen, sondern sich vor allem auch qualitativ gestärkt.

Vor allem kamen die neuen Genossen aus der Arbeiterklasse, aus der Zuckerindustrie und anderen Industriezweigen. War der Anteil der Arbeiter an der Mitgliedschaft der Partei 1975 36,3%, so stieg er inzwischen auf 47,3%, der Anteil der Frauen von 14,1% (1975) auf 19,1%. 36% aller neuen Mitglieder kamen aus der Union der jungen Kommunisten. Der Jugendverband zählt jetzt 422.000 Mitglieder. Auch er wuchs seit dem 1. Parteitag. Allein 160.000 junge Arbeiter wurden Mitglied.

Die Zahl der Grundorganisationen der Partei stieg von 20.000 (1975) auf 26.500. Allein 3.691 neue Grundorganisationen wurden in Betrieben, landwirtschaftlichen Einrichtungen, im Dienstleistungsbereich, im Transportwesen und im Bildungsbereich neu geschaffen. Auch die führenden Organe der Partei, das Zentralkomitee und das Politbüro, verstärkten sich durch Genossen aus der Produktion, durch Genossinnen und Genossen aus den Streitkräften. Genosse Fidel Castro unterstrich, daß die Partei in ihrem Entwicklungsprozeß viel gelernt habe, und er sagte mit bewegter Stimme: „Worauf wir besonders stolz sind, das ist die Kollektivität unserer Parteiführung, unserer Leitungen.“

Längst ist die PCC eine Partei, die für viele Genossen der revolutionären Weltbewegung beispielhafte Leistungen vollbringt. In vielfacher Beziehung wurde das von vielen Kommunisten aus den sozialistischen Staaten, aus den Ländern des Kapitals, aber vor allem von den Genossen der jungen Nationalstaaten unterstrichen.

Ich erlebte eine Partei, in der jeder Kommunist Avantgardist in einem Volk von Avantgardisten ist.

MIRIAM MAKEBA

Country Girl



M. Makeba - Live,
LP-Nr. 88 200, MC-Nr. 88 207
African Convention,
LP-Nr. 88 199, MC-Nr. 88 201
A Promise,
LP-Nr. 88 203, MC-Nr. 88 208

LP-Nr. 88 245, MC-Nr. 8245
mit Textbeilage

Verlag „pläne“ GmbH
Postfach 827
4600 Dortmund 1



Seamus O'Faolain/Mohammed Sarkash Chemische Kriegsführung in Afghanistan

In den vergangenen Monaten berichteten westliche Medien immer wieder, daß die sowjetischen Truppen bei ihrem Vorgehen gegen „Rebellen“ in Afghanistan auch chemische Waffen, deren Herstellung und Gebrauch durch verschiedene internationale Abkommen untersagt ist, einsetzen. Der folgende Beitrag aus dem US-amerikanischen Counter Spy enttarnt derartige „Informationen“ als Bestandteil einer systematisch vom Pentagon und CIA geführten Kampagne der psychologischen Kriegsführung, um von den eigenen schmutzigen Interventionspraktiken gegen die afghanische Revolution (vgl. AIB 2, 7-8/1980 und 2/1981) abzulenken.

Aufgrund von Informationen aus Kabul und Washington hat es jetzt den Anschein, daß eine Zweigstelle der US-Regierung heimlich chemische Waffen – vermutlich vom Typ der normalerweise als „nicht-tödlich“ klassifizierten – an die sog. Rebellen in Afghanistan geliefert hat. Die afghanische Regierung hat Photographien und Bestandteile von in den USA hergestellten Kanistern und Granaten vorgestellt, die in den Kampfzonen in Afghanistan gefunden wurden.

Gleichzeitig sind die westlichen Medien voll von Berichten über sowjetische Grausamkeiten in Afghanistan, einschließlich des Einsatzes von chemischen Waffen. Wie unten genauer ausgeführt, haben Sprecher der US-Regierung alles getan, um diese Berichte zu untermauern.

Sowjetische Grausamkeiten am afghanischen Volk?

Die Absicht, die sowohl mit diesen Berichten als auch mit der Lieferung von Chemikalien an die „Rebellen“ verbunden ist, scheint – abgesehen von ihrem militärischen Einsatz – eine zweifache zu sein.

Erstens diskreditieren wiederholte Berichte über chemische Kriegsführung die afghanische Regierung und können leicht der Sowjetunion angelastet werden. Sie geben dem anti-sowjetischen Militarismus, der gegenwärtig in den USA zunimmt, beträchtliche Substanz. Zweitens wurden diese Beschuldigungen gegen die Sowjetunion, sie betreibe chemische Kriegsführung, wirksam dazu benutzt, um den Ausbau der Möglichkeiten der USA zu chemischer Kriegsführung zu betreiben.

Die letztgenannte Überlegung ist keine Kleinigkeit. Ende Juni 1980 schlug der Kongreßabgeordnete Richard Ichord (Missouri) eine Ergänzung zum Kriegswaffenproduktionsgesetz vor, um 3,15 Mio Dollar für eine Fabrik auszuweisen, die eine neue Generation von komplexen Nervengaswaffen produzieren soll. R. Ichord begründete dies mit Berichten, daß die Sowjets in Afghanistan chemische Waffen einsetzen und das bestausgerüstete chemische Waffenarsenal der Welt hätten. Er brachte die Ergänzung praktisch ohne Widerspruch durch den Kongreßausschuß für die Streitkräfte. Etwa zehn Wochen später passierte der Antrag mit 337 gegen 22 Stimmen den gesamten Kongreß.

Die 3,15 Mio Dollar werden verwendet werden, um eine neue Fabrik für binäres Nervengas in Pine Bluff/Arkansas zu bauen. Binäre chemische Waffen heißen deshalb so, weil in ihnen zwei verschiedene Wirkstoffe mit relativ geringer Giftwirkung verwendet werden. Wenn das Geschöß explodiert, verbinden sich die beiden Wirkstoffe und bilden ein höchst tödliches Nervengas.

Nach dem Plan, den die Befürworter dieses neuen Binärgasprogramms ins Auge gefaßt haben, soll die Fabrik in Pine Bluff Ende 1983 oder Anfang 1984 155-mm-Artillerie-Gas-Granaten produzieren. Produktionsprogramme für 8-Zoll-Granaten, die 1985 soweit sein sollen, und die Groß-Bomber vom Typ „Bigeye“, welche von Marine und Luftwaffe zusammen zur Produktionsreife für 1986 entwickelt werden, schließen sich an.¹

Die Chemikalien, die produziert werden sollen, Sarin und GB, sind in verheerendem Ausmaß tödlich. Ein Liter GB stärkster Wirksamkeit könnte 1 Mio Menschen töten.

Die US-Armee hat seit mehreren Jahren versucht, ihr Programm für chemische Kriegsführung wiederzubeleben, nachdem Präsident Richard Nixon 1969 die weitere Entwicklung chemischer Waffen abgebrochen hatte. Daher ist die Ausweisung von 3,15 Mio Dollar für eine neue Fabrik für chemische Waffen ein größerer Durchbruch.

Schon am 29. Dezember 1979 berichtete die New York Times, daß afghanischen „Rebellen“ zufolge „die Russen bei einigen Angriffen bereits Gas eingesetzt haben“.

Einige Wochen später, am 23. Januar 1980, verbreitete United Press International einen Bericht, wonach „Soman, ein zuerst 1944 in Nazideutschland hergestelltes Nervengas, gegen Positionen der Rebellen in den nordöstlichen Städten Faizabad und Jalalabad, in der mittleren Bamiyan- und der nördlichen Takhar-Provinz, eingesetzt worden sei. Die Information wurde anonymen US-Geheimdienstquellen zugeschrieben“, welche sie ihrerseits von einem „übergelaufenen afghanischen Armeeeoffizier und anderen Flüchtlingen“ erhalten hatten.²



Afghanische „Rebellen“, Transportiere von chemischen Waffen Made in USA

Der Kolumnist Jack Anderson hatte in seiner Kolumne vom 5. März 1980 einiges zu den Geschichten über „sowjetische Invasoren...“, welche die Guerilleros mit tödlichem Nervengas angriffen, vor dessen Einsatz selbst Adolf Hitler zurückschreckte“, beizutragen. Nach J. Anderson „benutzen die Russen Gas, um die tapferen Bergkämpfer aus ihren Höhlen und Spalten zu treiben, wo sie sich verkriechen“. J. Andersons Quellen sind von „hoher“ Qualität: „Geheimdienst-Spezialisten, ein US-Diplomat, der Geheimdienst der Armee, Pentagon-Quellen, Geheimdienstberichte, eine Top-Secret-Analyse des CIA, eine Top-Secret-CIA-Publikation, der Weekly Surveyor...“

Am 7. April 1980 beschloß Verteidigungsminister Harold Brown, das Seine zur Gerüchteküche beizutragen. In einer Rede in Los Angeles stellte er fest, daß „es zunehmende Belege dafür gäbe, daß die Russen in den afghanischen Landgebieten kampfunfähig machendes Gas – und nach einigen Quellen vielleicht tödliches Gas – einsetzen“.³ Im Laufe der Zeit wurde es immer deutlicher, daß weder der CIA noch das Pentagon, noch das Außenministerium irgendeinen überzeugenden Beleg dafür hatten, daß die sowjetischen Truppen in Afghanistan chemische Waffen einsetzen. Wie ein CIA-Sprecher sagte: „Es gibt keinen gültigen wissenschaftlichen Beweis, daß sie (die sowjetischen Truppen) tödliches Gas benutzt haben.“⁴

Die chemischen Kriegsführer sind die „Rebellen“!

In ähnlichen Erklärungen sagten Sprecher des Außenministeriums, während sie andeuteten, daß es Berichte über den sowjetischen Einsatz von tödlichen chemischen Waffen gäbe, sie seien „nicht in der Lage, schlüssig zu belegen, daß tödliche chemische Wirkstoffe eingesetzt worden seien“. Jedoch, falls diese Berichte zuträfen, „würde das Außenministerium solchen Einsatz als empörend und inhuman betrachten“.⁵ (...)

Berichte über den Einsatz chemischer Waffen in den afghanischen Landgebieten sind bisher fast ausschließlich von afghanischen Flüchtlingen in Pakistan gekommen. Diese Flüchtlinge waren nicht in der Lage, irgendeinen harten Beleg zu liefern, z.B. Granaten mit Chemikalien oder Spuren von Chemikalien. Beamte der UNO und anderer Organisationen, die für die Flüchtlinge tätig sind, haben ebenfalls keine Belege geliefert.

Im Gegensatz hierzu hat die afghanische Regierung in sehr sorgfältiger Weise versucht, Belege dafür zu liefern, daß die „Rebellen“ amerikanische chemische Waffen einsetzen, und es gibt einige Vorfälle, die die Vorwürfe untermauern, daß ein von den USA unterstützter chemischer Krieg stattfindet. Am 6. Juni 1980 wurde die Wasserversorgung von zwei



Diese US-Giftgasgranaten wurden „Rebellen“ 1980 auf afghanischem Boden abgenommen

US-Massenware Nervengas

„Das gegenwärtige Lager der USA an chemischen Waffen enthält 3 Mio Artillerie-Granaten, einige Tausend Luftbomben und mehrere Hunderttausend Bodenminen. Die meisten von ihnen enthalten G-Nervengas, eine organische Phosphorverbindung, die geruchlos, unsichtbar und in verheerendem Ausmaß tödlich ist. Ein mikroskopisch kleiner Tropfen auf dem Körper eines Menschen verursacht innerhalb von 15 Minuten Kontraktion der Pupillen, Kopfschmerzen, Erbrechen, unkontrollierte Ausscheidung von Fäkalien und Urin, Koma und kurz danach den Tod.“

(The Nation, 5. Juli 1980, S. 12)

„Die US-Armee verfügt heute über etwa 300.000 t Gas, davon 2/3 Nervengas.“

(The Progressive, September 1980, S. 43)

Schulen in Kabul vergiftet. Später, im Juni 1980, strömte in einer Mädchenschule in Kabul Gas aus, weshalb eine Anzahl von Mädchen einige Stunden bewußtlos in Krankenhäusern Kabuls verbringen mußten.

Chemische Analysen identifizierten das Gas als ein Herbizid, das dem menschlichen Körper ernstlich Schäden zufügen kann. Die „Rebellen“ schrieben diese Angriffe den Sowjets zu, und die afghanische Regierung schrieb sie den „Rebellen“ zu.

In einer Pressekonferenz vom 3. Juni 1980 stellte die afghanische Regierung eine Anzahl von Waffen vor, die nach ihren Angaben „Rebellen“ abgenommen worden waren. Unter diesen Waffen befanden sich mehrere chemische Bomben mit der Kennzeichnung „CDS 517, Made in USA“. In dieser in Westeuropa vom Fernsehen übertragenen Pressekonferenz zeigte die afghanische Regierung außerdem in den Kämpfen erbeutete Chemikalienkanister, welche in den USA hergestellt worden waren.

Die französische Zeitung L'Humanité berichtete am 25. August 1980, daß nach Kampfhandlungen in der Stadt Ghazni „afghanische Soldaten chemische Vorrichtungen mit der Kennzeichnung 'M 112' erbeutet hätten, welche die Aufschrift 'Vorsicht, Gift. Nicht erhitzen. Giftgase werden freigesetzt' trugen.“⁶ L'Humanité berichtet auch, daß „die afghanischen Streitkräfte Anfang April 1980 außerdem zwei Anti-Panzer-Bomben entdeckten, die bei der Detonation Giftgase freigaben. Sie waren in den USA hergestellt und trugen die Aufschrift 'RKT 83 mm heat blindicide M 12'“.⁷

Die von der afghanischen Regierung während der Pressekonferenz Anfang Juni 1980 vorgestellten Kanister trugen den Aufdruck „Made in USA Federal Laboratories, PA“ und enthielten eine Substanz von Tränengas-Typ. (...)

In Saltsburg/Pennsylvania befinden sich die Federal Laboratories Inc., eine Tochterfirma der Breeze Corporation of Union City/New Jersey. Die Federal Laboratories, die eine pyrotechnische Abteilung haben, in der sie Munition herstellen, nennen unter ihren Produkten „Tränengas, Polizeiausrüstungen, kugelsichere Westen, organische Chemikalien und Metalldetektoren“.⁸

Seymour Hersh berichtet in seinem 1968 erschienenen Buch „Chemische und Biologische Kriegführung“, daß Federal Laboratories eine „chemische Firma“ sei, die jetzt vertraglich CBW (chemisch-biologische Waffen) an das Verteidigungsministerium liefert,⁹ und die Liste des Pentagons mit seinen Hauptvertragspartnern weist im Rechnungsjahr 1979 Federal Laboratories als im Besitz von Verträgen mit dem Armeeministerium in Höhe von 326.000 Dollar aus. 1978 waren Federal Laboratories der größte Tränengashersteller der Welt.¹⁰

Als die Telefonvermittlung von Federal Laboratories von unserem Interesse an chemischen Waffen von Federal Laboratories in Afghanistan hörte, sagte sie: „Darüber müssen Sie mit Mr. Wells sprechen.“ Harry Wells, der Vizepräsident,

aber wollte weder hierüber noch über irgendetwas anderes sprechen, war unfreundlich und legte auf. Federal Laboratories hat übrigens Trainingskurse für Polizeioffiziere, private Sicherheitsunternehmen und US-Geheimdienstoffiziere durchgeführt.¹¹

In Beantwortung einer schriftlichen Anfrage während der Anhörung im Repräsentantenhaus über chemische Waffen im April 1980 bemerkte Unterstaatssekretär Nimetz: „Die Vereinigten Staaten bestreiten kategorisch, jemals irgendeine Art von chemischen Waffen oder Substanzen an eine der Parteien im afghanischen Konflikt geliefert zu haben. In der Vergangenheit haben die Vereinigten Staaten an Regierungen, zu denen Beziehungen auf dem Gebiet der Sicherheit bestanden, nicht-tödliche Substanzen von der Art geliefert, wie sie in weiten Teilen der Welt zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung verwendet werden. Viele dieser Substanzen sind zudem leicht kommerziell erhältlich. Wir haben jedoch keine Kenntnis davon, daß in den USA hergestellte Substanzen von irgendeiner Regierung an Afghanen, die sich fremder Beherrschung und Besetzung widersetzen, weitergeleitet worden wären.“¹²

Die US-Regierung „bestreitet kategorisch“

Offensichtlich ließ diese Antwort die Möglichkeit offen, daß eine private US-Firma derartige Chemikalien geliefert haben könnte.

Zur gleichen Zeit hat die afghanische Regierung beträchtliche Belege dafür vorgelegt, daß in den USA hergestellte chemische Waffen – höchstwahrscheinlich Waffen, die nur in hohen Dosen tödlich sind – von den sog. afghanischen Rebellen eingesetzt werden. Am 20. August 1980 ging die afghanische Regierung noch einen Schritt weiter und erklärte in einer Pressekonferenz, daß „die afghanischen Behörden bereit sind, Experten aus jedem beliebigen Land der Welt diese aufgefundenen, in den USA hergestellten chemischen Waffen untersuchen zu lassen, um herauszufinden, wie sie in die Hände von Konterrevolutionären kamen“.

Eine solche Untersuchung könnte die US-Regierung zweifellos in eine schwierige Lage bringen, und wir können damit rechnen, daß zur Verdeckung jedes Hinweises auf eine Beteiligung der USA die Gerüchteküche weitere Berichte über „sowjetische chemische Kriegsführung in Afghanistan“ zusammenbrauen wird.

(Quelle: Counter Spy, Washington, Jg. 5, Nr. 1/Nov. 1980-Jan. 1981, S. 17-21)

Anmerkungen:

- 1) J. Kitman, A Nerve Gas We Can Love, in: The Nation, 5.7.1980, S. 12
- 2) G. Roberts, The Campaign of Misinformation, in: New Statesman, 4.4.1980, S. 506
- 3) E. Marshall, Nerve Gas in Afghanistan?, in: Science, 30.5.1980, S. 1016
- 4) Ebenda
- 5) Stellungnahme von M. Nimetz, Unterstaatssekretär für Security Assistance, Science and Technology, in: Anhörung vor dem Unterausschuß für internationale Sicherheits- und naturwissenschaftliche Angelegenheiten sowie asiatische und pazifische Angelegenheiten des Ausschusses für Auswärtige Beziehungen, Strategic Implications of Chemical and Biological Warfare, Washington D.C., 24.4.1980, S. 6
- 6) Zit.: Foreign Broadcast Information Service, Soviet Union, 10.9.1980, S. 6-8
- 7) Ebenda
- 8) Million Dollar Directory, Nr. 1, 1980. Dun's Marketing Service, Parsippany N.J., S. 968
- 9) S. Hersh, Chemical and Biological Warfare, Bobbs-Merrill Company, Indianapolis 1968, S. 253f.
- 10) Wall Street Journal, 2.8.1978, S. 1 und 31
- 11) J. Hougan, Spooks, William Morrow and Company, Inc., New York 1978, S. 459f.
- 12) Vgl. Strategic Implications..., a.a.O., S. 51



AIB-Sonderheft 1/1981 zur Berliner Konferenz

Arbeiter- und Befreiungsbewegung im antiimperialistischen Kampf

Materialien einer Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz vom 20. bis 24. Oktober 1980 in Berlin

Exklusiv für die Bundesrepublik Deutschland veröffentlicht das AIB in seinem Anfang Februar erscheinenden Sonderheft 1/1981 die wichtigsten Reden, Diskussionsbeiträge und Ergebnisse der Internationalen Wissenschaftlichen Konferenz, die vom 20. bis 24. Oktober 1980 unter dem Motto „Der gemeinsame Kampf der Arbeiterbewegung und der nationalen Befreiungsbewegung gegen Imperialismus, für sozialen Fortschritt“ in Berlin tagte.

In Auswertung dieser bislang breitesten Konferenz ihrer Art bietet das Sonderheft

- einen nahezu vollständigen Überblick über den fortgeschrittensten Teil der nationalen Befreiungsbewegung, die Standpunkte von Befreiungsorganisationen, revolutionärdemokratischen, sozialistischen und kommunistischen Parteien Afrikas, Asiens und Lateinamerikas;
- die Positionen bedeutender Politiker der revolutionären Arbeiterbewegung kapitalistischer und sozialistischer Länder zu den Grundfragen des antiimperialistischen Kampfes heute;
- Analysen international anerkannter Experten zur Rolle der internationalen Konzerne, zur aktuellen weltpolitischen Krisenentwicklung und zum Charakter der Beziehungen des kapitalistischen und sozialistischen Lagers zur Dritten Welt.

Einzelpreis (80 Seiten) 4,- DM, zuzüglich Porto; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Bitte beigeheftete Bestellkarte benutzen!

Sonderheft 1/1981 ist nicht im normalen Abonnement enthalten!

Jutta von Freyberg

Verlangsamte sozialistische Umgestaltung im Süden

AIB-Mitherausgeberin Jutta von Freyberg besuchte Ende 1980/Anfang 1981 im Rahmen einer Studienreise der Freundschaftsgesellschaft BRD - SR Vietnam drei Wochen lang Vietnam. Vor dem Hintergrund unübersehbarer Versorgungsprobleme im ganzen Land schildert sie in ihrem ersten Beitrag die Schwierigkeiten, mit denen sie beim Besuch landwirtschaftlicher Produktionsstätten im Süden konfrontiert wurde und geht der Frage nach, warum sich der Prozeß der sozialistischen Umgestaltung im Süden verlangsamt hat. Im in AIB 5/1981 folgenden zweiten Beitrag skizziert sie am Beispiel der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) „Yen Son“ die Situation der Landwirtschaft im Norden.

Das helle und doch kräftige Grün der jungen Reisfelder; junge Frauen und Mädchen, die mit hochgekrempelten Hosenbeinen fast bis zum Knie im Wasser stehen, auf dem Kopf den kegelförmigen Strohhut, und Reissetzlinge einpflanzen; Bauern, die am Pflug hinter den mächtigen Wasserbüffeln durch das überflutete Feld stapfen; junge Leute, die mit langen kellenähnlichen Geräten Wasser von einem Feld auf das andere schöpfen oder simple Treträder bedienen – das sind Bilder, die keinen, der einmal Vietnam besuchte, je wieder loslassen.

Doch diese Bilder voller Harmonie und Schönheit sind trügerisch. Sie verraten weder die Härte der Arbeit, noch die bittere Tatsache, daß diese ländliche Idylle Ausdruck einer rückständigen Kleinproduktion ist, die den Bedarf der rasch wachsenden Bevölkerung Vietnams nicht zu befriedigen vermag.

Die Versorgungslage bleibt angespannt

Wie angespannt die Versorgungslage auch heute – mehr als fünf Jahre nach dem Sieg über die US-Aggressoren – ist, das konnte ich mir in etwa ausrechnen, als ich erfuhr, wie groß im Durchschnitt die Lebensmittelrationen sind, die jedem erwachsenen Vietnamesen zu staatlich festgesetzten Niedrigpreisen zustehen. Das sind monatlich zwischen 10 und 21 kg – je nach beruflicher Belastung¹ –, wobei Reis, das traditionelle Hauptnahrungsmittel Vietnams, nur noch rund 1/3 ausmacht. Der Rest setzt sich aus Maniok, Nudeln, Kartoffeln, anderen Getreidesorten zusammen. Was zudem an Fleisch und Fisch zuteilt wird, ist so wenig, daß es in Jahresrationen berechnet wird.²

Alles, was darüber hinaus konsumiert wird, muß – sofern man keinen Garten oder ein kleines Stück Land zur Verfügung hat – zu horrenden Preisen, die in keinem Verhältnis zu den niedrigen Einkommen stehen, auf dem freien Markt erstanden werden.

Die wenigen verfügbaren Produktionsziffern bestätigen meinen Eindruck, daß sich die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs seit meiner letzten Reise Ende 1977 kaum verbessert haben dürfte. In der Tat

hat sich von 1975 bis 1979 die Reisproduktion nur um 200.000 t erhöht, die Zahl der Büffel um 100.000 Stück, die Zahl der Schweine um 600.000 Stück, während die Produktion von Zigaretten, Kaffee und Seife zum Teil empfindlich zurückging. Technische Kulturen wie Erdnüsse, Jute, Sojabohnen, Tee und Zuckerrohr weisen einen kontinuierlichen, wenn auch nicht rapiden Zuwachs auf.³

Spätestens seit Beginn des Jahres 1980 wurde auch bei uns bekannt, daß in den für die Versorgung der Bevölkerung entscheidenden Bereichen der Nahrungsmittelproduktion die im zweiten Fünfjahrplan (1976-1980) gestellten Ziele nicht erreicht werden konnten, während im kulturellen und sozialen Bereich vergleichsweise hohe Leistungen erbracht wurden.⁴

Daß die seit 1975 fast alljährlich auftretenden Unwetterkatastrophen und die chinesische Aggression von 1979, die eine Neuorientierung der Staatsausgaben zugunsten der Landesverteidigung zur Folge hatte, die Hauptursachen für diese Verlangsamung des Wachstums sind, habe ich während der Reise auf eindringliche und sehr konkrete Weise erfahren.⁵



Provisorische Unterkunft im Staatsgut Le Minh Xuan

So hat zum Beispiel das Staatsgut Le Minh Xuan, eine „neue Wirtschaftszone“ in der Nähe von Ho-Chi-Minh-Stadt, das ich 1977 als Mustergut kennenlernte, im Jahr 1980 seinen Jahresplan in der Ananasproduktion nicht einmal zu 50% erfüllen können. Warum? Huynh Van Lanh, Gewerkschaftsvertreter im Staatsgut, nannte uns gleich ein ganzes Bündel von Ursachen: Die „revolutionären Stoßtrupps“, Jugendbrigaden, die Le Minh Xuan seit 1976 aufbauen halfen und die mit ihrem vorbildlichen Engagement das Rückgrat der Produktion und der ideologischen Arbeit waren, wurden 1980 zur Armee eingezogen – ein Erfordernis, das sich aus der permanenten Bedrohung durch Peking ergibt.

Zusätzlich gab es, begünstigt durch die Unerfahrenheit der Leiter des Staatsgutes, Lieferschwierigkeiten bei Düngemitteln. Außerdem, so gestand Huynh Van Lanh, habe sich der Erziehungsprozeß der Mitglieder des Staatsgutes als langwieriger erwiesen als ursprünglich angenommen. Praktisch heißt das, die 2.000 zumeist jungen, unqualifizierten Arbeitskräfte (von 9.000 Einwohnern insgesamt) aus dem ehemaligen Saigon haben auch 1980 nicht die erforderliche Qualität und Disziplin für eine Arbeit aufgebracht, die – wie im ganzen Land – noch etwa zu 80% aus manuellen Tätigkeiten besteht.

Daß sich trotz des Rückschlags kein Mitglied zur Rückkehr nach Ho-Chi-Minh-Stadt entschied, wertete H.V. Lanh als großen Erfolg der Erziehungsarbeit, der keineswegs für alle „neuen Wirtschaftszonen“ selbstverständlich ist. Im Gegenteil: Der Mangel an Maschinen, Düngemitteln, hochwertigem Saatgut und qualifizierten Kadern hat in den letzten Jahren vielfach dazu geführt, daß Umsiedler aus den Großstädten, die sich den Anforderungen der ungewohnt harten körperlichen Arbeit nicht gewachsen sahen, nach einem Jahr – wenn die vom Staat gezahlten Nahrungsmittel als Starthilfe ausblieben – die „neuen Wirtschaftszonen“ verließen und in die Städte zurückzogen, wo sie das Problem der Übervölkerung und der mangelnden Arbeitsplätze erneut vergrößerten. Dies sind wesentliche Ursachen dafür, daß bis 1980 nur 700.000, statt der ursprünglich geplanten 1,8 Mio Menschen in „neue Wirtschaftszonen“ umsiedelten, – was uns der Abteilungsleiter für Internationale Zusammenarbeit im Landwirtschaftsministerium in Hanoi bestätigte.

Der bislang nicht veröffentlichte dritte Fünfjahrplan, der Ende dieses Jahres vom V. Parteitag der KP Vietnams in seiner endgültigen Fassung beschlossen wird, hat diesen Erfahrungen Rechnung zu tragen – und wird dies sicherlich auch tun.

Dafür spricht die realistische Haltung, die wir bei unseren Gesprächen mit politischen und Wirtschaftskadern antrafen. So hat zum Beispiel der Sekretär des Solidaritätskomitees in Hanoi, Tran Hoai Nam, uns über wichtige Erfahrungen der Tagung der Nationalversammlung von Ende Dezember 1980/Anfang Januar 1981 mit den nüchternen Worten, die keinerlei Illusionen zulassen, informiert: „Wir haben festgestellt, wie arm wir sind.“

Verlangsamt hat sich nicht nur das Wachstum der Produktion, sondern auch der Prozeß der sozialistischen Umgestal-

tung in der Landwirtschaft des Südens. Zu Beginn des vergangenen Fünfjahrplans hatte es noch geheißen, daß dieser Prozeß „im wesentlichen“ bis zum Jahr 1980 abgeschlossen sein sollte. 1979 aber wurden im Süden erst 1.300 LPGs gezählt, was einen Anteil von 21,1% an allen Landwirtschaftsbetrieben des Südens ausmacht. Die Zahl der Produktionskollektive, einer Übergangsform zur LPG, in der der Boden kollektives, die Produktionsmittel privates Eigentum sind, die 1978 8.170 betrug, dürfte sich bis 1980 nicht wesentlich erhöht haben.⁶

Eines solcher Produktionskollektive habe ich im Mekong-Delta in der Gemeinde Xa Huong Thanh in der Nähe der Provinzhauptstadt Can Tho besichtigen können. Der Initiator des Kollektivs, der Bauer Ba, ist ein alter Revolutionär, der schon gegen die französische Kolonialherrschaft kämpfte. Sein jüngster Sohn – drei Kinder verlor er im Befreiungskampf gegen die US-Aggressoren – leitet den Betrieb.

Z.B. Produktionskollektiv von Xa Huong Thanh

Dieser verfügt über eine Anbaufläche von 24 ha. Von den 312 Einwohnern sind nur 94 vollwertige Arbeitskräfte. Rund 75% der Ernte bleiben im Betrieb, 10% erhält der Staat als Abgabe, 15% kauft er zu vorher festgesetzten Preisen auf. Eines Tages wird sich das Produktionskollektiv mit den drei weiteren Kollektiven der Gemeinde zu einer LPG zusammenschließen. Diese Perspektive ist logisch.

Und dennoch wird diesem musterhaften Betrieb, dessen Felder und Obstgärten sorgsam gepflegt sind und dessen Einwohner wegen ihrer festverwurzelten revolutionären Traditionen sicher außerordentlich günstige Voraussetzungen für diesen Schritt mitbringen, der Übergang zur LPG nicht leichtfallen. Dabei geht es sicher auch um ideologische Fragen wie die Überwindung kleinbäuerlichen Besitzdenkens, vor allem aber um die finanziellen Mittel.

Denn dieses kleine Produktionskollektiv, dem es zwar 1980 gelang bei seinen zwei Reisernten 200 kg pro ha mehr zu produzieren als die Privatbauern der Gemeinde, verfügt nur über so kleine kollektive Fonds, daß es sich zum Beispiel bisher nur den Bau eines kleinen Kindergartens leisten konnte. Der Übergang zur größeren LPG verlangt aber nicht nur eine höhere technische und maschinelle Ausstattung, sondern erfordert auch qualifiziertere Kader im Produktions- und Leitungsbereich.

Die 1975 im Süden errichteten und bis 1978 nicht erweiterten 43 kollektiven Maschinen-Stationen mit ihren 531 Traktoren und 1.897 Arbeitern werden diesen wachsenden Bedarf nicht annähernd decken können.⁷ Der Staat, dessen geringer Etat die wirtschaftliche Rückständigkeit des Landes spiegelt, kann aber die notwendigen Investitionen nur zum Teil finanzieren, nicht zuletzt deshalb, weil er einen Großteil seiner Mittel zur Verteidigung der von Peking bedrohten Unabhängigkeit einsetzen muß.

Ein circulus vitiosus – oder kann sich Vietnam am eigenen Schopf aus dem Sumpf ziehen?

Anmerkungen:

- 1) 10 kg erhalten z.B. Arbeitslose, Händler, Hausfrauen; 21 kg Bergleute und Soldaten. Für die Kinder sind bis zum 18. Lebensjahr abgestufte Mengen festgesetzt.
- 2) In der vergleichsweise reichen LPG „Yen Son“ bei Hanoi betrug die Fischration pro Jahr 10 kg, die Fleischration 2 kg.
- 3) Vgl. Vietnam Courier, Hanoi, Nr. 10/1980, S. 19 und 22
- 4) Vgl. den Beitrag der Autorin in AIB 5/1980, S. 14-18
- 5) Allein die Unwetterkatastrophe von 1978 vernichtete 3 Mio t Nahrungsmittel und die Pekinger Aggression die Ernte auf 85.000 ha Land. Vgl. Vietnam 1975-1979, in: Vietnamese Studies, Heft 58, S. 64 und 66
- 6) Vgl. La République Socialiste du Viet Nam, Hanoi 1980, S. 69
- 7) Ebenda

Vietnams neue Verfassung

Die vietnamesische Nationalversammlung hat während ihrer 7. Tagung am 18. Dezember 1980 der neuen Verfassung der Sozialistischen Republik einmütig ihre Zustimmung gegeben. Am 19.12.1980 trat die Verfassung in Kraft.

Damit hat das 1975/76 wiedervereinigte Vietnam ein Grundgesetz erhalten, das von der Aufgabenstellung der sozialistischen Umgestaltung und des Aufbaus des Sozialismus in ganz Vietnam ausgeht. Die Verfassung, die dritte seit der Erringung der Unabhängigkeit Vietnams im Jahre 1945, bekräftigt den Charakter des vietnamesischen Staatswesens als Diktatur des Proletariats. Sie verankert erstmals die führende Rolle der Kommunistischen Partei Vietnams in Staat und Gesellschaft, die auf dem von der Arbeiterklasse geführten Bündnis der Arbeiter und Bauern beruht, und institutionalisiert das Recht des werktätigen Volkes auf kollektive Machtausübung in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.

Die Verfassung garantiert den Bürgern ohne Unterschied der Rasse und des religiösen Bekenntnisses das gleiche Recht auf Arbeit, Bildung, Erholung, kollektive Machtausübung als Form der sozialistischen Demokratie und andere grundlegende Menschenrechte.

Das enge Bündnis der SRV mit dem sozialistischen Bruderländern wurde außenpolitischer Verfassungsgrundsatz.

Konferenz der indochinesischen Außenminister Vorschlag für eine Friedenszone Südostasien



Thailändische Truppen nahe der Grenze zu Kampuchea

Die Ende Januar d.J. in Ho-Chi-Minh-Stadt verabschiedete gemeinsame Erklärung der Außenminister der drei indochinesischen Länder Vietnam, Laos und Kampuchea richtet sich in erster Linie an die Adresse der fünf südostasiatischen ASEAN-Staaten (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und Philippinen). Aus indochinesischer Sicht sind sie kein einheitlicher Block von Kräften, die ausschließlich als Sachwalter bzw. Stellvertretermächte der USA oder Chinas klassifiziert werden können, da sie durchaus – obzwar in unterschiedlichem Grad – auch nationalen Interessen Rechnung tragen oder tragen müssen.

Die in diesem Dokument entwickelte Position der drei revolutionären indochinesischen Regierungen unterscheidet sich allerdings erheblich von den zuvor geäußerten regionalen Vorstellungen der ASEAN-Staaten, welche – statt einer Regionalkonferenz – eine internationale Konferenz gefordert hatten, die unter Einschluß verschiedener entlegener Staaten veranstaltet und auf das Thema Kampuchea begrenzt sein sollte. Der indochinesische Vorschlag signalisiert insofern Entgegenkommen als in ihm eine völkerrechtliche Anerkennung der VR Kampuchea nicht zur Voraussetzung der offerierten südostasiatischen Regionalkonferenz für Frieden und Zusammenarbeit erhoben wurde.

1. Die derzeitigen Entwicklungen in Südostasien sind weiterhin von größtem Interesse für die Meinung der Weltöffentlichkeit. Mit ihrer Außenpolitik des Friedens, der Freundschaft, der Zusammenarbeit und ihren guten Absichten entwickeln sich die Sozialistische Republik Vietnam (SRV), die Volksdemokratische Republik Laos und die Volksrepublik Kampuchea zu einem immer größeren Garanten des Friedens und der Stabilität der Region. Die Initiativen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten (Allianz der Südostasiatischen Nationen, die Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen umfaßt; d. Red.) und zur Festigung des Friedens, der Stabilität und Zusammenarbeit in Südostasien, die von den drei Ländern Indochinas auf ihren Außenministerkonferenzen in Phnom Penh (Januar 1980) (Wortlaut siehe in AIB 5/1980; d. Red.) und Vientiane (Juli 1980) vorgelegt wurden, haben breite Zustimmung in der Meinung der Weltöffentlichkeit gefunden.

Besonders hoch eingeschätzt wurden der 4-Punkte-Vorschlag des Revolutionären Volksrates Kampuchea zur Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand, die unermüdlichen Anstrengungen und das Bestreben der Volksdemokratischen Republik Laos zur Normalisierung ihrer Beziehungen mit Thailand, und die Kontakte zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und den anderen Ländern der Region.

Der Dialog zwischen den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten, der für kurze Zeit abgebrochen worden war, wird Dank der oben genannten Anstrengungen wiederaufgenommen. Insbesondere sind die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Laos, Vietnam und Burma in letzter Zeit gestärkt und gefestigt worden.

Jedoch herrschen weiterhin Spannungen in Südostasien. Die nationale Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Vietnam, Laos und Kampuchea werden weiterhin bedroht. Der Frieden und die Sicherheit der anderen Länder sind noch nicht gesichert.

Die Hauptursache dieser Situation ist die expansionistische, hegemonistische Großmachtspolitik der reaktionären Clique unter den herrschenden Kreisen Pekings in Kumpanei mit dem Imperialismus. Sie betreibt eine systematische feindliche Politik gegen die drei Völker Indochinas, die zu bewaffneten Provokationen, ständiger Kriegsandrohung und subversiven Aktivitäten gegen die SRV und die VDR Laos greift, die die völkermörderische Pol-Pot-Clique und andere Khmer-Reaktionäre zur groben Intervention in Kampuchea benutzt in der Hoffnung, der Wiedergeburt des Volkes von Kampuchea entgegenzuwirken. Sie versucht, eine Atmosphäre der Konfrontation zu schaffen und den Dialog zwischen den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten zu unterbrechen. Parallel mit der Opposition gegen die drei Länder Indochinas bedienen sich die Pekinger Behörden als Revolutionäre getarnter Rebellen, um sich grob in die inneren Angelegenheiten anderer Länder Südostasiens einzumischen.

Schluß mit den Angriffen gegen Kampuchea!

2. Da sie durch Aggression und Intervention der Pekinger Behörden bedroht sind, ist es für die drei Völker Indochinas absolut legitim, ihre Solidarität und gegenseitige Hilfe auf der Basis der Respektierung ihrer jeweiligen Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität zu stärken.

In Übereinstimmung mit dem Abkommen für Frieden, Freundschaft und Zusammenarbeit zwischen Vietnam und Kampuchea (des Jahres 1979; d. Red.) soll die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea der chinesischen Bedrohung begegnen. Die Anwesenheit vietnamesischer Truppen in Kampuchea ist wie bei zwei früheren Gelegenheiten nur vorübergehend. Der Revolutionäre Volksrat Kampuchea und die Regierung der SRV werden den Rückzug der vietnamesischen Truppen aus Kampuchea in Erwägung ziehen, wenn die Bedrohung durch China nicht mehr existiert. Ein Teil der vietnamesischen Truppen kann jetzt sofort aus Kampuchea zurückgezogen werden, wenn Thailand der Benutzung seines Territoriums durch die Pol-Pot-Bande und andere reaktionäre Khmer-Kräfte als Stützen bei der Bekämpfung des Volkes von Kampuchea ein Ende setzt, ihnen keine Waffen und Lebensmittel mehr liefert, sie entwaffnet und in weit von der Grenze entfernten Lagern zusammenfaßt.

Die kürzliche Annahme einer Resolution der UN-Vollversammlung, den Sitz der völkermörderischen Pol-Pot-Clique in der UNO zu erhalten, und einer Resolution, die verlangt, daß eine internationale Konferenz einberufen werden soll, um der Kampuchea-Frage eine Lösung aufzuzwingen und die den Protest des Revolutionären Volksrat von Kampuchea, des einzigen wirklichen und rechtmäßigen Vertreters des Volkes von Kampuchea, ignoriert, bildet eine Verletzung der

Souveränität, eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Volkes von Kampuchea und widerspricht voll und ganz der Moral und den Prinzipien der UN-Charta. Die Länder Indochinas bestätigen noch einmal ihre Position, nämlich daß sie kategorisch solche Resolutionen zurückweisen.

3. Um Frieden und Stabilität in Südostasien wiederherzustellen, ist es unentbehrlich, daß China seiner feindlichen Politik gegenüber den drei Völkern Südostasiens und seiner Politik der Einmischung in anderen Ländern der Region ein Ende setzt.

Die drei Länder Indochinas und China sind nächste Nachbarn, deren Beziehungen auf uralte Zeiten zurückgehen. Die Völker von Vietnam, Laos und Kampuchea schätzen ihre traditionelle Freundschaft mit dem chinesischen Volk weiterhin sehr hoch. Von der Politik des Friedens, der Freundschaft und des Wohlwollens ausgehend, kündigen die SRV, die VDR Laos und die VR Kampuchea ihre Bereitschaft an, mit der Volksrepublik China jeweils bilaterale Verträge der friedlichen Koexistenz zu unterzeichnen, beruhend auf den Grundsätzen der strengen Beachtung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität des anderen, des Nichtangriffs, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Anderen, der Gleichberechtigung und des gegenseitigen Vorteils, des gutnachbarlichen Verhaltens und des Schlichtens aller Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln.

Bereitschaft zur Regelung mit China

Die SR Vietnam fordert die VR China dazu auf, die vietnamesisch-chinesischen Gespräche zu einem frühen Zeitpunkt wiederaufzunehmen wie von vietnamesischer Seite aus wiederholt verlangt wurde, um die Probleme in den Beziehungen zwischen den zwei Ländern zu lösen. Die vietnamesische Seite versichert noch einmal ihre Bereitschaft, im Rahmen solcher Gespräche Fragen, die von der chinesischen Seite vorgetragen werden, zu erörtern und verlangt, daß diese die gleiche Haltung gegenüber Fragen einnimmt, die für Vietnam von Interesse sind.

Im Interesse der beiden Völker Laos' und Chinas verlangt die VDR Laos, daß die VR China die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität von Laos respektiert und aufhört, die Clique reaktionärer Laoten im Exil auf chinesischem Boden und in anderen Ländern zu unterstützen, den militärischen Drohungen in den Grenzgebieten zwischen Laos und China ein Ende zu setzen, keine Spione und Sonderkommandos mehr nach Laos zu senden und mit der verleumderischen Propaganda gegen die Volksdemokratische Republik Laos aufzuhören. Die VDR Laos ist der Auffassung, daß eine günstige Antwort auf diese gerechte Forderung eine Grundlage bilden wird zur Wiederherstellung normaler freundschaftlicher Beziehungen zwischen den zwei Ländern.

Die VR Kampuchea fordert, daß die VR China aufhört, die Pol-Pot/Ieng-Sary/Khieu Samphan-Clique und andere Khmer-Reaktionäre gegen die VR Kampuchea einzusetzen, daß sie die Unabhängigkeit und Souveränität Kampuchreas respektiert und daß sie aufhört, sich in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik Kampuchea einzumischen, deren einziger und rechtmäßiger Vertreter der Revolutionäre Volksrat ist. Die Volksrepublik Kampuchea betrachtet die eben genannten Punkte als eine Grundvoraussetzung für Frieden und Stabilität in Südostasien sowie für die Normalisierung der Beziehungen zwischen der VR Kampuchea und der VR China.

Sollten die genannten Vorschläge der drei Länder Indochinas bei der chinesischen Seite auf eine positive Resonanz stoßen, werden sie dazu beitragen, die Freundschaft zwischen den Völkern Indochinas und dem chinesischen Volk wiederherzustellen sowie den Frieden und die Stabilität in Südostasien zu erhalten. Die Staatsorgane Pekings sollten ihre Worte des „Wohlwollens“ mit praktischen Handlungen belegen.

4. Obwohl sich die Länder Indochinas und die ASEAN-Staaten in ihren politischen und sozialen Systemen sowie in ihrer Stellungnahme zu verschiedenen Fragen unterscheiden, teilen sie doch gemeinsame grundlegende Interessen im Hinblick auf den regionalen Frieden, auf Stabilität, Freundschaft und Zusammenarbeit, die lebenswichtigen Bedingungen zur Erhaltung der nationalen Unabhängigkeit und Sicherheit sind sowie für den Aufbau ihrer Länder zu Wohlstand und Glück; jedes auf seine eigene Weise.

Die Länder Indochinas und die ASEAN-Staaten sollten im Interesse ihrer eigenen Völker und der Region als Ganze die Einmischungs- und Spaltungsabsichten von Ländern außerhalb der Region ausmerzen und sollten die Beziehungen der Freundschaft und Zusammenarbeit nicht durch Differenzen und Uneinigkeiten beeinflussen lassen, damit Südostasien zu einer Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstandes gemacht wird. Dementsprechend haben die Länder Indochinas, nachdem sie über alle imperialistischen Angriffskriege gesiegt und nationale Unabhängigkeit, Freiheit und Einigkeit zurückgewonnen haben, die Vergangenheit beiseitegelassen und die Initiative ergriffen, die Normalisierung der Beziehungen zu den ASEAN-

Staaten zu fördern. Die Normalisierung stellt den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte Südostasiens dar, ist aber bedauerlicherweise in den letzten paar Jahren untergraben worden.

Die Erfahrung der letzten zwei Jahre hat wieder gezeigt, daß die Konfrontation und das Aufzwingen des eigenen Willens gegenüber dem anderen nur dazu führen, die Spannung in Südostasien zu verschärfen. Die unermüdlichen Bemühungen der drei Länder Indochinas, den Dialog aufrechtzuerhalten und alle Streitfragen durch Verhandlungen zu schlichten, haben sich als der richtige Weg erwiesen, den regionalen Frieden, Stabilität und Zusammenarbeit zu garantieren.

In diesem Geist schlagen Vietnam, Laos und Kampuchea vor, daß:

a) eine Regionalkonferenz zwischen den zwei Gruppen – den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten – abgehalten wird, um im Interesse des Friedens, der Stabilität, der Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien gemeinsame Probleme zu erörtern auf der Grundlage der Grundsätze der Gleichberechtigung, der gegenseitigen Übereinstimmung, der Respektierung der Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität eines jeden Landes, der Nichteinmischung von außen, und des Grundsatzes, daß keine der beiden Gruppen der anderen ihren Willen aufzwingt.

Im gemeinsamen Interesse der Region sollten die Länder Indochinas und die ASEAN-Staaten frühzeitig alle Hindernisse beseitigen und die Fragen zur Abhaltung einer solchen Konferenz erörtern. Die Tagesordnung, der Zeitpunkt und der Ort der Konferenz sollen von beiden Gruppen vereinbart werden.

Die drei Länder Indochinas schlagen ihrerseits vor, daß die Konferenz im März 1981 einberufen wird, daß der Tagungsort entweder abwechselnd in der Hauptstadt eines der Länder Indochinas und der Hauptstadt eines der ASEAN-Staaten sein soll oder die Hauptstadt eines anderen Landes in Asien, auf die sich die Beteiligten einigen. Die drei Länder Indochinas werden die Teilnahme der Sozialistischen Republik Burma an der Konferenz begrüßen und die Entscheidung Burmas zur Teilnahme oder Nichtteilnahme voll respektieren;

b) eine breite internationale Konferenz einberufen wird, um diese Abkommen anzuerkennen und zu garantieren, nachdem die Länder der zwei Gruppen ein Abkommen über Frieden und Stabilität in Südostasien abgeschlossen haben.

Zur Vorbereitung der Regionalkonferenz zwischen den zwei Gruppen wird ein Vorbereitungstreffen zwischen einem Vertreter der drei Länder Indochinas und einem Vertreter der fünf ASEAN-Staaten stattfinden. Die drei Länder Indochinas benennen die Volksdemokratische Republik Laos als ihren Vertreter bei einem solchen Treffen.

Der Dialog zwischen den Ländern Indochinas und den ASEAN-Staaten wird sicherlich dazu beitragen, die Spannung abzubauen, ihr gegenseitiges Verständnis und Vertrauen allmählich zu fördern, und die Klärung dringender gemeinsamer Fragen zu erleichtern, um Schritt für Schritt die Beziehungen zwischen den zwei Gruppen zu verbessern und somit gute Aussichten für den Aufbau Südostasiens zu einer Zone des Friedens, der Stabilität, der Freundschaft und Zusammenarbeit zu schaffen.

Die drei Länder Indochinas hoffen, daß ihre gerechten und der Lage angemessenen Vorschläge und ihr Wohlwollen auf ein positives Echo bei den ASEAN-Staaten stoßen – in Übereinstimmung mit den Bestrebungen der Völker Südostasiens und der Welt.

Ho-Chi-Minh-Stadt, den 28. Januar 1981

(Quelle: Vietnam Kurier, Sonderdruck, Düsseldorf, Februar 1981)

SERVICE CIVIL INTERNATIONAL, Deutscher Zweig e.V. – AFRIKA-KOMMISSION –

Freiwillige für Workcamps gesucht

In Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen in Afrika (Senegal, Sierra Leone, Elfenbeinküste, Ghana, Togo, Nigeria, Botswana und Lesotho) vermittelt die Afrika-Kommission des SCI im Sommer 1982 wieder Teilnehmer in internationale Workcamps (3-6 Wochen).

Die Freiwilligen helfen durch unbezahlte Arbeit beim Aufbau einer Infrastruktur wie Schulen, Hospitälern u.ä. Dies wird grobenteils zur Unterstützung von Selbsthilfeprojekten der ländlichen Bevölkerung durchgeführt.

Voraussetzung zur Teilnahme ist die Beteiligung an zwei Vorbereitungsseminaren im April und Juni 1982. Im Herbst führen wir dann ein Auswertungstreffen durch.

Wir erwarten auch die weitere Mitarbeit in der Afrika-Kommission, beispielsweise bei unserer Solidaritätsarbeit in der BRD.

Informationsmaterial und Voranmeldung (mit Vermerk AIB-Anzeige) bis Ende Dezember 1981 an:

SCI – Afrika-Kommission, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Jürgen Ostrowsky

Probleme und Positiva der neuen MPLA



Präsident J. E. dos Santos

Der außerordentliche Kongreß der angolischen Volksbefreiungsbewegung – Partei der Arbeit (MPLA-PdA) vom 17. bis 24. Dezember vergangenen Jahres fand im Umfeld mehrerer historischer Daten der jüngeren angolischen Geschichte statt: fünf Jahre zuvor, am 11. November 1975, hatte die Volksrepublik Angola (VRA) ihre Unabhängigkeit proklamiert; fast genau drei Jahre zuvor, 1977, war auf dem 1. ordentlichen Kongreß die MPLA-Partei der Arbeit gegründet worden; etwa ein Jahr zuvor schließlich war der MPLA-Mitbegründer, Führer der Bewegung im Befreiungskampf, Staatspräsident der VRA und Vorsitzender der MPLA-PdA, Dr. Antonio Agostinho Neto, gestorben und durch José Eduardo dos Santos ersetzt worden.

Damit stellten sich zugleich die Fragen dieses außerordentlichen Kongresses: Inwieweit waren die Ziele realisiert worden, die mit der Unabhängigkeit angestrebt werden konnten? Wie hatte die Partei die ihr zugedachte Rolle erfüllen können? Konnte das Vermächtnis Agostinho Netos bewahrt und weiter erfüllt werden?

Öl und Diamanten – Pluspunkte der Wirtschaft

Seit der Unabhängigkeit hatten stets vier Schwerpunktsetzungen das Bild der angolischen Entwicklung beherrscht: Erstens die Entwicklung eines wirkungsvollen Systems der demokratischen Beteiligung des Volkes an seiner Regierung auf allen Ebenen für eine Bevölkerung, die seit dem 19. Jahrhundert (und in großen Landesteilen noch viel länger) „sämtlicher Bürgerrechte oder Mitsprache an ihrem kollektiven oder selbst individuellen Geschick beraubt war“.¹

Zweitens der Aufbau einer modernen und gesamtationalen Wirtschaft mit dem Ziel der stetigen Steigerung der Produktion von einem sehr niedrigen Niveau des kolonialen „Erbes“ aus.

Drittens die Verwirklichung militärischer Sicherheit und viertens auf der internationalen Ebene die Erweiterung der politisch-diplomatischen Kontakte und die Unterbindung jeglicher Versuche einer Unterminierung der Unabhängigkeit der neuen Republik. Das Kernstück dieser Prioritäten ist die Entwicklung der Volksmacht, ihrer Organe, der Massenorganisationen und der Partei, denn der Fortschritt auf allen anderen Sektoren hängt von demjenigen in diesem Bereich ab.

Eine Reihe von Erfolgen konnten auf wirtschaftlichem Gebiet erreicht werden, dennoch ergibt sich ein widersprüchliches Bild. Einerseits verzeichnet die Produktion vor allem in den Bereichen Ölförderung und neuerdings auch wieder Diamantengewinnung teils beträchtliche Steigerungen: Die Erdölproduktion hat inzwischen den Stand von 1973 wieder erreicht und übertroffen, während die Diamantenausbeute für 1980 auf etwa 1,5 Mio Karat geschätzt wird – zwar noch bei weitem nicht ein Ergebnis wie das bisherige Rekordjahr 1973 (2,12 Mio Karat), aber bereits eine Verdop-

pelung des 1978er Ergebnisses.

Die Rekonstruktion der früheren Hauptproduktionsbereiche Öl und Diamantengewinnung (in beiden hat der angolische Staat die Mehrheit der Anteile übernommen) schlägt sich positiv in der Außenhandelsbilanz nieder. 1979 importierte die VRA für rund 28 Mio Contos (etwa 1,5 Mrd DM) – darunter vor allem Nahrungsmittel – und exportierte an die 39,5 Mio Contos (ca. 2,1 Mrd DM); Hauptexporte waren mit 26,7 Mio Contos Rohöl (dazu für 2,5 Mio Ölprodukte) sowie Kaffee (5,7 Mio) und Diamanten (4,2 Mio).²

Solchen positiven Wachstumsraten steht jedoch die nach wie vor schlechte Versorgungslage der Bevölkerung vor allem mit Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs entgegen. Für diesen „besorgniserregenden“ Zustand machte schon im Mai 1980 das Zentralkomitee der MPLA-Partei der Arbeit niedrige Produktion und Produktivität neben einer Anzahl weiterer objektiver Probleme verantwortlich. Im Rechenschaftsbericht, der dem außerordentlichen Parteitag vorlag, wurden diese Mängel erneut kritisiert.³

Verantwortlich neben langfristigen Folgen der Zerstörungen in den Befreiungskriegen und den Auswirkungen südafrikanischer Überfälle (z.B. insbesondere auf die Transportmöglichkeiten) sind nach Auffassung des ZK der MPLA-PdA zumal geringe Effizienz einiger Sektoren des Staatsapparates „sowie die Nichterfüllung der Beschlüsse und Hinweise der Partei“.

Im Zusammenhang damit stehen wiederum Probleme der Entwicklung der Volksmacht, sofern es sich nicht um das Hauptproblem der ökonomischen Entwicklung Angolas handelt: den aufgrund der Flucht der Portugiesen (etwa 300.000) bestehenden gravierenden Mangel an ausgebildeten Fachleuten, Ingenieure, Finanzexperten, kompetente Verwaltungsfachleute, Facharbeiter. Auch der aufopfernde Einsatz einer großen Zahl kubanischer Fachkräfte, unterstützt von Helfern aus anderen sozialistischen Ländern konnte hier erst teilweise Abhilfe schaffen.

Auf das Konto von Inkompetenz, Schlendrian, Bürokratismus und nicht zuletzt offener Sabotage gehen allerdings Zustände wie das Verrotten von z.B. Erdnüssen im Werte von umgerechnet etwa 70 Mio DM, die für den Export bestimmt waren, im Hafen von Luanda im April 1980 – ein Skandal, auf den Präsident J.E. dos Santos mit der Entlassung des Leiters der staatlichen Exportgesellschaft „Exportang“ reagierte.⁴

Eine der Konsequenzen aus der schlechten Versorgungslage der Bevölkerung, die der außerordentliche Parteitag auf ökonomischem Gebiet zog, besteht darin, im anlaufenden Fünfjahrplan (1980-85) das Schwergewicht noch stärker auf die Entwicklung der Landwirtschaft zu legen.

Das Problem der Gewährleistung der nationalen Sicherheit hat sich reduziert auf die Abwehr der Aggressionsakte Südafrikas und seiner Handlanger: „ein ständiger, nicht erklärter Krieg, den uns der Imperialismus in diesem Teil Afrikas mit Hilfe des rassistischen und faschistischen Regimes in Süd-

afrika und seiner protegierten Marionetten aufgezwungen hat".⁵

Von Südafrika als „Verfolgung“ der für die Befreiung Namibias kämpfenden Verbände der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) ausgegeben, richten sich diese ständigen Angriffe vor allem gegen den Aufbau in der VRA. Die Zahl der Angriffe aus der Luft und zu Lande geht in die Hunderte; von 1978 bis 1980, so gab Präsident dos Santos auf dem Parteitag an, forderten sie an die 1.800 Tote und 3.000 Verletzte; zerstört wurden Dörfer, Fabriken, Ackerland und Verkehrseinrichtungen.

Von Südafrika sowie aus anderen teils dunklen Quellen unterstützt (darunter Länder wie Saudi Arabien sowie z.B. über Zwischenträger die CSU) agiert immer noch die als „Bewegung“ mit Einfluß faktisch kaum mehr existente UNITA des Jonas Savimbi im Südosten Angolas, der nur sehr dünn besiedelt und verkehrsmäßig nur schlecht erreichbar ist. Ihr Hauptangriffsobjekt ist die Benguela-Eisenbahnlinie aus dem südlichen Zaire an die Atlantikküste, einst eine wichtige Transportroute für zairisches und sambisches Kupfer, derzeit jedoch nur mit großen Mühen funktionsfähig gehalten.

Mitunter machen UNITA-Gruppen auch als Terrortruppen in den Städten Angolas von sich reden.

José E. dos Santos **Bericht an den a. o. Kongreß** **der MPLA-Partei der Arbeit**

In dem von José Eduardo dos Santos erstatteten Bericht des Zentralkomitees an den außerordentlichen Kongreß der MPLA-Partei der Arbeit heißt es u.a.:

In den vergangenen drei Jahren haben wir den revolutionären Prozeß fortgeführt, das Bündnis der Arbeiter und Bauern gefestigt und die nationale Einheit bewahrt. Wir erfüllen das Vermächtnis unseres unvergessenen Führers, des Präsidenten Dr. António Agostinho Neto.

Die MPLA-Partei der Arbeit ist integrierter und aktiver Bestandteil der fortschrittlichen revolutionären Kräfte, die an der Seite der Bruderparteien der sozialistischen Gemeinschaft gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für Gerechtigkeit und sozialen Fortschritt kämpfen. Im Zeitraum 1978 bis 1980 wurde der bevorzugten Stärkung der während zweier Befreiungskriege mit den Parteien und Völkern der sozialistischen Gemeinschaft geknüpften Bande der Freundschaft und Solidarität besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit den Parteien der sozialistischen Gemeinschaft sind Abkommen über die Zusammenarbeit abgeschlossen worden. Unsere Beziehungen beruhen auf der gemeinsamen ideologischen Grundlage.

Die MPLA-Partei der Arbeit habe große Anstrengungen zur Unterstützung des Befreiungskampfes der Völker für Unabhängigkeit und nationale Souveränität unternommen. In enger Zusammenarbeit mit den anderen Frontstaaten habe Angola der SWAPO alle Hilfe und Solidarität erwiesen und einen Beitrag für die Befreiung Namibias geleistet.

Wir stehen auch an der Seite der unterdrückten Massen Südafrikas und ihrer Avantgarde, des ANC. Wir sind für die Festigung der afrikanischen Einheit und für die friedliche Regelung innerafrikanischer Konflikte.

Die MPLA-PdA ist die Partei der Arbeiterklasse, ihres Hauptverbündeten, der Bauernschaft und aller werktätigen Massen.

Sie sei eine revolutionäre Partei. Ihre Grundlage sei der wissenschaftliche Sozialismus, und sie bekenne sich zum proletarischen Internationalismus.

Nur durch die Erhöhung der Produktivität könne das Lebensniveau des Volkes verbessert werden. Deshalb würden die kommenden Jahre, so wird im Bericht betont, Jahre der Anstrengungen und der Opfer werden. Aber die Zeit bis 1985 müsse zur entscheidenden Etappe bei der Schaffung der sozialistischen und materiell-technischen Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus werden.

(Quelle: Informations Bulletin, Wien, Nr. 1-2, 1981, S. 50-52; Ausschnitte)

Gegen Südafrikas unablässige Angriffe werde Angola sich künftig nicht nur defensiv zur Wehr setzen, verkündete schon 1979 Verteidigungsminister Henrique „Iko“ Carreira. Dies bedeutet nicht zuletzt eine Verstärkung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern, die als einzige die Unabhängigkeit Angolas indirekt (durch Waffenlieferungen) wie direkt (durch die nach wie vor anwesenden kubanischen Truppen) verteidigen.

Ungeachtet der damit übernommenen Bürde hält Angola an der Unterstützung der SWAPO und des Afrikanischen Nationalkongresses von Südafrika (ANC) fest. Damit und mit der Weigerung, die kubanischen Truppen und Fachleute aus dem Lande zu weisen, bezieht die VR Angola klare Positionen auch gegen die neue US-Regierung, deren Außenminister Alexander Haig diese Forderung zur Voraussetzung einer Anerkennung der VRA gemacht hat. Inwieweit die Regierung Reagan sich von den positiven Erfahrungen des Gulf-Oil-Konzerns beeinflussen lassen wird, der ungeachtet der Übernahme der Mehrheit seiner angolanischen Konzessionen durch die Regierung der VRA seinen Geschäften nachgehen kann, bleibt abzuwarten.

Unbeirrt erklärte J.E. dos Santos auf dem Parteikongreß: „Im Zeitraum 1978 bis 1980 wurde der bevorzugten Stärkung der während zweier Befreiungskriege mit den Parteien und Völkern der sozialistischen Gemeinschaft geknüpften Bande der Freundschaft und Solidarität besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Mit den Parteien der sozialistischen Gemeinschaft sind Abkommen über die Zusammenarbeit abgeschlossen worden. Unsere Beziehungen beruhen auf der gemeinsamen ideologischen Grundlage.“⁶

Das System der Volksmacht, der Poder Popular, sieht den Aufbau demokratischer Repräsentativ- und Exekutivorgane von lokaler bis nationaler Ebene vor, von den gewählten Vertreterversammlungen und deren von ihnen gewählten Ausschüssen auf Dorf- und Stadtteilebene bis zur Volksversammlung, die am 11. November 1980 feierlich eröffnet wurde, nachdem die notwendigen Versammlungen und Wahlen in den Monaten zuvor abgelaufen waren.

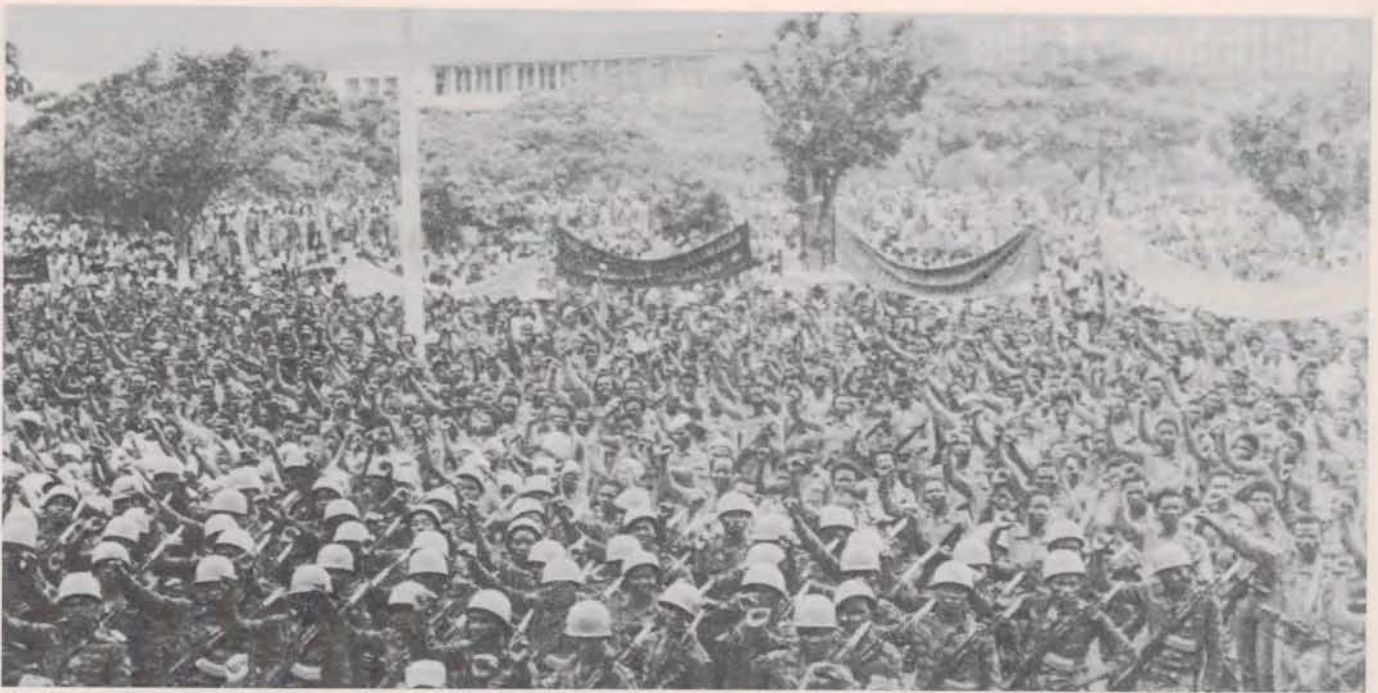
Von der MPLA zur MPLA-Partei der Arbeit

Mit dieser Eröffnung hörte der bis dahin die Legislative bildende Revolutionsrat auf zu bestehen. In der Praxis ist vorgesehen, in zunehmenden Maße, mit wachsender Erfahrung und Beteiligung, die Regierungsgewalt an das Volk zu übertragen.

Besondere Verantwortung kommt in diesem Prozeß den Massenorganisationen zu wie der MPLA-Jugend, dem Frauenverband Angolas (OMA), dem Gewerkschaftsverband UNTA – der bereits etwa 600.000 Mitglieder zählt –, den Organen der Volksverteidigung (ODP), sowie überdies den Streitkräften.

Charakter und Problematik der angestrebten Realisierung des Systems der Volksmacht bedingen, daß vor allem bewußtseinsmäßig hochstehende und engagierte Frauen und Männer notwendig sind, um ihr Gelingen zu gewährleisten. Dies war der Grund, weshalb sich 1977 die Volksbewegung MPLA – die damals über 110.000 Mitglieder verfügte – in eine Arbeiterpartei umbildete, in welcher neben der in Angola schwachen Industriearbeiterschaft vor allem Landarbeiter die mitgliedermäßig bestimmende Rolle einnehmen sollen – eine Partei, deren ideologische Grundlage der Marxismus sein würde. Eine zweijährige Kampagne folgte, während der die Mitgliedschaft drastisch reduziert wurde. Zum Kongreß im Dezember 1980 wurde die Mitgliedschaft mit 15.294 Mitgliedern und 15.804 Kandidaten, davon eine erhebliche Anzahl Frauen, angegeben.

Die feste Absicht die MPLA-PdA zur Arbeiterpartei weiter-



Manifestation in Luanda anlässlich des a. o. Kongresses der MPLA – Partei der Arbeit

zuentwickeln, schlug sich neben der Auswahl der Delegierten zum Kongreß – über 40% stellte die Arbeiterschaft – auch darin nieder, daß für eine Nachwahl zum Zentralkomitee ausschließlich Arbeiter-Kandidaten aufgestellt wurden.

Die ideologische und organisatorische Stärkung der Partei ergibt sich vor allem auch aus der Situation des Kaderproblems in vielen Bereichen. „Nicht genug richtige Leute am richtigen Ort zur richtigen Zeit“ umschreibt der Schriftsteller Basil Davidson seinen Eindruck von der Problematik Angolas. Persönliche Mängel und Schwächen gehen vor allem auf zwei Probleme zurück: das der übernommenen (früher bereits unter der Kolonialherrschaft tätigen) Bürokratie sowie das der kleinbürgerlichen Tendenzen auch innerhalb der alten MPLA.

Spätestens 1978 wurde deutlich, daß große Teile der alten Bürokratie „unfähig oder unwillens waren, sich einer Situation anzupassen, die nach demokratischer Verantwortlichkeit, rastloser Initiative und bewußter Opferung von Privilegien und Prestige verlangte“.⁷ Erzogen und geprägt nach Mustern, unter denen Unterordnung, Weisungsempfang von oben usw. verlangt waren, erwiesen sich viele dieser in Verwaltungen usw. Tätigen nicht fähig, den Anforderungen eines Systems der Volksmacht zu entsprechen – abgesehen vom verbreiteten Mangel an Sympathie dafür – noch, liebgegewonnene Privilegien aufzugeben und ihrerseits politisches Verständnis, Engagement und Bewußtsein zu entwickeln. Eine neue Verwaltung mußte geschaffen werden, aber die alte übergangsweise weiterarbeiten.

Mit diesem Problem als eng verknüpft erwies sich das der kleinbürgerlichen, zuweilen nach außen ultrarevolutionär sich gebenden Kräfte. Die VR Angola begegnete dem Problem aller nationalen Befreiungskämpfe: Das bestimmte Gruppen – Bürokraten, Kleinhändler, Fachkräfte, Intelligenz – teilweise dahin tendierten, die errungene Unabhängigkeit (deren Erkämpfung sie aus denselben Gründen unterstützt hatten) als Basis anzusehen für eigenes Fortkommen oder sogar zur Übernahme der wirtschaftlichen und politischen Machtpositionen.

Um solche Gruppierungen handelte es sich 1977 bei den Putschteilnehmern um den MPLA-Kämpfer Nito Alves, die ihre Ambitionen (die teilweise rassistische Formen in ihrer Feindschaft gegen die Rolle einer Anzahl Weißer und Mischlinge in der MPLA-Spitze annahmen) mit radikalen Thesen

kaschierten. Die kolportierte These, es habe sich damals um eine Auseinandersetzung zwischen „prosovjetschen“ (Alves) und „neutralen“ Kräften (Neto) gehandelt, ist haltlos.

Ähnliches wurde erneut 1978 von westlichen Presseorganen ins Spiel gebracht, als die Regierung do Nascimento abgelöst wurde. Hintergrund dieser Maßnahme war ein anderes, mit dem der kleinbürgerlichen Tendenzen verknüpftes Problem: das allmähliche Auseinanderklaffen zwischen Regierungstätigkeit auf zentraler Ebene (Lopo do Nascimento war Ministerpräsident) und Kontrolle durch die Machtorgane (Präsident und Zentralkomitee der Partei) aufgrund mangelnder und unterbliebener Unterrichtung. Allerdings: L. do Nascimento und weitere Verantwortliche wurden abgelöst, jedoch nicht als illoyal betrachtet und behielten wichtige Funktionen.

Probleme solcher Art – ohne indessen vom existenziell gefährdenden Charakter des niedergeschlagenen Alves-Putsch zu sein – stellen sich für die MPLA-PdA nach wie vor. Im Gefolge des außerordentlichen Parteitages wird daher von manchen Beobachtern eine erneute „Korrekturbewegung“ erwartet, in deren Verlauf Veränderungen in der Partei vorgenommen werden.

Die vom Parteitag selbstkritisch diskutierten Schwierigkeiten sind beträchtlich. Andererseits ist festzustellen, daß in etlichen Bereichen – z.B. Alphabetisierung und Gesundheitswesen – die Bilanz eindeutig positiv ist, in den meisten übrigen zumindest teilweise. Vor allem aber hat die VR Angola die größten Probleme der unmittelbaren Zeit nach den Befreiungskriegen – mit totaler Zerstörung, Massenelend, Chaos und Desorganisation – weitgehend überwunden und befindet sich auf dem Wege der Entwicklung gemäß ihren Zielsetzungen.

Anmerkungen:

- 1) B. Davidson, Angola, in: Africa Guide 1980, London, S. 109
- 2) People's Power, London, Nr. 16, 1980, S. 8
- 3) Vgl. hierzu: Horizont, Berlin, Nr. 23/1980, und: The Guardian, London, 29.12.1980
- 4) People's Power, a.a.O., S. 6
- 5) Beschluß des ZK der MPLA-Partei der Arbeit über die Einberufung des I. Außerordentlichen Parteitages, in: Horizont, Nr. 38/1980
- 6) Neues Deutschland, Berlin, 20./21.12.1980
- 7) B. Davidson, a.a.O., S. 111

Herbert Lederer zur 2. Sitzung der Internationalen Untersuchungskommission Südafrikas alltägliche Verbrechen

Im Februar 1979 war die Internationale Kommission zur Untersuchung der Verbrechen des Apartheidregimes im Südlichen Afrika, zusammengesetzt aus angesehenen Juristen und Experten verschiedener Kontinente, in Brüssel zu ihrer Konstituierungssitzung zusammengetreten (damaliger Zwischenbericht siehe in AIB 5/1979, S. 30-31). An der kürzlich in Angola veranstalteten 2. Sitzung der Kommission nahmen aus der Bundesrepublik Rechtsanwalt Herbert Lederer sowie Pfarrer Reinhard Brückner und Prof. Manfred Hinz teil.

AIB-Mitherausgeber H. Lederer faßt in seinem Bericht die Resultate und Zeugenaussagen von Luanda zusammen. Im nächsten Heft sollen die interessantesten Dokumente der Tagung folgen.

In Luanda, der Hauptstadt der Volksrepublik Angola, traf sich zwischen 30. Januar und 3. Februar 1981 die Untersuchungskommission über die Verbrechen der Rassistenregimes im Südlichen Afrika zu ihrer 2. Sitzung. Ihr Schwerpunkt sollte die Eskalation der Aggression des südafrikanischen Rassistenregimes gegen die Frontstaaten, insbesondere die VR Angola, und gegen die Völker von Namibia und Südafrika in ihrem Befreiungskampf sein.

Zu der Kommission mit ihrer Sekretärin, der belgischen Völkerrechtsprofessorin P. Pierson-Mathy, und ihrem Präsidenten, dem früheren irischen Außenminister, Friedensnobel- und Leninfriedenspreisträger Sean McBride, waren neue Kommissionsmitglieder hinzugestoßen, so u.a. der frühere US-Justizminister Ramsey Clark, der frühere algerische Justizminister A. Bentoumi, Honore Rakotomanana, Generalsekretär des Justizministeriums Madagaskars und Michael Vichinsky, stellvertretender Justizminister der UdSSR.

Nach einer feierlichen Eröffnung, in der wie bei der Abschlußveranstaltung am 20. Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der angolischen Befreiungsbewegung MPLA die Bedeutung ersichtlich wurde, die die angolischen Autoritäten der Kommissionssitzung beimaßen, begann die Kommission am 30. Januar 1981 ihre Arbeit in der 10.-Dezember-Halle in Luanda.

Systematische Aggressionsakte gegen Angola

Mike Terry von der britischen Anti-Apartheid-Bewegung berichtete über die nuklearen Kapazitäten Südafrikas, dessen Kollaboration mit wichtigen NATO-Staaten, insbesondere bei der Entwicklung der südafrikanischen Luftwaffe, und über die Rolle transnationaler Konzerne in Südafrika.

Dann erstattete die angolische Delegation durch den Justizminister Boavida, assistiert von Tenente-Coronel Ngongo, Mitglied des Generalstabs der FAPLA, der angolischen Streitkräfte, ihren Bericht und präsentierte ihre Zeugen. Dieser Bericht (Wortlaut folgt in AIB 5/1981; d. Red.) sowie die weiteren Ermittlungen eines Teils der Kommission vor Ort an der Grenze zu Namibia ließ die Kommission in

ihren Schlußfolgerungen zu dem Ergebnis kommen, daß es sich bei den südafrikanischen Angriffen gegen Angola um systematische, fast täglich erfolgende Aggressionsakte handelt. Einige Zeugen berichteten beispielhaft über Grausamkeit, Ausmaß und Intensität solcher Angriffe und die Folgen für Menschen, Fabriken und Volkswirtschaft. Die Funktion der Angriffe, die Bevölkerung einzuschüchtern und die Wirtschaft zu paralisieren wurden anhand ihrer Berichte deutlich.

Der Zeuge Mutenha Nanguvo sprach über seine Gefangennahme und Entführung durch südafrikanische Truppen, die am 25.11.1979 sein Dorf Naulila in der Provinz Kunene überfielen, nach der Einnahme der Schule, Hospital und Lebensmitteldepots verbrannt hatten. Zusammen mit 9 anderen Angolanern war er zu einer südafrikanischen Militärbasis verbracht, tagelang gefoltert und vor die Alternative gestellt worden, weiter bis zum Tode gefoltert zu werden oder für Südafrika gegen die Südwestafrikanische Volksorganisation (SWAPO) zu kämpfen.

Der Zeuge Jose Ricardo Belmundo, dessen Familie 1961 nach Zaire geflohen war, wurde dort 1973 mit anderen zur FNLA-Basis in Kinkusu gebracht, militärisch trainiert und nahm dann an Kämpfen gegen die FAPLA teil; zuerst in den Reihen der FNLA-Marionetten, später direkt in denen der südafrikanischen Armee. Seine Aussage gab Aufschlüsse über die Ausbildung und Aufträge der südafrikanischen Armee, ihre „Säuberungs“-Operationen gegen Angola. Seine Aussagen wurden zur gleichen Zeit bestätigt durch einen anderen Deserteur des 32. Bataillons, den Söldner Trever Edwards, über den der Guardian berichtet hatte.

Bevorzugter Einsatz von Napalmbomben

Tenente Ngongo gab einen militärisch-politischen Überblick über die Angriffstätigkeit Südafrikas seit 1975 bis in die letzten Tage. Im Verlauf seiner Anhörung wurde nicht nur bekannt, wovon wir uns einen Tag später an Ort und Stelle überzeugen konnten, daß die Hauptbomben der Südafrikaner Napalmbomben sind, sondern auch Einzelheiten über die Verbindung der UNITA mit Südafrika und die chinesische Waffenhilfe. Der Bericht der angolischen Regierung, die Zeugenaussagen, die Analysen des Tenente Ngongo waren gekennzeichnet durch ein hohes Maß an Genauigkeit, Konkretheit und große Glaubhaftigkeit.

Am 1. Februar 1981 fanden Ortsbesichtigungen statt. Ein Teil der Kommission besuchte ein namibisches Flüchtlingslager (Kalulo-Kwanze do Sul), 250 km von Luanda entfernt, in dem ca. 50.000 Flüchtlinge leben. Befragt berichteten diese Flüchtlinge, wie Angst und Schrecken vor den illegalen südafrikanischen Besatzern sie zur Flucht getrieben hatten. Die Besucher der Kommission konnten sich aber auch ein Bild machen von der Bereitschaft, in und mit der SWAPO kämpfend und siegend in ihre Heimat zurückzukehren.

Ein kleiner Teil der Kommission flog mit Angehörigen der FAPLA in den Süden, zunächst nach Lubango, wo wir die

bombardierte Möbelfabrik Madeiras de Huila sahen, die Fabrik, auf die am 26.9.1979 der Angriff geflogen worden war, von dem die Zeugen berichtet hatten, bei dem allein 26 Angolaner getötet, 41 ernst und 34 leicht verletzt, die Fabrik total zerstört wurde.

Wir flogen dann weiter, näher an die Grenze in eine Ortschaft Xangongo, wo wir von der Dorfbevölkerung Beeindruckendes über ihre tägliche Angst vor den Luftangriffen der Südafrikaner erfuhren. Kurz vor unserem Eintreffen war das Auto einer irischen Nonne, die dort die Bevölkerung medizinisch betreute, bombardiert worden.

Noch näher zur Grenze, in Cuamato fanden wir Beweisstücke in Hülle und Fülle über Angriffe, die Mitte Januar 1981 erfolgt waren. Wir sahen zerstörte Dörfer, trafen auf Napalmbomben.

Im Zentralen Militärhospital überzeugte sich ein anderer Teil der Kommission in Gespräch mit den Opfern der Aggression von den schlimmen Folgen der südafrikanischen Angriffe.

Die Sitzung am 2.2.1981 begann mit einer Gedenkminute für die Opfer der Attacke, die südafrikanische Kommandoeinheiten gegen eine Flüchtlingssiedlung in Maputo, Hauptstadt des freien Mocambique, am 30.1.1981 gestartet hatten und bei der 13 Menschen ums Leben gekommen waren. In Telegrammen an UN-Generalsekretär Kurt Waldheim wurde die UNO aufgefordert, Angola, Mocambique, Sambia und Namibia effektiver zu schützen gegen die „terroristischen Attacken und den systematischen Massenmord“ des südafrikanischen Rassistenregimes.

Die SWAPO erstattete ihren Bericht mit dem Vorbehalt, daß nur ein kleiner Prozentsatz der täglichen Verbrechen in Namibia, ausgeübt durch die südafrikanischen Besatzer, vermerkt sei. Dazu gehören die alltäglichen Vergewaltigungen durch südafrikanische Soldaten, die auch vor Schwangeren nicht Halt machen. Berichtet wurde von einer neuen, geheim operierenden Gang namens „Koevoet“, die Teil der Südafrikanischen Politik der Unterdrückung, Einschüchterung und Folter ist. Sie ist spezialisiert auf das Verschwindenlassen und Töten von SWAPO-Kämpfern oder angeblichen Sympathisanten. Die SWAPO übergab auch eine Liste von Namen mit der Bitte an die Kommission, sich um das Schicksal der Verschwundenen und auch anderer politischer Gefangener zu kümmern.

Bill Anderson, desertierter Soldat aus der südafrikanischen Armee, der im übrigen auch die Angaben des angolanischen Deserteurs bestätigen konnte, berichtete über die von seiner Organisation, dem Committee on South African War Resistance forcierte Desertionskampagne und ihre ersten kleinen

Erfolge. Über Dokumente, die Beweis erbrachten über die Zusammenarbeit der faschistischen Attentäter von Bologna und den südafrikanischen Rassisten, legte E. Dodo Molisv aus Italien Zeugnis ab, bevor der Afrikanische Nationalkongreß Südafrikas (ANC) seinen Bericht abgab.

Der ANC arbeitete zunächst als entscheidende Ursache für die wachsende Aggressivität Südafrikas die Solidarität, die die befreiten Staaten des Südlichen Afrika den Befreiungsbewegungen gewähren, heraus. Für die Befreiungsbewegung ergebe sich daher die Notwendigkeit, alles zu tun, die befreiten Staaten zu stärken und sie zu unterstützen als Säule und Voraussetzung des eigenen Erfolgs.

Südafrikas Kriegslogik: Zerstörung des Menschen

Der ANC knüpfte an seine Berichte über Unterdrückung, Folter und inhumane Behandlung an, die er jahraus jahrein der internationalen Öffentlichkeit vorgelegt hat. Am Beispiel der „Pretoria 3“ verwies er auf die Zunahme von Todesurteilen gegen Freiheitskämpfer in Südafrika. 1980 wurden 965 verhaftet, 36 zu Gesamtfreiheitsstrafen von 227 Jahren verurteilt nach dem „Terrorism Act“ und 14 verbannt. Davon waren in Haft 341 Schüler, 117 College- und Universitätsstudenten, 67 politische Führer, 10 Journalisten und 21 Gewerkschafter.

Als neues Moment seit der letzten Sitzung der Kommission hob der ANC die Tatsache der zunehmenden Rekrutierung von Söldnern aus Westeuropa, Kanada und den USA hervor, die besonders in Namibia eingesetzt werden. Die vom ANC vorgestellten Zeugen präzisierten die im Bericht genannten Methoden der Verhaftungen und unmenschlichen Folterungen.

Nach einem Bericht von Onesimo Sikveira von der Hohen Flüchtlingskommission der UNO über die Lage der Flüchtlinge im Südlichen Afrika und die Vorstellungen der UNO würdigte der Vize-Justizminister Zimbabwes die Rolle Angolas für die Befreiung seines eigenen Landes und die Befreiung des übrigen Südlichen Afrika.

Ramsey Clark berichtete über die Reise der Kommission in den Süden Angolas und Sergio Poblete, früherer chilenischer Luftwaffengeneral über den Besuch im Militärhospital. Er verglich die Verletzungen mit denen, die die vietnamesische Bevölkerung zu erleiden hatte. Alles weise daraufhin, daß die Kriegslogik der Südafrikaner in der Zerstörung des Menschen bestünde. Beeindruckt war er von der großen medizinischen und materiellen Hilfe, die die sozialistischen Staaten den verletzten Freiheitskämpfern und Angolanern gäben und von dem revolutionären Enthusiasmus der teilweise zu Krüppeln massakrierten Patienten.

Einstimmig und ohne Differenzen verabschiedete die Kommission die Schlußfolgerungen (Wortlaut in AIB 5/1981) ihrer Arbeit, das Beweisergebnis und die rechtlichen Schlußfolgerungen. In Anwesenheit mehrerer Minister der VR Angola wurden diese Schlußfolgerungen in einer feierlichen Veranstaltung veröffentlicht.

Angesichts der für Mai 1981 beabsichtigten Sanktionskonferenz der UNO und anderer geplanter Maßnahmen gegen das rassistische Apartheidregime in Südafrika kommt den Ergebnissen der Kommissionssitzung große Bedeutung bei. Für die antiimperialistischen Kräfte in aller Welt stellen die Schlußfolgerungen eine wichtige, nicht nur juristisch-völkerrechtliche Argumentationshilfe dar. Zwischen der ersten Sitzung der Kommission (1979) und ihrer zweiten in Luanda gelang es dem Volk von Zimbabwe, seine Freiheit zu erkämpfen. Wunsch aller Kommissionsmitglieder, welchem politischen Lager sie sich immer zugehörig fühlen, war es, daß bald auch die schändlichste Herrschaft, die Herrschaft der Rassisten im Südlichen Afrika, ihr Ende findet.



Beweisaufnahme der Internationalen Untersuchungskommission vor Ort: Nach einem südafrikanischen Überfall auf Cuamato vom 15. 1. 1981

Der Überfall eines südafrikanischen Armeekommandos Ende Januar 1981 auf drei von Mitgliedern des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC) bewohnte Häuser in Matola, einem Vorort der mocambiquanischen Hauptstadt Maputo, hat weltweite Proteste ausgelöst. Neben UN-Generalsekretär Kurt Waldheim haben auch die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), die Dehli-Konferenz der Nichtpaktgebundenen und die Assoziation westeuropäischer Parlamentarier den Aggressionsakt verurteilt. In einer Stellungnahme auf der Beerdigung der elf bei dem Anschlag ums Leben gekommenen ANC-Mitglieder erklärte Mocambiques Planungsminister Mario Machungo, daß „nichts unsere Solidarität mit dem südafrikanischen Volk und dem ANC“ schwächen kann. Zimbabwes Premierminister Robert Mugabe betrachtete den Überfall als Bestandteil einer umfassenden Strategie des Apartheidregimes zur Destabilisierung der politischen Situation in allen Frontstaaten. „Der Angriff auf Mocambique,“ so R. Mugabe, „ist für uns ein Warnsignal, nicht nur die Verstärkung unserer eigenen Verteidigungskraft zu beschleunigen, sondern auch unser Militärbündnis mit unseren Brüdern in Mocambique zu konsolidieren.“

Auf die südafrikanischen Rechtfertigungsversuche eingehend, bei dem Angriffsziel habe es sich um eine militärische Basis des ANC gehandelt, erklärte ANC-Präsident Oliver Tambo: „Wenn der Besitz von Waffen ausreicht, um aus einem Haus eine Militärbasis zu machen, möchten wir wissen, warum die meisten Weißen in Südafrika Gewehre in ihren Häusern haben.“ Wenn weiterhin Wohnunterkünfte des ANC im Ausland angegriffen würden, könnten – so deutete O. Tambo an – auch Häuser von Weißen in Südafrika zu Angriffszielen des ANC werden.

Es liegt auf der Hand, daß die erstmalige Militäraktion Pretorias außerhalb Südafrikas gegen den ANC auch dessen gewachsene militärische Stärke reflektiert. Die erhöhte politische Unterstützung, die der ANC heute in Südafrika erhält, demonstriert beispielhaft das von uns wiedergegebene Interview mit dem Stammeskönig der Tembo, Sabata. Sabata repräsentiert über 300.000 Stammesangehörige und ist ein erklärter Gegner des von Südafrika zum „Staatspräsidenten“ der Transkei gemachten Kaiser Matanzima.

Stellungnahme des ANC vom 31.1.1981

Das Apartheidregime Südafrikas hat einmal mehr einen kriminellen Akt des Banditentums gegen das Volk von Südafrika und die Völker des Südlichen Afrika begangen. In den frühen Morgenstunden des 30. Januar 1981 griffen Kommandos der rassistischen südafrikanischen Armee drei Unterkünfte südafrikanischer Flüchtlinge, von Mitgliedern des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) in Matola in der Volksrepublik Mocambique an. Elf unserer Leute wurden getötet.

Dieses Verbrechen markiert einen weiteren Angriff des Regimes von Pretoria gegen das unterdrückte Volk von Südafrika und die Völker des unabhängigen Afrika gleichermaßen. Die Ermordung unserer Leute in einem unabhängigen Staat durch das tyrannische Apartheidregime ist eine Fortsetzung der barbarischen Politik des Apartheidregimes, welche den Tod hunderter zimbabwischer Flüchtlinge in Chimoio/Mocambique und in Lusaka/Sambia zur Folge hatte, hunderter namibischer Flüchtlinge in Kassinga in Angola (im Mai 1978; d. Red.) und von mehr als 1.000 Kindern, die während der Sowetoaufstände (1976; d. Red.) in Südafrika getötet wurden.

Diese Politik des Massenmordes bestätigt einmal mehr den verbrecherischen Charakter des Apartheidregimes, der eine fortgesetzte Herausforderung sowohl unseres Volkes als auch der restlichen demokratischen und friedliebenden Menschheit darstellt. Nicht länger in der Lage, sich hinter dem früheren Smith-Regime Rhodesiens zu verstecken (es wurde im Februar 1980 verabschiedet; d. Red.), stellen sich die Rassisten Südafrikas jetzt offen als der Hauptfeind der Völker Afrikas an den Pranger.

Die Invasion der Volksrepublik Mocambique und die Verletzung ihrer territorialen Integrität ist Teil einer Politik, die auf die Destabilisierung der unabhängigen Staaten unserer Region und auf den Sturz legitimer Regierungen dieser Länder gerichtet ist. Das Apartheidregime Südafrikas versuchte einen Putsch in Sambia anzuzetteln. Es hat wieder-

holte Invasionen gegen Angola durchgeführt. Es hat Banditen und Söldner ausgebildet, bewaffnet und sie nach Mocambique und Zimbabwe eingeschleust. Und nun hat es in Fortsetzung dieser Politik eine Invasion gegen Mocambique begangen.

Der ANC verurteilt auf das Schärfste den terroristischen Akt, der durch das Regime von Pretoria gegen die Völker Südafrikas und Mocambiques ausgeführt wurde.

Wir danken der FRELIMO und der Regierung der Volksrepublik Mocambique für deren entschiedene und zeitige Schritte, die sie in Ausübung ihres Rechts zum Schutz von Flüchtlingen, die nach Mocambique gekommen sind, unternommen haben, und grüßen sie. Sie halfen unserem Volk, das einer Völkermordpolitik ausgesetzt ist.

Als Ergebnis dieser Maßnahmen hat der Feind in mehreren Fällen Tote, Verwundete und Gefangene zu beklagen. Dies stellt eine klare Warnung dafür dar, daß seine Banditenakte nicht ungestraft bleiben werden.

Wir rufen die Weltgemeinschaft auf, dringende und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, die unverzügliche Zerstörung des Apartheidregimes, einschließlich der Anwendung umfassender und bindender Sanktionen und wachsender Unterstützung für den ANC.

Angesichts dieses feindlichen Angriffs rufen wir unser Volk, alle demokratischen Kräfte unseres Landes einschließlich und besonders der Armee des Volkes, des Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation), auf, den Kampf für den Sturz des verbrecherischen Apartheidregimes und die Errichtung eines demokratischen und friedliebenden Südafrika weiter zu intensivieren.

Der Kampf geht weiter!

Der Sieg ist sicher!

Alfred Nzo, ANC-Generalsekretär

(Quelle: African National Congress (South Africa), Press Statement, January 31 1981, London, Februar 1981)

Ein Mann, eine Stimme für Südafrika

FRAGE: Sie verschwanden im August letzten Jahres. Gerüchte gingen um – so, daß Sie in einem Gefängnis der Transkei umgekommen seien. Dann tauchten Sie über einen Monat später – am 10. Oktober 1980 – in Lesotho wieder auf. Warum blieben Sie so lange versteckt?

HÄUPTLING SABATA: Der Grund dafür ist, daß ich der Vater einer Nation und der Führer der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) in der Transkei bin. Ich mußte imstande sein, einige meiner Gefolgsleute und Mitbürger zu treffen. Sie mußten erfahren, daß ich nicht einfach davonlief.

FRAGE: Einem Pressebericht zufolge haben Sie sich mit dem Afrikanischen Nationalkongreß Südafrikas (ANC) verbündet. Welches sind die Bedingungen dieses Bündnisses? Bedeutet es, daß Sie Mitglied des ANC sind?

HÄUPTLING SABATA: Es gab keine Alternative. Als ich nach Lusaka kam, wurde ich – genauso wie in Maseru (Hauptstadt Lesothos; d. Red.) – vom ANC sehr herzlich empfangen. Ich wurde daraufhin Mitglied des ANC.

FRAGE: Bedeutet das, daß Sie sich zum bewaffneten Kampf entschlossen haben?

HÄUPTLING SABATA: Ja, ich habe mich zum bewaffneten Kampf entschlossen. Das heißt aber nicht, daß ich die Demokratische Fortschrittspartei auf denselben Weg festlege.

FRAGE: Nehmen Sie innerhalb des ANC derzeit irgendeine Funktion ein?

HÄUPTLING SABATA: Nein, ich wurde in keinerlei Funktion eingesetzt. Man hat mich gefragt, was ich tun wollte, aber ich habe geantwortet, dies zu entscheiden läge in ihrer Hand.

FRAGE: Worin besteht wahrscheinlich ihre Exilrolle – in diplomatischer Tätigkeit?

HÄUPTLING SABATA: Ich werde sehen. Aber ich habe vor, etwas zu tun, weil ich hier bin, um den Unterdrückten zu bekämpfen, was

ich so in der Transkei nicht mehr konnte. Ich bin nicht hier, um mich zur Ruhe zu setzen.

FRAGE: Werden Sie ihre Aktivitäten auf Probleme der Transkei beschränken oder werden Sie sich mit Gesamtsüdafrika befassen?

HÄUPTLING SABATA: Als ich in der Transkei war, habe ich mich nicht lediglich mit der Transkei beschäftigt. Ich habe mich mit dem gesamten Südafrika befaßt, weil ich die Unabhängigkeit der Transkei nicht anerkenne.

So ist es auch jetzt noch. Ich möchte meinem Volk sagen, daß wir für Gerechtigkeit kämpfen sollten – nicht allein in der Transkei, sondern in Südafrika.

FRAGE: So sehen Sie Ihren Wirkungskreis also auch über die Tembu hinaus?

HÄUPTLING SABATA: Ja. So war es auch, als ich noch in der Transkei war. Ich war nicht nur ein Führer der Tembu. Ich war zugleich Führer der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP), welche die Unterstützung der Mehrheit hat. Und viele meiner Leute leben außerhalb der Transkei.

FRAGE: Sie, der vormalige Führer der DPP, und Florence Mancytowa, ihre Öffentlichkeitsreferentin, sind jüngst geflohen. Ihr früherer Chefberater, William Nelani, wurde vor kurzem zu 7 1/2 Jahren Haft verurteilt. Hector Ncgokazi, ein weiterer früherer DPP-Führer, mußte diese Woche unter Anklage vor Gericht erscheinen, verbotene Literatur besessen zu haben. Schließlich sind nach Informationen der Sunday Tribune eine Reihe Jugendliche ins Exil gegangen. Wie ist die Lage der Opposition in der Transkei derzeit?

HÄUPTLING SABATA: Seit ich Lesotho verließ, habe ich nichts gehört. Aber mein Volk lebt noch in der Transkei. Ich bezweifle stark, daß die Opposition ihrer Führung beraubt ist. Die oppositionellen Kräfte sind sehr aktiv.

Meine Anhänger sind zahlreicher als die der regierenden Nationalen Unabhängigkeitspartei der Transkei (TNIP). Ich möchte behaupten, daß etwa 3 Mio Menschen hinter mir stehen und 1 Mio hinter den Matanzima-Brüdern.

FRAGE: Was führte schließlich zu Ihrem Entschluß die Transkei zu verlassen?

HÄUPTLING SABATA: Ich erhielt eine Mitteilung, daß ich erneut verhaftet werden sollte. Deshalb beschloß ich, die Transkei zu verlassen. Im Gefängnis zu sitzen – unter der Anklage, die Würde des Transkei-Präsidenten Kaiser Matanzima verletzt zu haben – hätte mir und meinem Volk nichts genützt. Deshalb beschloß ich, das Land zu verlassen und von draußen zu kämpfen.

FRAGE: Was ist die Grundlage ihrer Differenzen mit den Matanzima-Brüdern?

HÄUPTLING SABATA: Die Matanzima-Brüder haben die Politik der getrennten Entwicklung verfolgt. Dagegen bin ich.

Überdies kämpfen die Matanzima-Brüder nicht für ihr Volk. Soweit ich es übersehe, werden die Matanzima-Brüder bald aufgeben. Es ist nicht die Politik des Volkes, die sie verfolgen. Sie wissen nicht, was sie tun, und die Menschen begreifen nun, daß die Matanzima-Brüder sie nirgendwohin führen.

FRAGE: In den 60er Jahren erklärten Sie in einem Interview: „Wir streben nach Freiheit von Gesetzen, die uns von unseren südafrikanischen Brüdern trennen, nach einem Staat, in welchem die Hautfarbe eines Menschen keinerlei Rolle für seine Bürgerrechte spielt. Wir streben keine Bevorzugung der einen Rasse vor der anderen an – wir wollen einen Staat, in dem Schwarz und Weiß in gegenseitigem Respekt und Zusammenarbeit zusammen leben können.“ Ist dies nach wie vor Ihr Ziel?

HÄUPTLING SABATA: Das sind meine Worte, ja. Ich meine: Ein Mann, eine Stimme für Südafrika.

FRAGE: Sind Sie der Hoffnung, dieses Ziel während Ihrer Lebenszeit zu erreichen?

HÄUPTLING SABATA: Immer. Ich bete zu meinem Gott. Ich möchte, daß wir diese Freiheit zu unseren Lebzeiten erlangen. Wir kämpfen nicht, damit unsere Kinder den Kampf fortsetzen müssen. Wir wollen alles zu unseren Lebzeiten erreichen.

Und ich glaube, daß dies in sehr kurzer Zeit der Fall sein wird. Wir werden nicht mehr als 10 Jahre von jetzt an benötigen.

FRAGE: Haben Sie realistische Gründe für diese Überzeugung?

HÄUPTLING SABATA: Wir haben auf die Unabhängigkeit Zimbabwes gewartet. Jetzt warten wir auf die Namibias.

Warum sollte es so lange dauern? Warum sollen wir uns nicht jetzt befreien können? Wir in Südafrika gehörten zu den ersten auf dem afrikanischen Kontinent, die für ihre Freiheit zu kämpfen begannen. Andere folgten. (...)

(Quelle: Sunday Tribune, London, 11.1.1981)



Opfer des südafrikanischen Überfallkommandos in Maputo

Rainer Falk

Tendenzwende in Neu Delhi?

Jahrelang haben westliche Sprecher der Bewegung nichtpaktgebundener Länder vorgeworfen, sie sei auf einem Auge blind, durch ihren Antiiperialismus gleichsam zwangsläufig ein Unterpand im Kalkül globaler sowjetischer Machtentfaltung.

Jetzt scheint sich im Westen eine neue Sicht und Herangehensweise an die Bewegung durchzusetzen. Dabei geht man offensichtlich – auch wenn dies nicht immer zugestanden wird – realistischer als zuvor davon aus, daß die Nichtpaktgebundenen eine Realität in den internationalen Beziehungen darstellen, mit deren Zerfall von innen heraus kurzfristig nicht gerechnet werden könne, und die es folglich im westlichen Sinne zu beeinflussen gelte.

Westliches Hoffen auf „gleichen Abstand“

Als Erfolg westlicher Politik in diesem Sinne wäre es schon zu werten, wenn an die Stelle des bisherigen Antiiperialismus ein neutralistisches Konzept des „gleichen Abstands“ von den beiden entgegengesetzten sozialen und politischen Systemen („Äquidistanz“) träte. Dies liefe auf eine Neutralisierung und Paralyse der nichtpaktgebundenen Bewegung in der weltpolitischen Auseinandersetzung hinaus und böte für den Westen die Chance, seinen politischen Handlungsspielraum, der in den letzten Jahren vor allem in der Dritten Welt eingeengt worden ist, wieder zu erweitern. Vor dem Hintergrund derartiger Überlegungen muß meines Erachtens die außergewöhnlich positive und wohlwollende Kommentierung gesehen werden, die das Ergebnis der Außenministerkonferenz der Bewegung nichtpaktgebundener Staaten, die vom 9.-13. Februar 1981 in Neu Delhi stattfand, in den westlichen Medien gefunden hat.

Die nun 96 Mitgliedsländer zählende Bewegung, so die großbürgerliche Frankfurter Allgemeine Zeitung, sei „globalpolitisch in die Mitte gerückt“, der „dritte Weg“, weder nach Ost noch nach West“, habe an Anziehung gewonnen.¹ Die Süddeutsche Zeitung schrieb: „Gegenüber der Sitzung in Havanna (VI. Gipfelkonferenz vom September 1979, siehe AIB 11-12/1979; d. Red.), dem Höhepunkt prosovietischer Anbiederungen und dem Tiefpunkt an Selbstverleugnung, bringt Delhi immerhin eine beachtenswerte Trendwende: In den Kontroversen der Generaldebatte, in den politischen Komitees und Sitzungen der Redaktionsgruppe ründet sich die bislang 'schweigende Mehrheit' deutlich zu Wort. Sie stemmt sich gegen ein weiteres Abdriften der Bewegung in die von Kuba und Vietnam gewiesene Richtung.“²

Auch wenn sich bei derartigen Bewertungen oft Wunschenken mit einer realistischen Analyse vermischt, ist es nach den Tagen von Neu Delhi nicht abwegig, zu fragen, ob 20 Jahre nach der Gründung der Nichtpaktgebundenen in Belgrad etwas stattgefunden hat, was tatsächlich den Namen einer Tendenzumkehr verdient. „Die letzten Entwicklungen und Tendenzen,“ so Fidel Castro, der amtierende Vorsitzende der Bewegung, in einer Grußbotschaft an die Konferenz in Neu Delhi, „sind kein Grund zum Optimismus. Die

Schritte, die von der Entspannung weg unternommen wurden, bergen das Risiko permanent zu werden. Schlimmer noch, da gibt es jene, die dafür plädieren, die Entspannung durch einen neuen Kalten Krieg zu ersetzen... Das Konzept des Gleichgewichts zwischen den Großmächten, das zu fortschreitender Abrüstung und Denuklearisierung führen könnte, wird zurückgewiesen und stattdessen wurde das Streben nach 'militärischer Überlegenheit' proklamiert. Das kann das Wettrüsten nur verschärfen und zur wachsenden nuklearen Bedrohung oder gar zu einem Atomkrieg führen. Auf dieser Grundlage, bei der der gute Wille durch Erpressung ersetzt wird, entstehen globale Strategien, die negative Auswirkungen auf alle Völker haben.“³

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, daß die Hauptthemen, die als Vorwände für die Verschärfung der internationalen Spannungen und zum Übergang zu globaler Konfrontationspolitik dienen, in die Bewegung der Nichtpaktgebundenen hineinwirken. Dies umso mehr als ja in dieser Bewegung eine Reihe von Staaten Mitglieder sind, die von ihrer inneren Statur und ihrer Außenpolitik alles andere als progressiv sind.

Ausgerechnet der Stadtstaat Singapur und die anderen Mitgliedsländer des neokolonialistischen ASEAN-Blocks (Allianz Südostasiatischer Nationen: Singapur, Malaysia, Thailand, Indonesien, Philippinen; d. Red.) ließen in Neu Delhi nichts unversucht, um ihren westlichen Hintermännern die Referenz zu erweisen. Zwar repräsentieren sie nicht, wie die Presse hierzulande weismachen wollte, die „schweigende Mehrheit“ der Bewegung. Vielmehr bilden sie ihren rechten Flügel, wobei die „Mehrheit“ eher einen Mittelkurs zwischen dem Streben nach einer stärkeren Profilierung des antiimperialistischen Charakters der Bewegung und dem Versuch, diese auf die Bahnen der Äquidistanz zu führen, steuert.

Aber diesem rechten Flügel ist es in Neu Delhi gelungen, durch wohl vorbereitete Manöver den Reizthemen „Afghanistan“ und „Vietnam-Kampuchea“ eine Aufmerksamkeit über Gebühr zu verschaffen.

Kein Kompromiß zu Afghanistan, Kampuchea

Gleich zu Beginn der Konferenz war es ihm gelungen, die normalerweise für die redaktionelle Ausarbeitung von Resolutionstexten dieser Art zuständige politische Kommission, die in Neu Delhi unter dem Vorsitz Nikaraguas stand, zu umgehen, um an ihrer Stelle ein nach ihrem Geschmack zusammengesetztes Sonderkomitee zu schaffen. Am Ende erreichten sie, daß der vom indischen Gastgeber im Entwurf der Abschlußresolution vorgesehene Kompromißvorschlag in Sachen Afghanistan und Kampuchea in einen Affront gegen die beiden Hauptbetroffenen umgewandelt wurde. Zu Afghanistan „riefen (die Minister; d. Verf.) dringend zu einer politischen Lösung auf, zum Rückzug ausländischer Truppen und zur vollen Respektierung der Unabhängigkeit,

Souveränität, territorialen Integrität und des nichtpaktgebundenen Status Afghanistans". (Text der Abschlußdeklaration) Eine ähnliche Formulierung findet sich zu Kambodscha.⁴ Beides ist sowohl von Vietnam als auch von Afghanistan als unannehmbar zurückgewiesen worden, da die Präsenz ausländischer Truppen in den betreffenden Ländern auf Anforderung rechtmäßiger Regierungen zurückgeht.

Das zur Begründung derartiger Beschlüsse angeführte Äquidistanzkonzept deckt sich – so muß man sagen – voll und ganz mit jener permanent von Jugoslawien vertretenen Forderung, man solle das Denken „in Kategorien der Blockpolitik“ aufgeben.⁵ Zwar ist Jugoslawien jetzt nach dem Tode J. Broz Titos zu einem mittelmäßigen Mitglied der Bewegung, dem sowohl jedes Charisma als auch jeder Sonderstatus fehlt, geworden; umso unglücklicher ist es aber, daß es diesen Bedeutungsverlust offensichtlich durch einige dubiose Aktivitäten auszugleichen sucht.

So war es – nach W. Burchett, einem Beobachter in Neu Delhi – am Rande der Konferenz ein offenes Geheimnis, daß 80% der von Singapur gehaltenen Statements zwei prominente jugoslawische Journalisten als Ghostwriter hatten; und daß es auf Anraten der jugoslawischen Delegation geschah, daß die Mitgliedsländer der ASEAN den Tagungsraum verließen, als der kurz zuvor von der indischen Regierung in Neu Delhi akkreditierte Botschafter der Regierung Heng Samrin auf der Gästetribüne Platz nahm.⁶



„Den Nichtpaktgebundenen die besten Wünsche“

Eine Belastung für die Bewegung stellen auch offene kriegsrische Konflikte zwischen Mitgliedsländern wie dem Irak und dem Iran dar. Und wie Fidel Castro in seiner Grußbotschaft feststellte: „Es ist unbedingt notwendig die Differenzen innerhalb der Bewegung schnell und auf gerechte Weise zu lösen, um die moralische Stärke zu haben, von jenen Staaten, die Mitglieder internationaler Militärpakte sind – das Ergebnis der Widersprüche zwischen den Gesellschaftssystemen – zu fordern, einen geeigneten friedlichen Rahmen zur Lösung ihrer Differenzen zu finden.“⁷ Kuba hat deshalb sofort nach dem Ausbruch des irakisch-iranischen Krieges eine Vermittlungsinitiative gestartet, die in Neu Delhi zur Gründung eines Komitees aus den Außenministern Kubas, Indiens und Sambias sowie dem Chef der Politischen Abteilung der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) führte. Es soll nunmehr versuchen, den Krieg so schnell wie möglich beizulegen, was auch angesichts der Tatsache von großer Dringlichkeit ist, daß Bagdad für das nächste Jahr zum Gastgeberland des VII. Gipfels bestimmt wurde.

Die Abschlußdeklaration bekräftigt in diesem Zusammenhang das Prinzip der nichtpaktgebundenen Bewegung, daß

kein Staat sich fremdes Territorium gewaltsam aneignen oder einen Aggressionsakt gegen einen anderen Staat begehen darf.

Einerseits ist nicht zu leugnen, daß die Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten in Neu Delhi mit einer Reihe ernsthafter Probleme konfrontiert war und diese in der folgenden Zeit – vor allem aufgrund der wachsenden Differenzierungsprozesse innerhalb dieser Bewegung – noch zunehmen dürften. Andererseits kann nicht gesagt werden, daß der rechte Flügel – angeführt von den ASEAN-Staaten – sein Ziel, die Bewegung unter dem Mantel der Äquidistanz vollends in imperialistisches Fahrwasser zu lenken, erreicht hat. Die Abschlußdeklaration brachte in grundsätzlichen Fragen eine volle Bestätigung des antiimperialistischen Charakters der Bewegung, wenn sie feststellte, daß „der Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Neokolonialismus, Apartheid, Rassismus (einschließlich Zionismus) und alle Formen der Aggression, Besatzung, Beherrschung und ausländischer Einmischung oder Hegemonie sowie gegen Großmächte- und Blockpolitik wesentlich für alle Mitgliedsländer ist“.

Das Dokument unterstreicht zugleich die ungeteilte Unterstützung der Bewegung für „den Kampf der Befreiungsbewegungen; die Erlangung von Selbstbestimmung und Unabhängigkeit durch die Völker unter kolonialer und ausländischer Beherrschung; das Vorantreiben der friedlichen Koexistenz zwischen allen Staaten, ungeachtet ihres politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systems; die Demokratisierung der internationalen Beziehungen und die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“.⁸

Entsprechend dieser Orientierung solidarisierte sich das Treffen mit Kuba angesichts der Blockadedrohung, die der neue US-Präsident Ronald Reagan gegen es ausstieß; es warnte vor der drohenden US-Intervention in El Salvador und vor der Internationalisierung des Konflikts in ganz Mittelamerika, die ein solches Eingreifen zwangsläufig zur Folge hätte; die Konferenz unterstrich erneut das Recht auf Unabhängigkeit für die Völker Puerto Ricos und Belizes; sie verurteilte erneut das Camp-David-Komplott und die fortgesetzte Weigerung Israels, die besetzten arabischen Gebiete zu räumen; sie bekräftigte das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung einschließlich der Errichtung eines Staates unter der Führung der PLO; das Treffen solidarisierte sich mit der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) und dem Kampf des südafrikanischen Volkes gegen das Apartheidregime, bekräftigte das Recht des saharauischen Volkes auf Selbstbestimmung und unterstrich schließlich die Unabhängigkeit, Souveränität und territoriale Integrität sowie den nichtpaktgebundenen Status von Zypern und Malta.

Der aktuellen imperialistischen Konfrontationspolitik unmittelbar entgegengesetzt ist schließlich auch das Beharren der Nichtpaktgebundenen auf einer konsequenten Friedens- und Abrüstungspolitik. „Die größte Gefahr, der sich die Welt heute gegenüber sieht“, heißt es im Schlußdokument, „ist die der Zerstörung als Ergebnis eines atomaren Krieges.“ Wo in diesem Zusammenhang die Scharfmacher gesehen werden, ist eindeutig, wenn die Abschlußdeklaration feststellt, daß die Nichtratifizierung von SALT II, die in Havanna gefordert worden war, „einer Politik des Verhandeln von einer Position der Stärke aus geschuldet ist“.⁹

Anmerkungen:

- 1) Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.2.1981
- 2) Süddeutsche Zeitung (SZ), 13.2.1981
- 3) Granma, Havanna, 22.2.1981
- 4) Nach: SZ, 14./15.2.1981
- 5) Siehe: AIB 11-12/1979, S. 4ff.
- 6) Vgl. Afrique Asie, Paris, Nr. 234/ 2.-15.3.1981
- 7) Granma, 22.2.1981
- 8) Ebenda
- 9) Ebenda



Albert Schreiner
**Vom totalen Krieg
 zur totalen
 Niederlage Hitlers**

Reprint 1939

300 Seiten, Ln. mit Schutzumschlag,
 19,80 DM

Bevor Hitlerdeutschland den Zweiten Weltkrieg begonnen hatte, sagte Schreiner die deutsche Niederlage voraus. Das im Frühjahr 1939 in Paris erschienene Buch zeugt von dem Weitblick Albert Schreiners. Angesichts der damaligen politischen und militärischen Machtverhältnisse schien Schreiners Voraussage vermessen. Sie basierte jedoch auf der Erkenntnis von sich objektiv vollziehenden Prozessen.

Walter H. Seiter
 Alphonse Kahn
**Hitlers
 Blutjustiz**

Ein noch zu
 bewältigendes
 Kapitel deutscher
 Vergangenheit

Mit einer Einführung
 von Prof. Norman Paech
 und einem Nachwort
 von Dr. Heinz Düx
 80 Seiten, kart., 8,— DM

Die Richter des „Volksgerichtshofes“, dessen Aufgabe die Vernichtung der Gegner der braunen Tyrannei war, sind bisher nicht zur Rechenschaft gezogen worden. Die Dokumentation widerspiegelt, wie sich diese Richter und Staatsanwälte ihrer Verantwortung entziehen konnten. Die Rolle der bundesrepublikanischen Justiz wird dabei ebenso beleuchtet wie die Bemühungen der antifaschistischen Kräfte um eine Aufarbeitung dieses Kapitels der deutschen Vergangenheit.

NEU



tat

kräftig
 gegen:
 Neonazismus
 und
 Rechtsgefahr,
 Kriegstreiberei
 und
 Militaristen,
 Verfassungsbruch
 durch
 Berufsverbote,
 Schnüffeleien
 und
 Zensur



weil
 Antifaschisten
 eine
 antifaschistische
 Zeitung brauchen

- Ich möchte kostenlose Probeexemplare
- Ich möchte „die tat“ abonnieren

Postbezug jährlich O DM 45,—
 Sonderpreis für Studenten, Schüler,
 Soldaten, ZDL, Auszubildende
 O DM 30,—

Name: _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Einsenden an

Röderberg-Verlag

Postfach 4129, 6000 Frankfurt/M.

Postfach 4129 6000 Frankfurt 1

Nuri Abdul Razzak

Befreiungsstrategie für die 80er Jahre (3. Teil)

Zu allen Zeiten, aber insbesondere in diesem speziellen Zusammenhang, ist, wie die historischen Erfahrungen klar zeigen, die Frage der Demokratie von außerordentlicher Bedeutung. Die so dringend benötigten sozialökonomischen Veränderungen, die heute in den Ländern der Dritten Welt auf der Tagesordnung stehen, können nicht durchgeführt werden, wenn die Volksmassen, die Industriearbeiter, Landarbeiter und Intellektuellen, wenn die Bauern und andere Schichten der Bevölkerung, die direkt oder indirekt ausgebeutet werden und direkt oder indirekt ein Interesse an sozialistischen Veränderungen haben, nicht aktiv am Zustandekommen dieser Veränderungen teilnehmen.

Es braucht soziale Veränderungen durch die Massen selbst

Die jüngsten Erfahrungen haben gezeigt – und dies gilt insbesondere in den meisten arabischen und einigen afrikanischen Ländern –, daß soziale Veränderungen, die von „Eliten“ – welcher Art auch immer und unter welchen Parolen auch immer unter welchen Vorwänden oder Illusionen mit welchem gutem Willen auch immer – unvermeidlich zur Ausbeutung durch die Bourgeoisie, in die Hände des internationalen Imperialismus unter Führung der USA und des Militär-Industrie-Komplexes führen.

Die arbeitenden Massen selbst müssen die notwendigen internationalen sozioökonomischen Veränderungen durchführen, und dies unter einer Führung, die selbst aus den Massen hervorgeht, ausgewählt und im Feuer des Kampfes geschmiedet wurde. Volle politische, berufliche und gewerkschaftliche Rechte, Gedankenfreiheit und Demokratie sind wichtige Mittel zur Erreichung dieses Ziels. Ohne die Demokratisierung der sozialen und wirtschaftlichen Institutionen ist es nicht möglich, daß politische Freiheit in soziale Gerechtigkeit mündet; es ist heute klar, daß nationale Unabhängigkeit und formelle politische Freiheit nicht genug sind; was hingegen von ausschlaggebender Bedeutung ist, das ist die Verbesserung der Lebensbedingung, die Herbeiführung von grundlegenden Veränderungen zugunsten der Massen: eine antifeudale Landreform, Steuerreform, Reformen der Gewerkschaften, des Versicherungswesens usw.

Diese sozialen Reformen können nicht erreicht werden ohne den revolutionären Kampf der arbeitenden Massen unter ihrer von ihnen selbst gewählten Führung. Demokratie als notwendige Grundlage für Entwicklung ist nicht nur einfach die politische Freiheit wählen gehen zu können, sondern der Begriff von Demokratie muß notwendigerweise das Recht beinhalten, Volksinstitutionen zu schaffen, die vom Volk selbst organisiert, verteidigt und geführt werden. Mit Hilfe solcher Institutionen waren die Völker in der jüngsten Vergangenheit in der Lage, bemerkenswerte Siege gegen den Kolonialismus zu erringen; und mit Hilfe der Demokratie

können die Völker auch die neuen Aufgaben der nachkolonialen Ära lösen.

In diesem Kontext kann der Kampf für die Entwicklung der Länder der Dritten Welt, der untrennbar verbunden ist mit dem Kampf für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung, als ein Programm für antiimperialistische und demokratische Veränderungen gesehen werden und zwar innenpolitisch als auch international.

Wenn man nicht ständig Fortschritte auf dem Entwicklungsweg macht, ist die Gefahr der Stagnation groß, ja mehr noch, es besteht das Risiko des Rückschritts.

Wir sind hier Zeuge einer paradoxen Situation, die man erkennen und auf die man reagieren muß: trotz der Tatsache, daß die Länder der Dritten Welt – die am wenigsten entwickelten, die mittlere Kategorie und die reichen Ölländer – niemals so sehr geeint waren, wie sie es in den verschiedenen internationalen Foren in der Frage der Entwicklung sind, und trotz der Tatsachen, daß sie eine überwältigende Mehrheit darstellen, sehen sie sich selbst machtlos, die internationalen ökonomischen Veränderungen, die sie für notwendig halten, durchzuführen. Sie sehen sich außerstande den notwendigen Druck gegenüber den entwickelten kapitalistischen Ländern zu entfalten.



Bauernmiliz, Zeichen der antifeudalen Umwälzungen in Äthiopien

Einer der Hauptgründe für diese paradoxe Situation könnte in der Tatsache liegen, daß die meisten Länder der Dritten Welt noch nicht in der Lage waren, sich selbst mit der wichtigsten Waffe zu versehen, die sie sicher in eine viel stärkere Verhandlungsposition bringen würde, um Entscheidungen, Maßnahmen und Programme für eine gerechtere, internatio-

nale Ordnung herbeizuführen: diese Waffe ist die Macht der organisierten Massen.

Wiederum sind es hier die inneren, demokratischen, sozial-ökonomischen Veränderungen, die diese Länder befähigen, die Stagnation zu überwinden. Das falsche und vereinfachte Bild, das die imperialistischen multinationalen Konzerne vom wirtschaftlichen und politischen System der Welt zeichnen, d.h. die sog. Nord-Süd-Dichotomie, ist eindeutig ein Nebelvorhang, der durch eine klare Analyse der Situation gelichtet werden muß.

Es ist an dieser Stelle unnötig, zu betonen, daß der gesamte Kampf der Entwicklungsländer für Demokratie, internationalen sozialökonomischen Fortschritt und für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung notwendigerweise in den Rahmen des historisch langfristigen globalen Konfliktes zwischen Sozialismus und kapitalistischem Weltsystem gehört. Wir sind fest davon überzeugt, daß der Sozialismus dabei unvermeidlich den Sieg davontragen wird. Eine der Hauptformen, die dieser Kampf im Augenblick annimmt, ist die direkte Konfrontation zwischen den Ländern der Dritten Welt und den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern und insbesondere – auf ökonomischem Gebiet – den multinationalen Konzernen.

In jüngster Zeit hat sich die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und der Gemeinschaft der sozialistischen Länder beträchtlich erweitert. Das ökonomische und militärische Potential der sozialistischen Länder hilft den jungen Entwicklungsnationen in ihrem Kampf für sozial-ökonomische Veränderungen. Dies ist ein entscheidender Faktor, der gefestigt und gestärkt werden muß.

Für eine Demokratisierung der Weltwirtschaft

Von nicht geringerer Bedeutung ist die Koordinierung regionaler Entwicklung. Hier muß der Akzent auf die Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern gelegt werden.

Dies ist ein sehr wichtiger Faktor bei der Neustrukturierung der internationalen Wirtschaftsbeziehung und muß ein Schlüsselement für den Erfolg der Entwicklungsländer in ihrem Kampf für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung sein, eine Ordnung, die auf der Grundlage von Komplementarität, von gegenseitigem Interesse, Solidarität und gegenseitiger Hilfe beruht, auf der Grundlage des Prinzips der kollektiven Eigenständigkeit der Entwicklungsländer, die das Ziel hat, ihre Entwicklung zu beschleunigen, ihre Einheit, ihre Verhandlungsposition in den Verhandlungen mit den entwickelten kapitalistischen Ländern zu stärken. Es ist hier notwendig, die Widerstandskraft der Entwicklungsländer gegenüber allen Versuchen, sie zu spalten und ihre Einheit zu brechen, zu stärken.

Der Anstieg der Ölpreise, eine Politik, die systematisch von den Ländern der OPEC (Organisation Erdölexportierender Länder; d. Red.) verfolgt wird und die nicht immer vom Preisanstieg der importierten Produkte her gerechtfertigt ist, stellt eine weitere schwere Last für die Wirtschaft vieler Entwicklungsländer dar, die kein Öl produzieren. Der Mangel an Koordination und Kooperation zwischen den ölproduzierenden Ländern und den Entwicklungsländern, die kein Erdöl produzieren, ist ein Element, das mit großem Ernst behandelt werden muß. Und die Solidarität der Entwicklungsländer muß in dieser Frage gesichert werden.

Andererseits gibt es wesentliche Prinzipien, die von den Entwicklungsländern gewahrt werden müssen, da sie entscheidende Bedeutung für die Entwicklungsländer haben, nämlich: das Recht auf Entschädigung für Verluste, die durch koloniale Ausplünderung und den Raub natürlicher Ressourcen entstanden sind; Beendigung des brain-drain (Abzug von

Fachkräften; d. Red.) aus den Entwicklungsländern; volle, uneingeschränkte Souveränität und Kontrolle über die natürlichen Ressourcen und Rohstoffe als Weg, um den ungleichen Tausch zu beenden; die Ausübung der Kontrolle über ausländisches Kapital und über die Aktivitäten der multinationalen Konzerne.

Die Reihe der Probleme, die gelöst werden müssen, ist wohl bekannt: Industrialisierung, Rohstoffe, Energie, Handel, Entwicklungshilfe, Steuerpolitik, Mechanismen für den Transfer von Ressourcen und Technologie, regionale und kollektive Eigenständigkeit und Kooperation; all diese Elemente müssen in eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung eingewoben werden.

Gebührende Aufmerksamkeit bzw. Unterstützung muß den Vereinten Nationen und den ihnen angeschlossenen Institutionen gewidmet werden, sowie den Anstrengungen in dieser Hinsicht, insbesondere der dritten Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen.

Die zunehmende Bedeutung der Nichtpaktgebundenen nutzen

Es besteht kein Zweifel, daß in der gegenwärtigen internationalen Lage das Gewicht der nichtpaktgebundenen Länder in gleichem Maße gewachsen ist, wie sie ihre politische und ökonomische Befreiung aus den Klauen des Imperialismus, Kolonialismus, Rassismus und Neokolonialismus erreicht haben.

Der historisch unumkehrbare Prozeß der Dekolonisierung und die generelle Unterstützung der sozialistischen Länder im Kampf für nationale Befreiung haben diese Veränderung des Kräfteverhältnisses erreicht, das für Frieden, Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt begünstigend ist. Die nichtpaktgebundenen Länder stehen heute jedoch dem hartnäckigen Widerstand von neuen Formen des Kolonialismus gegenüber, die in Form der multinationalen Konzerne, monopolistischen Handelspraktiken, des internationalen Währungssystems, der Kontrolle über Rohstoffe, Mineralien und andere natürliche Ressourcen durch ungleiche Verträge auftreten.

Dies sind nur einige Aspekte aus der langen Reihe von Praktiken wirtschaftlicher Beherrschung durch westliche Industrieländer, die bekämpft und schließlich überwunden werden müssen durch einen entschlossenen Kampf der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen steht gegenwärtig vor der Aufgabe, sich auf der Grundlage der Prinzipien und Beschlüsse des Gipfels von Havanna (im September 1979, siehe AIB 11-12/1979; d. Red.), auf der Grundlage des anti-imperialistischen Kampfes, der klaren Formulierungen eines Konzepts für eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung und für Entwicklung, zu konsolidieren. Die Bewegung der Nichtpaktgebundenen muß sich mit mehr Wachsamkeit und Entschlossenheit wappnen, um die Einheit ihrer Reihen zu wahren und die Versuche des Imperialismus, ihre Grundlagen zu unterminieren, zu vereiteln.

Von größter Bedeutung in dieser Hinsicht ist die neue Haltung, die die Bewegung der Nichtpaktgebundenen gegenüber Verhandlungen für die Schaffung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung eingenommen hat. Diese Verhandlungen müssen innerhalb des Systems der Vereinten Nationen stattfinden. Die zentrale Rolle der Vollversammlung muß in diesem Zusammenhang ständig bekräftigt werden, und alle Versuche, Lösungen für die Probleme der Weltwirtschaft außerhalb der Vereinten Nationen zu suchen, müssen zurückgewiesen werden. (...)

Schluß

(Quelle: Hektographiertes Manuskript, Nikosia, Dezember 1980)

5. Mitgliederversammlung der Vietnam-FG

Aus den soeben veröffentlichten Dokumenten der 5. Mitgliederversammlung der Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam vom Dezember 1980 geht hervor, daß sie im vergangenen Jahr Medikamente und medizinisches Gerät im Wert von 400.000 DM nach Vietnam entsenden konnte. Die Mitgliederzahl der Gesellschaft stieg 1980 um 305 auf 1791.

AIB-Mitherausgeber Prof. Erich Wulff, der als Vorsitzender bestätigt wurde, stellte im Rechenschaftsbericht des Vorstandes heraus, daß die der vietnamesischen Regierung seitens der US-Regierung zugesicherte Sofort- und Aufbauhilfe von 4 Mrd Dollar und die seitens der Bundesregierung zugesagten 89 Mio DM noch immer nicht ausgezahlt wurden. Obendrein belegt die EG derzeit Vietnam mit dem höchsten Zollsatz, scheitern Geschäftsabschlüsse zwischen bundesdeutschen Firmen und Vietnam an der Nichtübernahme von Hermes-Bürgschaften durch die Bundesregierung.

Kein Wunder, daß die Freundschaftsgesellschaft unter den für 1981 formulierten Aufgaben „eine verstärkte Kampagne, um die Bundesregierung zur Aufgabe ihrer feindseligen Politik gegenüber Vietnam zu bewegen“, oben an stellte. Hervorhebenswert sind weiter die beschlossene Aufklärung über Aktivitäten terroristischer Gruppen unter den Vietnam-Flüchtlingen sowie die Fortführung der Aktion „10.000 Kochtöpfe für Kampuchea“ und der Geldsammlung für „Medikamente und medizinisch-chirurgische Instrumente für Vietnam“.

Wer das zweimonatlich erscheinende Organ der Gesellschaft, den Vietnam Kurier, kennenlernen oder Mitglied werden möchte, wende sich an: Freundschaftsgesellschaft BRD-Vietnam, Duisburger Str. 46, 4000 Düsseldorf.

Krügerrandboykott

Zu einer Boykottkampagne gegen die wachsenden Krügerrandimporte in die Bundesrepublik hat die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) aufgerufen. In mehreren Materialien wird gezeigt, wie der Goldmünzenverkauf aus Südafrika dazu beiträgt, den Fortbestand des Apartheidsystems zu sichern. Allein 38% der westdeutschen Südafrikaimporte sind Krügerrandmünzen. Der dabei erzielte Erlös entspricht etwa der Summe, die Südafrika regelmäßig für Waffenimporte ausgibt.

Ein Flugblatt (100 Stück 5,- DM), eine Broschüre (ca. 2,- DM), ein Plakat (ca. 2,- DM) sowie weitere Informationen über das Geschäft mit dem Krügerrand können bei der AAB (Blücherstr. 14, 5300 Bonn) bezogen werden.



Broschüre zu Farabundo Marti

„Farabundo Marti – Volksaufstand in El Salvador 1932“ ist der Titel einer 52 Seiten umfassenden Broschüre von Arlas Gomez. Dieses Bändchen versteht sich nicht nur als kurze Biographie des bedeutendsten Führers der salvadorianischen Volksbewegung der 20er und 30er Jahre und Gründers der Kommunistischen Partei El Salvadors, Agustín Farabundo Marti. Es will vor allem auch „die Wurzeln des gegenwärtigen Kampfes des salvadorianischen Volkes und seiner Avantgarde aufzeigen“.

Herausgegeben wird diese Broschüre vom Informationsbüro El Salvador, Kiliansplatz 5, 8000 München und dem Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel. Sie ist dort zum Preis von 4,- DM erhältlich.

El-Salvador-Prozeß eingestellt

Am 10. Februar 1981 wurde von einem Moabiter Schöffengericht nach dem 4. Verhandlungstag das Verfahren gegen 13 Mitglieder der Westberliner Solidaritätsgruppe zu El Salvador vorläufig eingestellt – gegen Zahlung von je 500 DM Geldbuße seitens der Angeklagten. Der Prozeß geht zurück auf den Juni 1980, als die Solidaritätsgruppe aus Protest gegen den Empfang salvadorianischer Juntamitglieder durch die CDU und die Konrad-Adenauer-Stiftung deren Büro in Westberlin besetzte. Der Staatsanwalt ließ zuletzt wegen der dünnen Beweis- und Rechtslage die Anklagepunkte „Freiheitsberaubung und Nötigung“ fallen. Das Gericht nannte in der Einstellungs begründung die Besetzungsaktion zwar als rechtswidrig, doch sei die Schuld der 13 Angeklagten angesichts ihrer Motive eine geringe.

Eher schuldiger mutet die Konrad-Adenauer-Stiftung selbst an, die laut Spiegel vom 2.2.1981 der an der Junta beteiligten Christdemokratischen Partei des Präsidenten Duarte über 500.000 DM zahlte. Oder leisten damit die Stiftung bzw. ihr Brötchengeber CDU nicht etwa Beihilfe zur Massenmordpolitik der Diktatur?

Guatemala-Tourismusboykott

Nachdem der international auserufene Tourismusboykott in Guatemala zu beträchtlichen Einbußen in dem nach dem Kaffeexport zweitwichtigsten Wirtschaftssektor führte, hat sich jetzt das guatemaltekeische Tourismusinstitut mit einer US-Firma arrangiert, um den Tourismussektor des Landes wiederzubeleben. So warb das US-Unternehmen Needham und Grohmann, dem 1,5 Mio Dollar zur Verfügung stehen, bei mehr als 60 internationalen Tourismusveranstaltungen, darunter auch bei der internationalen Tourismusbörse in Westberlin vom 28. Februar bis 6. März d.J., für das mittelamerikanische Ferienland. Der Rückgang des Tourismus bedeutet nach Meinung der Boykottverantwortlichen einen verminderten Waffenkauf seitens des Lucas-Regimes und stellt somit eine Unterstützung für die Befreiungskräfte Guatemalas dar.

Mehr Informationen zum Thema Tourismusboykott in Guatemala sind bei der Informationsstelle Guatemala, Friedrichstr. 25, 8000 München 40 erhältlich.

Bolivien-Solidarität

Das Bolivien-Komitee CONADE („Komitee zur Verteidigung der Demokratie in Bolivien“) in Hamburg ruft zum Protest gegen die faktische „Illegalisierung“ von J. Emilio Sanchez, des bolivianischen Generalkonsuls im Widerstand, durch die Bundespost auf. Die Post stellt ihm keine Briefsendungen mehr zu, die an den „Herrn Bolivianischen Generalkonsul“ in Hamburg adressiert sind.

Das im Juli 1980 als Antwort auf den faschistischen Putsch gegründete CONADE Hamburg und J. Emilio Sanchez (Hamburg) erreichten im Oktober/November 1980 durch einen aktiven Hungerstreik und die Durchführung von Solidaritätswachen im bolivianischen Generalkonsulat in Hamburg (seit dem 25.9.1980) eine starke Publizität in den Medien der BRD. Der Aktivität von CONADE und 19 weiterer Bolivien-Komitees in der Bundesrepublik und Westberlin ist es namentlich zu verdanken, daß von Bonn Hermes-Bürgschaften und Kredite für Bolivien nicht mehr erteilt werden.

Peru-Gewerkschaftsbroschüre

Eine 96-seitige Broschüre mit dem Titel „Die peruanische Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1976“ wurde kürzlich von der Peru-Gruppe Hamburg und der Informationsstelle Lateinamerika (ila) herausgegeben. Das in vier Kapitel untergliederte Büchlein zeigt zunächst die Anfänge der Gewerkschaften im 19. Jahrhundert und ihre Entwicklung bis 1968 auf. Im folgenden Teil wird die Phase der „peruanischen Revolution“ unter der Militärregierung (1968-76) untersucht. Im dritten Abschnitt des Buches charakterisieren die Autoren das Scheitern der Reformphase, das Erstarken und die Radikalisierung der peruanischen Arbeiterschaft. Das Schlußkapitel stellt die Papiere des 5. Kongresses der FNTMMP, der stärksten Bergarbeitergewerkschaft, vor. Ergänzt wird diese Publikation durch zahlreiche Tabellen und Schaubilder.

Interessenten können sie für 6 DM bei der ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1 bestellen.

Kuba 1961: US-Debakel in der Schweinebucht



Kubanische Verteidiger der Schweinebucht

Kurz nach Amtsantritt der Carter-Regierung (Januar 1977) fragte der Presseklub von Washington bei der kubanischen Regierung um die Entsendung eines kubanischen Tanzorchesters zum alljährlichen Festball an. Auf die Benennung einer Band durch die Regierung in Havanna hin zog der Club seine Anfrage eilends zurück. Der Name der von Kuba vorgeschlagenen Band lautete „Playa Giron“ (zu deutsch „Schweinebucht“), benannt nach dem Ort jenes in den Tagen vom 15.-17. April 1961 kläglich gescheiterten Versuchs CIA-gedungener Exilkubaner und amerikanischer Helfer, die junge kubanische Revolution durch eine Invasion aus den Angeln zu heben.

Die Empfindlichkeit, mit der man in den USA auf diesen Namen reagiert, ist verständlich: Die Zerschlagung des Invasionsversuchs war die erste klare Niederlage des US-Interventionismus im „Hinterhof“ Lateinamerika. Gelernt hat man in den USA aus diesen Ereignissen anscheinend nichts. Anders läßt sich nicht erklären, daß in diesen Tagen ein US-Außenminister A. Haig die Devise ausgibt, angesichts einer angeblichen Verantwortlichkeit Kubas für die Aufstandsbewegung in El Salvador „behalte man sich eine Blockade Kubas vor“. Die Reagan/Haig-Administration setzt damit gegenüber Kuba jenen Kurs fort, der kurz nach der kubanischen Revolution am 1. Januar 1959 Maßgabe der US-Regierung wurde: Die Vernichtung dieser Revolution mit welchen Methoden auch immer und die Restauration der US-Vorherrschaft über den „lateinamerikanischen Hinterhof“.

Kuba bis zum 1. Januar 1959: Ein Dorado der US-Konzerne (so gut wie alles wurde aus den USA importiert, alle wichtigen Industrien, Ländereien, Verkehrs- und Kommunikationsmittel befanden sich mehr oder weniger ausschließlich in US-Besitz), der Mafia (mit der Hilfe Kuba zum größten Bordell des Doppelkontinents herabgewürdigt worden war) und ihrer Mittelsmänner, Handlanger, Agenten, bezahlten Mörder, bestochenen Politiker und Militärs sowie Polizisten, einheimischen Nutznießer unter dem blutigen Terrorregime des Fulgencio Batista.

Die kubanischen Revolutionäre unter Fidel und Raul Castro und Che Guevara begannen rasch, dieses Musterstück der „freien Welt“ im Interesse der Volksmassen zu verändern, die ihren Sieg mit herbeigeführt hatten. Bereits 1959 wurden die Erdölraffinerien, die Elektrizitäts- und Telefongesellschaften (ein Monopol der ITT), weiterhin die Banken sowie fast 400 große Wirtschaftsbetriebe verstaatlicht, eine Agrarreform in Gang gesetzt, die Badestrände für die Bevölkerung freigegeben, Glücksspiel, Rauschgifthandel, Schmuggel und Prostitution bekämpft.

Die Reaktion der US-Regierung Eisenhower erfolgte prompt. Für sie war die Revolution an den Kommunismus „verraten“ worden (Kennedy-Berater J. Schlesinger), nachdem man ursprünglich die Beseitigung der dem Image abträglichen Batista-Diktatur in Grenzen gutgeheißen hatte. Enteignungen und Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur UdSSR beantworteten die USA mit einem eskalierenden Boykott: Mit der Verweigerung der vertraglich vereinbarten Zuckerabnahme sowie überdies einer Liefersperre für Ersatzteile und Kraftstoffe (von beiden war Kuba total abhängig) sollte die Revolution

wirtschaftlich stranguliert werden. Zugleich – nach dem Scheitern der US-Hoffnungen, mit Hilfe liberaler kubanischer Politiker den Gang der Dinge weiterhin kontrollieren zu können – wurde die offene Konterrevolution vorbereitet. Am 17. März 1960 billigte Eisenhower den CIA-Vorschlag, Exilkubaner für einen Einsatz gegen Kuba vorzubereiten.

Neben den geflohenen offenen Batista-Schergen rekrutierte der CIA jene Kräfte, welche die Dynamik der kubanischen Revolution aus unterschiedlichen Gründen nicht voranzutragen bereit gewesen waren: Bürgerliche, enttäuschte Intellektuelle, Kleinbürger, selbst ehemalige Mitkämpfer Fidel Castros, denen die Notwendigkeiten der radikalen gesellschaftlichen Veränderung unverständlich geblieben waren. Das Gelände eines Großgrundbesitzers in Guatemala wurde zur Ausbildungsstätte umfunktioniert; Ziel war eine Invasion in der Schweinebucht, um einen Brückenkopf zu bilden und dann auf einen Volksaufstand gegen das für im Volk verhaßt gehaltene Castro-Regime hinzuarbeiten.

Die Devise lautete, „daß die Operation vor der Weltöffentlichkeit den Anschein erwecken mußte, als hätten die Exilkubaner sie aus eigener Kraft organisieren und durchführen können. Schlug das Unternehmen fehl, so wären nur Kubaner verantwortlich zu machen gewesen“ (J. Schlesinger).

Am 15. April startete die rund 1.400 Söldner zählende Truppe per Schiff vom Hafen Puerto Cabezas in Nicaragua; vom selben Ort aus flogen B-26-Bomber Angriffe gegen Ziele auf Kuba – ein Teil der Piloten waren US-Amerikaner im Dienst des CIA. US-Botschafter Adlai Stevenson wurde dennoch vor die gleichzeitige UN-Vollversammlung mit der Lüge geschickt, kubanische Piloten hätten sich gegen Fidel Castro erhoben.

Die Invasion selbst blieb im Sand der Schweinebucht stecken. Weder gelang es den Angreifern, sich zum angestrebten Ziel, der Sierra Escambray (wo Castros Guerilleros begonnen hatten), durchzukämpfen, noch kam es zum erhofften Volksaufstand. Im Gegenteil, die kubanische Revolution bewies ihre Stärke und Massenverankerung durch die Unterstützung der Selbstverteidigungsorgane der Revolution gegen die Eindringlinge. 48 Stunden nach der Landung war das CIA-Unternehmen gescheitert – „tragisch“, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung bemerken zu müssen meinte.

Die „Legitimierung“ des J.F. Kennedy

Präsident John F. Kennedy, dem nachgesagt wird, er habe das gesamte, bereits unter Eisenhower geplante Unternehmen nur widerwillig ausführen lassen, hatte bereits im November 1960 Kenntnis vom CIA-Projekt erhalten; ohne seine Billigung wäre es nie durchgeführt worden – diese erfolgte im März 1961.

J.F. Kennedys eigene Ausführungen vor der Gesellschaft Amerikanischer Zeitungsredakteure am 20. April 1961 lassen überdies keinen Zweifel daran, daß sich ein R. Reagan auf eine Kontinuität US-amerikanischer Außenpolitik berufen kann. Nach der Deklaration des Invasionsversuchs als „Kampf kubanischer Vaterlandsfreunde gegen einen kubanischen Diktator“ folgen Sentenzen wie: „Und in keiner Weise war dies die letzte Episode im ewigen Kampf der Freiheit gegen die Tyrannei überall auf Erden – auch in Kuba.“

In der Tat: Senatsanhörungen in den 70er Jahren ergaben, daß der CIA noch zu Kennedys Zeiten auf mehrfache Weise – darunter über den Einsatz eines Mafia-Gangsters namens John Rosselli – versuchte, Fidel Castro „zu beseitigen“. Die „Legitimation“ lieferte J.F. Kennedy anläßlich der genannten Gelegenheit im Stil eines Adolf Hitler: „Alle selbstzufriedenen, weichen... Menschengemeinschaften sind im Begriff, als Kehrtritt der Geschichte weggefegt zu werden. Nur die Starken, nur die Fleißigen, nur die Entschlossenen, nur die Tapferen, nur diejenigen, die mit visionärer Klarsicht die wahre Natur unseres Kampfes begreifen, können vielleicht überleben.“

Solche darwinistischen Weltanschauungskonzepte liegen auf der Linie der heutigen US-Regierung. Sie verbergen dennoch einen Tatbestand nicht, den Fidel Castro 1975 auf dem 1. Parteitag der Kommunistischen Partei Kubas zur Sprache brachte: „Die Regierung der USA hatte auch Gelegenheit, festzustellen, wohin ihre sinnlose, nutzlose und abenteuerliche Aggression gegen ein kleines, unbeugsames Volk führen könnte, nämlich zu einer Katastrophe, und wo in der heutigen Welt angesichts der wachsenden Stärke und Solidarität des revolutionären Lagers, die unverrückbaren Grenzen ihrer imperialistischen Allmacht liegen.“

J. Ostrowsky

Länderberichte zu Lateinamerika

Nach der Publikation zweier Nachschlagewerke zu Schwarzafrika und zum arabischen Raum ist jetzt in der Beck'schen Schwarzen Reihe ein weiteres Lexikon zu Lateinamerika erschienen:

Politisches Lexikon Lateinamerika, herausgegeben von Peter Waldmann unter Mitarbeit von Ulrich Zelinsky, Verlag C.H. Beck, München 1980, 425 Seiten, 24,- DM.

Auch dieses Buch ist „primär für jenen Leser gedacht, der sich in komprimierter, präziser, aktualitätsbezogener Form über die politischen Verhältnisse in Lateinamerika informieren will, ohne die Zeit und Möglichkeit zu haben, sich in Spezialmonographien zu vertiefen“ (S. 9). Der Band gliedert sich in Kurzdarstellungen unabhängiger lateinamerikanischer Länder, abhängiger Territorien und Regionalorganisationen.

Die Länderbeiträge, denen knappe länderkundliche Grunddaten vorangestellt sind, wurden fast durchgängig nach folgendem Gliederungsprinzip abgefaßt: 1. Historischer Rückblick, 2. Institutionelle Struktur (Staatsform, Staatsorgane, Wahlsystem), 3. Machtfaktoren und Machtbeziehungen (Eliten, Militär, Parteien, Massenorganisationen) und 4. Regierungen und politische Prioritäten. Am Ende der Beiträge wird jeweils auf weiterführende Literatur hingewiesen.

Man wird Veröffentlichungen dieser Art immer unterschiedlich bewerten, je nach dem, ob man lediglich an einen schnellen Zugriff auf geordnetes Faktenmaterial interessiert ist oder aber mehr erwartet, vor allem einen Einblick in die Ursachen zusammenhängender historischer und politischer Prozesse. Was letzteres betrifft, so zeigt sich, wie wenig die sozialen und politischen Realitäten Lateinamerikas heute mehr erfaßt und begriffen werden können, wenn man wie der vorliegende Band versucht, sie in das Prokrustesbett der bürgerlichen Elitetheorie und traditionell-politologischen Institutionenlehre zu zwingen. Imperialistische Abhängigkeitsverhältnisse und die sich in fast allen lateinamerikanischen Ländern zuspitzenden sozialen Widersprüche werden so fast notwendig in ihrem Stellenwert unterbewertet oder gar völlig ausgeblendet.

Nur wenige Autoren, so z.B. H. Jung in seinem Nikaragua-Beitrag, weichen von dem durch den Herausgeber vorgegebenen starren Schema ab, das über die vermeintliche Wertneutralität sehr wohl ideologische Konzeptionen transportiert.



Für die antiimperialistisch motivierte Beschäftigung mit Lateinamerika interessanter ist da schon das jetzt zum vierten Mal erschienene Jahrbuch:

Veronica Bennholdt-Thomsen u.a. (Hrsg.), **Lateinamerika. Analysen und Berichte 4: Internationale Strategie und Praxis der Befreiung**, Verlag Olle & Wolter, Berlin (West) 1980, 320 Seiten, 24,80 DM.

Wie die vorhergehenden Bände gliedert sich das Lateinamerika-Jahrbuch 4 wieder in einen Analyse-Teil und einen Teil mit Länderberichten, die die aktuelle Entwicklung für Bolivien, Brasilien, El Salvador, Guatemala, Jamaika, Mexiko, Nikaragua und Peru nachzeichnen und zu jedem Land ausführliche Strukturdaten enthalten. Die Hauptaufsätze sind mit einer Ausnahme um das Thema internationale Strategie und Praxis der Befreiung gruppiert. Die historischen Bedingungen der demokratischen Revolution in Nikaragua stehen im Zentrum des ersten Hauptaufsatzes. Die Autoren, D. Polacheva und E. Süßdorf, machen in Auseinandersetzung mit der imperialistischen Propagandathese, die Sandinistische Front der Nationalen Befreiung (FSLN) sei eine „fünfte Kolonne des sowjetischen

Imperialismus“, deutlich, welchen Stellenwert die auf Sandino zurückgehende nationale und antiimperialistische Kampftradition für den Sieg der Revolution hatte. Sie zeigen, daß die Sandinistas selbst „Ausdruck und Resultat einer Massenbewegung und Kampftradition“ (S. 20) waren und gelangen zu dem Schluß, daß sie sich auch angesichts der schwankenden Haltung und Kompromißbereitschaft der oppositionellen Bourgeoisie „als die einzig konsequente Alternative“ zum herrschenden Somoza-System erwiesen (S. 40).

X. Gorostiaga behandelt dann am Beispiel **Panamas** einen bislang wenig systematisch beleuchteten Themenbereich, die Rolle internationaler Finanzzentren (Banken) in unterentwickelten Ländern. Wie der Kredit als Mittel neokolonialistischer Ausbeutung fungiert, zeigt V. Bennholdt-Thomsen am Beispiel des „armutsorientierten“ Kleinbauernprogramms der Weltbank. Dieses Programm, das zuweilen als disfunktional zu den Interessen des internationalen Kapitals erscheint, stellt eine für das Kapital profitable Investition dar, so ihre Hauptthese.

Die Weltbank-Kredite, die sich in letzter Zeit tatsächlich immer stärker auf mittlere und Kleinbauern konzentrieren, setzen diese instand, als Käufer der meist von den Firmen der internationalen Agrarkonzernwirtschaft (Agrobusiness) hergestellten Produkte und zugleich als Produzenten für eben diese aufzutreten. Auf diese Weise findet eine doppelte Ausbeutung statt. In den Köpfen der Weltbank-Strategen werden die Kleinbauern, die die Mehrheit der Weltbevölkerung bilden, „einer im Überfluß vorhandenen Naturressource gleichgesetzt deren 'Abbau' nun organisiert werden muß“ (S. 93).

Andere Akzente setzt K. Meschkat, der die Weltbanktätigkeit am Beispiel **Kolumbiens** untersucht. Seiner Auffassung nach besteht die Zielsetzung des Kleinbauernprogramms der Weltbank im wesentlichen darin, die soziale Integration zu fördern und das Potential für radikalen Protest und bewaffneten Widerstand zu entschärfen, wobei die Programme natürlich so angelegt sind, daß sie auf keinen Fall mit den Interessen der Großgrundbesitzer kollidieren; die Kleinbauern erhalten „Kredite statt Land“, wie es im Aufsatztitel heißt. „Die sozialen und politischen Folgen und Implikationen der Weltbankstrategie geraten leicht aus dem Blick“, so K. Meschkat, „wenn man sie zu einem geschlossenen Ausbeutungssystem stilisiert, dessen ökonomische Rationalität mit der veröffentlichten Meinung des Bank-Managements übereinstimmt.“ (S. 116)

Einen sehr informativen Überblick über die Lateinamerika-Konzeption und -aktivitäten von **SPD** und **Friedrich-Ebert-Stiftung**, die in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen haben, gibt St. Saarbach. Er gelangt zu dem Schluß, daß diese Aktivitäten im wesentlichen darauf gerichtet sind, die beeinflussten Organisationen und Medien darauf auszurichten und festzulegen, „daß die politische Zukunft des Kontinents von der Durchsetzung einer Theorie und Praxis der Sozialpartnerschaft zwischen Lohnarbeit und Kapital geprägt sein wird“ (S. 115f).

Außerhalb des Jahrbuchschwerpunktes steht ein Artikel von D. Werner über das Gesundheitswesen auf Kuba. Nachdem er ausführlich beschrieben hat, daß **Kuba** auf diesem Gebiet in den letzten 20 Jahren so viel wie kein anderes Entwicklungsland auf der Welt geleistet hat, kommt eine Klagelitanee über die „hierarchische Organisation von Krankenhäusern und Ärzteschaft“, die „erstarrten Strukturen“, die die Kehrseite der gesundheitspolitischen Errungenschaften der kubanischen Revolution bildeten. Von den Herausgebern wird dieser Beitrag im Editorial als „solidarisch-kritischer“ bezeichnet. Man wird es jedoch schwer haben als solidarischer Diskussionspartner akzeptiert zu werden, wenn man die Kubanischen Revolutionäre, „die neue autokratische Minderheit“ (D. Werner), davon überzeugen will, sie betrieben „eine trügerische und langfristig vielleicht noch verkrüppelndere Form der Ausbeutung der Mehrheit“ (S. 209).

Auch bei den Massen in der Dritten Welt, die unter der eklatanten medizinischen Unterversorgung physisch leiden, wird man bestenfalls unverständiges Kopfschütteln ernten, wenn man ein wohlorganisiertes, jeden gleich behandelndes und kostenloses Gesundheitswesen als „institutionalisierte Vergewaltigung“ (S. 209) hinzustellen sucht. Als ernsthafter Beitrag zur Neueröffnung (?) einer Diskussion „über das eigentliche Kernproblem des kubanischen Wegs der Befreiung“ (wie die Herausgeber im Editorial meinen, S. 11) kann derartige wohl kaum gewertet werden, schon eher als Resultat geistiger Verirrungen eines intellektualisierten Kleinbürgers. Den Aufwand, das genau 50 Druckseiten lange Elaborat auch noch aus dem Englischen ins Deutsche zu übersetzen, hätte man sich sparen sollen. **R. Falk/U. Rupp**

Südkorea

Mit großer Mehrheit hat am 25. Februar d.J. ein von ihm selbst eingesetztes Wahlmännergremium General Chon Du Hwan zum Staatspräsidenten Südkoreas bestimmt. Die wesentlichen oppositionellen Parteien waren zuvor aufgelöst worden, ihre Repräsentanten sitzen wie der populäre Kim Dae Jung (siehe AIB 11-12/1980, S. 26-28) im Gefängnis oder dürfen sich politisch nicht betätigen.

Gewissermaßen als großzügige Geste verfügte Chon daraufhin eine Amnestie für 5.221 Häftlinge; prominente politische Gefangene befanden sich allerdings nicht darunter. Zugleich ging er brutal gegen die nach der Ermordung Parks gegründeten freien Einzelgewerkschaften vor, deren Rechte aufgehoben wurden. Zahlreiche Gewerkschaftsführer wurden verhaftet.

Die Maßnahmen Chon Du Hwans, der allgemein auch als der „Schlächter von Kwangju“ Berühmtheit erlangte (siehe AIB 7-8/1980, S. 42-43), fanden bei der neuen US-Regierung so viel Zustimmung, daß ihm bei seinem Besuch in Washington im Februar d.J. die Erhöhung der Militärkredite – gegenwärtig belaufen sie sich auf 160 Mio Dollar – und die fortgesetzte Stationierung der derzeit nahezu 40.000 US-Soldaten in Südkorea garantiert wurde. Außerdem soll das Militärregime die neuesten Waffen amerikanischer Rüstungsproduktion erhalten, darunter Kampfflugzeuge vom Typ F-16. Auch Japan hat inzwischen seine Zurückhaltung aufgegeben und ist dem Regime mit einem Kredit in Höhe von 190 Mio DM beigesprungen.

China-Westmächte

Die im Zuge des sog. „Modernisierungsprogramms“ von 1977 (vgl. AIB 1/1980, S. 11-13) mit großen Propagandaaufwand verheißenen Großprojekte der VR China im Bereich der Schwer- und chemischen Industrie sind mittlerweile in Frage gestellt. Japanische Firmen mußten Streichungen in Höhe von 3 Mrd DM für die Lieferung kompletter Fabriken hinnehmen. Gegenüber BRD-Firmen stornierte Peking u.a. einen Vertrag über die Lieferung eines Walzwerkes zum Preis von 1,3 Mrd DM.

Diese Streichungen sind die Konsequenz einer Krise der chinesischen Wirtschaft, die sich in u.a. einem Haushaltsdefizit von 22 Mrd DM widerspiegelt. Zum einen ist die Ölförderung niedriger als erwartet, ja es steht zu erwarten, daß die Produktion von 761 Mio Barrel (150 l) im Jahr 1980 auf 720 Mio Barrel 1982 sinken wird (US News & World Report, Washington, 9.2.1981). Notwendig sind daher 1981 Kürzungen in der Energieversorgung. Die Auslastung der Fabriken aber lag 1980 ohnehin nur bei 70%. Zudem muß der chinesischen Führung erst einmal daran gelegen sein, die Inflationsrate von 10% zu senken und die starke Schrumpfung der Devisenreserven aufzufangen.

Kampuchea

Für das Jahr 1980 ist in Kampuchea eine allgemeine Konsolidierung der Lage zu verzeichnen, werden die Hinterlassenschaften der Pol-Pot-Zeit überwunden. Bis auf Dorfebene konnten von der Nationalen Front für die Rettung Kampuchreas bereits Revolutionäre Volksräte ins Leben gerufen werden. In einigen Wochen sollen Wahlen stattfinden. Aus den Flüchtlingslagern kehrten mehr als 100.000 Menschen in ihre Heimat zurück, mehrere Regimenter der rechten Khmer Serai sind seit Dezember 1980 übergelaufen.

Der von der indochinesischen Außenministerkonferenz in Ho-Chi-Minh-Stadt entworfene Vorschlag zur Lösung des Kampuchea-Problems (siehe Dokument in diesem Heft) wurde – auf Betreiben insbesondere der VR China und der USA – von den ASEAN-Staaten Anfang Februar 1981 abgewiesen. Sie präsentierten stattdessen ein neues Projekt: Die Vereinigung kampucheanischer „Widerstandsgruppen“ unter Führung eines „Nichtkommunisten“, da die Männer der Roten Khmer um Yeng Sary, Pol Pot und Khieu Samphan inzwischen international als Massenmörder diskreditiert sind. Der ehemalige Ministerpräsident und Antikommunist Son Sann verkündete daraufhin die Gründung einer provisorischen Regierung im Exil. Analog suchte auch Ex-Premier Prinz Sihanouk zunächst seine Chance und erklärte sich zur vormals kategorisch abgewiesenen Zusammenarbeit mit den Roten Khmer doch bereit (seine Absage vom August 1979 siehe in: AIB 2/1980, S. 17). Angesichts des geringen internationalen Echos und der mangelnden Bereitschaft zur Einheit unter den diversen exilkampucheanischen Gruppierungen zog er inzwischen seine Zusage wieder zurück.

Pakistan-Afghanistan

Mitte Februar d.J. erkundete Bundesaußenminister H.D. Genscher bei einer Reise nach Pakistan Möglichkeiten zu intensiverer Zusammenarbeit mit dem Militärregime Zia ul-Haq (siehe AIB 5/1980, S. 23ff.). Er stellte in Islamabad für 1981 eine Aufstockung der 1980 geleisteten Hilfe von 130 Mio DM (zuzüglich 26 Mio DM für die „afghanischen Flüchtlinge“) in Aussicht. Damit steht die Bundesrepublik an der Spitze aller westlichen Geberländer.

Nach Ansicht der Bundesregierung – so der Außenminister im Gespräch mit Diktator Zia ul-Haq – spiele Pakistan bei der Lösung der Krisensituation in Südwestasien eine Schlüsselrolle. Erst vor kurzem hatte ein vom Internationalen Währungsfonds gewährtes Darlehen von 1,6 Mrd Dollar – übrigens der höchste jemals einem Entwicklungsland gewährte IMF-Kredit – einen drohenden Staatsbankrott verhindert.

Ebenfalls Mitte Februar d.J. weilte einer der Führer der inzwischen gespaltenen afghanischen „Rebellen“, Gulbuddin Hekmatyar, in der Bundesrepublik. Er traf sich mit den CDU-Politikern Mertes und Heck, dem CDU-Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg L. Späth und dem bayerischen Ministerpräsidenten F.J. Strauß. Im Bonner Außenministerium wurde er vom Staatssekretär van Well empfangen. Einzelheiten aus diesem Gespräch (z.B. zur bundesdeutschen Unterstützung für die „Rebellen“) wurden nicht bekanntgegeben.

Palästina

Yassir Arafat, Vorsitzender der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), hatte bereits vor dem Amtsantritt Ronald Reagans im Januar d.J. klargestellt, die Lösung im Nahostkonflikt liege in der „palästinensischen Option und nicht in der jordanischen“. Ihre „jordanische Option“ aber bekräftigte die Reagan-Administration im Februar d.J. (siehe AIB 3/1981, S. 47).

Kein Wunder, daß der am 14.2.1981 in Damaskus zusammengetretene PLO-Zentralrat Position zum Reagan/Haig-Kurs bezog. Khaled al-Fahoum, Präsident des Palästinensischen Nationalrates, erklärte nach der Tagung gegenüber der Nachrichtenagentur Wafa: „In Bezug auf die Haltung der USA untersuchte der Zentralrat die Erklärungen des neuen US-Präsidenten und seines Außenministers, die eine Fortsetzung der bisherigen US-Administration darstellen, die eine feindliche Politik gegenüber dem palästinensischen Volk und der PLO verfolgte.“ Zu fordern sei von Washington die Anerkennung der PLO, der nationalen Rechte des palästinensischen Volkes sowie des Prinzips des Rückzugs Israels aus allen okkupierten Gebieten.

K. al-Fahoum kündigte ferner die 15. Tagung des Palästinensischen Nationalrates für den 11. April 1981 in Damaskus an.

Iran-USA

Einen Monat nach Unterzeichnung des Abkommens zur Freilassung der Angehörigen der US-Botschaft in Teheran vom 19.1.1981 billigte der neue US-Präsident Ronald Reagan die getroffenen Vereinbarungen. In dem Abkommen verpflichten sich die USA, sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einzumischen, die Wirtschaftsblockade gegen den Iran aufzuheben, sowie die eingefrorenen iranischen Vermögenswerte und die Besitztümer der Schah-Familie in den Iran zurückzuführen.

Die Guthaben, die von der US-Regierung kontrolliert wurden (2,4 Mrd Dollar) und die sich bei ausländischen Zweigstellen amerikanischer Banken befanden (5,5 Mrd Dollar), wurden am 20.1.1981 in den Iran überwiesen. Nach der Rückzahlung von Schulden gegenüber amerikanischen Banken blieben dem Iran noch 2,88 Mrd Dollar. Über weitere iranische Guthaben in den USA in Höhe von ca. 4 Mrd Dollar und das Vermögen der Schah-Familie soll bis spätestens September 1981 entschieden werden. Zur Schlichtung von Streitfragen wird ein internationales Schiedsgericht geschaffen, in das die USA, Algerien und der Iran je 1/3 der Mitglieder entsenden.

Beim hiesigen Propagandarummel um die US-Geiseln wurde u.a. der Vorwurf erhoben, diese seien gefoltert worden. Als „Folter“ wertet man das Verbinden der Augen, die Fesselung der Gefangenen sowie das Anschauen von iranischen Propagandafilmen. Diese Vorwürfe, die erst erhoben wurden, nachdem die Geiseln in der US-Militärakademie West Point eingestimmt worden waren, wurden jedoch bald sowohl vom Iran als auch von Geistlichen und Ärzten, die die Gefangenen während ihrer Haft besucht hatten, widerlegt.

Daß die US-Botschaft in Teheran vor allem der Organisierung der iranischen Konterrevolution diene, wurde im nachhinein ebenfalls bestätigt. Nach Berichten der New Yorker Zeitschrift Time vom 2.2.1981 waren mindestens 3 Botschaftsangehörige Mitglieder von US-Geheimdiensten. Diese Informationen gehen aus US-Dokumenten hervor, die im Iran beschlagnahmt wurden.

Irak-Iran

Am 24. Februar d.J. erklärte der schwedische UN-Beauftragte Olaf Palme auch seine zweite Mission zur Vermittlung im irakisch-iranischen Krieg für gescheitert. Wegen der beiderseits schwelenden „nationalen Emotionen“, so O. Palme, sei die Zeit für einen Verhandlungsfrieden „noch nicht reif“.

Geradeso erging es unmittelbar danach der 8-köpfigen Delegation der Islamischen Weltkonferenz (unter Leitung des guineischen Präsidenten Sekou Touré). Sie holte in Bagdad eine verbale Bereitschaft zum Waffenstillstand, in Teheran aber eine unveränderte Ablehnung aller Friedensgespräche, solange kein vollständiger irakischer Abzug von iranischem Territorium erfolgt sei, ein. Ayatollah Khomeini begründete diese weiter unnachgiebige Haltung des Iran mit dem Argument: „Im Islam ist der Kompromiß mit dem Feind sinnlos.“

Anfang Januar d.J. hatte der Iran seine erste Gegenoffensive gegen die Okkupation in der Südwest-Provinz Khuzistan gestartet – ohne nennenswerte Verschiebung der Frontlinien (Kriegseinschätzung siehe in: AIB 1/1981, S. 16-22). Bagdad knüpft im übrigen weiterhin an eine Kriegseinstellung die Vorbedingung, der Iran müsse zuvor öffentlich die Souveränität des Irak über die von ihm eroberten Grenzgebiete und das Shatt al-Arab (gemeinsamer Flußlauf von Euphrat und Tigris) anerkennen.



Uruguay

Nach der Referendums-Niederlage der uruguayischen Militärs Ende November 1980 ist der Kampf des Volkes von Uruguay in eine neue Phase eingetreten (vgl. AIB 2/1981, S. 18). Das Nein zum Verfassungsprojekt der Putschisten wiegt umso schwerer, berücksichtigt man – wie Dr. Hugo Villar, Exekutivsekretär der Frente Amplio im Ausland betonte –, daß „10.000 führende Kräfte nicht wählen konnten und über 500.000 wahlberechtigte Uruguayer im Ausland leben“. In einer Erklärung der Frente Amplio vom Januar d.J. wird es nun als notwendiger denn je bezeichnet, „den Prozeß der Übereinstimmung aller demokratischen Kräfte zu fördern“. Als deren gemeinsame Forderungen an einen Prozeß der demokratischen Öffnung schlug sie vor „die Wiederherstellung der Rechte und Freiheiten, die Freilassung aller aus politischen und gewerkschaftlichen Gründen eingekerkerten Patrioten, die Aufhebung aller Einschränkungen der Bürgerrechte und die Rückkehr der im Exil lebenden Uruguayer. Nur durch die völlig uneingeschränkte Beteiligung aller Kreise am Leben des Landes kann mit allen erforderlichen Garantien eine wahrhaft repräsentative verfassungsgebende Nationalversammlung geschaffen werden, die den Weg zur Errichtung einer demokratischen Ordnung festlegt, die sich auf die Achtung aller Rechte und Freiheiten stützt.“ (Desde Uruguay, Nr. 1/Januar 1981)

Die Gruppe der Demokratischen Konvergenz (Plattform in: AIB 9/1980, S. 16) gab Mitte Februar d.J. ein Sofortprogramm zur Wiederherstellung der Demokratie in Uruguay bekannt, das gleichfalls die Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung unter Zulassung aller Parteien fordert. Außerdem verlangt die Konvergenz die unverzügliche Freilassung des Präsidenten der Frente Amplio, General Liber Seregni, wie aller anderen eingekerkerten Demokraten sowie die Legalisierung der verbotenen Gewerkschaften und Parteien.

Nikaragua

Ihre Tätigkeit wiederaufnehmen konnte die Anfang Februar d.J. von der Regierung kurzfristig verbotene Ständige Menschenrechtskommission (CPDH) in Managua. Bedingung war der Rücktritt des Leiters der Kommission, Esteban Gonzalez, dem u.a. von zahlreichen Mitgliedern des Ausschusses vorgeworfen wurde, das Büro der Kommission zu parteipolitischen Zwecken mißbraucht zu haben. Auf einer Europareise hatte E. Gonzalez, Führer der oppositionellen bürgerlichen Christlich-Sozialen Partei, von schweren Menschenrechtsverletzungen und Folterungen durch die neue Regierung in Nicaragua gesprochen.

Demgegenüber hatte die lateinamerikanische Menschenrechtskommission die Situation der Menschenrechte in dem mittelamerikanischen Land für vorbildlich erklärt. E. Gonzalez' Versuch, die sandinistische Regierung auf internationaler Ebene zu diffamieren, läßt sich in eine Kampagne zur Destabilisierung der nikaraguanischen Revolution einreihen.

Zimbabwe

Im November 1980 zutage getretene Differenzen zwischen der Afrikanischen Nationalunion von Zimbabwe (ZANU) des Premierministers R. Mugabe und der Afrikanischen Volksunion von Zimbabwe (ZAPU) J. Nkomos sind im Februar d.J. in heftigen militärischen Auseinandersetzungen im Südwesten des Landes entflammt. In sie waren nicht nur die in Auffanglagern stationierten Armeen der ZANU (ZANLA) und der ZAPU (ZIPRA), sondern auch Teile ihrer Mitglieder in der neu gebildeten integrierten Armee verwickelt. Erst nach einwöchigen Kämpfen, in denen die Mugabe-Regierung von weißen Offizieren geführte Einheiten der ehemaligen „Rhodesian African Rifles“ und die Luftwaffe einsetzte, konnten die außer Kontrolle geratenen Mannschaften beider Parteien teilentwaffnet und in weit von einander getrennte Lager verlegt werden.

Hintergrund dieser Auseinandersetzungen sind Versuche R. Mugabes, in der Regierung die Positionen seiner von möglichen Rivalen gesäuberten Partei zum Nachteil der ehemals in der Patriotischen Front verbündeten ZAPU zu verbessern (siehe AIB Nr. 3/1981, S. 46). Auf einer Tagung des Zentralkomitees der ZAPU fand die auch von ZIPRA-Einheiten mitgetragene militärische Eskalation keine Mehrheit. Das ZAPU-ZK votierte für die Fortsetzung der Regierungszusammenarbeit mit der ZANU.

BRD-Waffenexporte

Immer größere Dimensionen nimmt der projektierte bundesdeutsche Waffenexportboom nach Saudi Arabien an. Neben den 300 Leopard-II-Panzern und verhandelten 1700 Panzerfahrzeugen (siehe AIB 3/1981, S. 4ff.) interessiert sich die feudalabsolutistische Führung in Riad jetzt für weitere 900 Kettenfahrzeuge, wodurch der Gesamtwert des Geschäfts auf die traumhafte Summe von etwa 10 Mrd DM wachsen würde. Daneben verdichten sich die Meldungen, wonach die Saudis nunmehr auch Kampfflugzeuge vom skandalträchtigen Typ Tornado abnehmen wollen – ein Umstand, der die bei dieser bundesdeutsch-britisch-italienischen Gemeinschaftsproduktion vorprogrammierte Finanzierungslücke schließen helfen könnte. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß das Panzergeschäft mit dem Münchner Rüstungskonzern Krauss-Maffei bereits perfekt ist und die Bundesregierung nur noch ihre förmliche Zustimmung erteilen müßte.

Auch im Falle der geplanten U-Bootlieferungen an die chilenische Militärjunta geht zumindest der Bau auf der Kieler HDW-Werft wie geplant weiter. Jedenfalls enthüllten die Kieler Nachrichten am 19. Februar d.J., daß sich ein chilenischer Marineoffizier bereits auf der Werft aufhalte, um sich in die U-Boot-Technik einweisen zu lassen. Während der chilenische Botschafter in Bonn Anfang Februar von „fristgerechter Lieferung“ sprach, berichtete Die Welt am 24.2.1981, Chile bekäme die bestellten U-Boote voraussichtlich auf Umwegen über die USA.

**Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der
Redaktion und bei der Post bekanntgeben!**

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

Mit Reagan/Haig in den Krieg?

Europa und die USA sollten eine gemeinsame militärische Einsatzstreitmacht im Nahen und Mittleren Osten bereithalten. Die militärische Beteiligung Westeuropas an der „Sicherung der Ölquellen“ sei der Prüfstein für die derzeitigen Beziehungen zu den USA. Auf dem Prüfstand stünden vor allem die BRD, Großbritannien und Frankreich; die Einordnung dieser Staaten in eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen den USA und Westeuropa sei die Schlüsselfrage für die „Sicherheit des Westens“.

Dies ist die aktuell-politische Quintessenz eines Berichts, den die Direktoren der außenpolitischen Institute der vier tonangebenden Westmächte Ende Februar 1981 der Öffentlichkeit unterbreitet hatten. Es handelt sich dabei um das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (Bonn), den Council of Foreign Affairs (New York), das Institut Francais des Relations Internationales (Paris) und das Royal Institute of International Affairs (London) – vier „Denkfabriken“, deren Überlegungen in der Regel die Vorarbeit für politische Entscheidungen auf höchster Ebene darstellen und die auf das engste mit dem politischen Establishment in den vier Hauptstädten verwoben sind. Zum Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik gehören z.B. Bundeskanzler Helmut Schmidt und Verteidigungsminister Hans Apel.

Daß die Empfehlungen der Politikberater in der Tat eine bedrohliche Tendenz widerspiegeln, wurde an den Ergebnissen der Besuche des französischen und bundesdeutschen Außenministers sowie der britischen Premierministerin Margaret Thatcher in Washington deutlich. Eine Armada von 15 Kriegsschiffen hat Frankreich bereits in den Indischen Ozean entsandt, als Beweis dafür, so Francois-Poncet, „daß wir zum Schutz der freien Durchfahrt durch die Meerenge von Hormuz bereit sind“. Als Krönung der neu erwachten Einhelligkeit zwischen London und Washington erklärte M. Thatcher unumwunden ihre Bereitschaft, sich an einem internationalen Flottenverband zu beteiligen und auch britische Truppen für die schnelle Eingreiftruppe der USA zur Verfügung zu stellen.

H.D. Genscher, dem die Hände vorerst noch durch grundgesetzliche Bestimmungen gebunden sind, die den Einsatz von Bundeswehrverbänden nur im unmittelbaren Verteidigungsfall gestatten, bekannte sich in Washington zum sog. Host-Nation-Support-Konzept. Dieses Konzept besagt nicht mehr und nicht weniger, als daß die BRD als Gastland die schnelle Eingreiftruppe am Persischen Golf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln unterstützen würde.

Es hat also den Anschein, daß die Führungskreise der drei wichtigsten europäischen Mächte tatsächlich bereit sind, mit Ronald Reagan und Alexander Haig in den Krieg zu ziehen, und zwar in einer Region, die bislang außerhalb des Kompetenzbereichs der NATO lag. Darauf muß man in der Tat die Frage zuspitzen, denn die neuen Herren in Washington haben seit ihrem Amtsantritt keinen Zweifel daran gelassen, daß sowohl ihr gigantisches Hochrüstungsprogramm als auch das sich konkretisierende Projekt einer schnellen Eingreiftruppe keineswegs nur der Abschreckung dienen sollen. Vielmehr sollen sie die materiellen Voraussetzungen dafür abgeben, daß der Krieg als Mittel der Politik wieder gangbar und schmackhaft gemacht werden kann.

In dieses Konzept am Rande des atomaren Abgrunds passen nicht nur die Sprüche eines Alexander Haig, daß es „wichtigere Dinge“ gebe „als im Frieden zu sein“, sondern auch die Art und Weise wie Washington auf die auf dem jüngsten KPdSU-Parteitag von Leonid Breschnew dargelegten friedens- und Abrüstungspolitischen Vorschläge reagiert hat. Ganz auf der Linie der Absage an den Gedanken des militärischen Gleichgewichts haben A. Haig und H.D. Genscher im gemeinsamen Kommuniqué („volle Übereinstimmung in entscheidenden Fragen“) den sowjetischen Moratoriumsvorschlag zurückgewiesen und Kurs auf die volle Verwirklichung des NATO-Raketenbeschlusses vom Dezember 1979 genommen, als ob die



BRD nicht bereits heute der größte Lagerplatz atomarer Waffen – und damit das Pulverfaß Europas wäre. Die 572 neuen Mittelstreckenraketen, die die NATO jetzt zusätzlich in Westeuropa stationieren will, bedeuten nicht nur den Auftakt zu einer neuen Runde des Wettrüstens, sie könnten zum zündenden Funken werden, der das Pulverfaß Europa hochgehen läßt.

„In den Ost-West-Beziehungen“, kommentierte die Frankfurter Allgemeine am 11.3.1981 mit Genugtuung, „ist der Wandel der amerikanischen Politik, aber auch die verbale Anpassung der deutschen Außenpolitik bei diesem Genscher-Besuch besonders augenfällig. Das Wort 'Entspannung' ist aus dem deutsch-amerikanischen Dialog verbannt und durch den Begriff Stabilisierung der Ost-West-Beziehungen ersetzt worden“.

„Stabilisierung“ bedeutet in der neuen US-Konfrontationspolitik vor allem die Gewährleistung dessen, was dort unter „nationaler Sicherheit“ verstanden wird, die „Befriedung“ jener „globalen Turbulenzen“, nämlich vor allem innere sozialrevolutionäre Prozesse in Entwicklungsländern, die für Washington allesamt das Werk eines von Moskau aus inszenierten „internationalen Terrorismus“ sind. Erst wenn die Sowjetunion dies, sprich: die Unterstützung nationaler und sozialer Befreiungskämpfe in der Dritten Welt unterlasse, sich also auf die Festschreibung des gesellschaftspolitischen Status quo einlasse, wäre Washington wieder zur Rückkehr zu einem Minimum an regeltem Miteinander in den internationalen Beziehungen bereit.

Bis dahin setzt man einstweilen auf die offen militärische Stabilisierung reaktionärer Bastionen, auf die Verhinderung weiterer Nikaraguas, Angolas und Äthiopiens mit allen Mitteln. Und es paßt in dieses Konzept, wenn Washington neben dem Persischen Golf die Unterstützung der US-Position in El Salvador zum Prüfstein für die westeuropäischen Verbündeten gemacht hat (siehe AIB-Aktuell) und sich H.D. Genscher mit A. Haig nicht nur auf die Verurteilung „der Einmischung kommunistischer Länder in die inneren Angelegenheiten von El Salvador“ (kein Wort über das Heer der US-Militärberater!), sondern auch auf die Unterstützung der Duarte-Junta eingelassen hat.

H.D. Genscher müßte wissen, daß er hier mit dem Feuer spielt. Denn längst wird das Projekt der schnellen Eingreiftruppe von Washington nicht mehr auf die Golf-Region begrenzt, sondern als Instrument globaler Konterrevolution verstanden. Wenn nach den eingangs zitierten Empfehlungen der Politinstitute die euroamerikanische Einsatzstreitmacht nicht nur bei einer „sowjetischen Militärinvasion“, sondern bereits bei verschärften „nationalen Rivalitäten“ und „im Falle innerer Unruhen, die westliche Interessen gefährden“, in Aktion treten soll, dann wird sichtbar, wie niedrig heute die Schwelle ist und wie schnell die Westeuropäer heute in kriegerische Abenteuer verstrickt werden könnten. Es sei denn eine erstarkende Friedensbewegung schiebt derartigen Plänen einen Riegel vor.